



Richard Stöss

GEWERKSCHAFTEN UND RECHTSEXTREMISMUS IN EUROPA

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG
Forum Berlin

FES **Projekt**
GEGEN
RECHTS
EXTREMISMUS

Richard Stöss

GEWERKSCHAFTEN UND RECHTSEXTREMISMUS IN EUROPA

Impressum

ISBN: 978-3-95861-827-5

© 2017 by
Friedrich-Ebert-Stiftung
Forum Berlin/Politischer Dialog
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin

Autor
Richard Stöss

Lektorat
Barbara Engels

Fotos
dpa Picture Alliance; Europäische Union;
Jipé/Fotolia.com

Gestaltung
Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn

Druck
bub Bonner Universitäts-Buchdruckerei

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten
Einschätzungen sind die des Autors und nicht
unbedingt die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES
herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche
Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Inhalt

Vorwort	5
Geleitwort von Michael Sommer	7
Problemstellung	9
1. Ursachen für die Erfolge des Rechtsextremismus in Europa	13
1.1 Der rechte Rand: Rechtsextremismus, Rechtskonservatismus und Rechtspopulismus	13
1.2 Die Bedeutung der Globalisierung für Rechtsextremismus in der Gesellschaft und in der Arbeitswelt.....	16
1.3 Zur Anfälligkeit von Arbeitnehmern bzw. Gewerkschaftsmitgliedern für Rassismus und Nationalismus	23
1.3.1 Erklärungskonzepte	23
1.3.2 Politische Entwicklungen am rechten Rand	29
1.3.3 Rechtsextreme Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern in Deutschland.....	37
1.4 Zwischenbilanz	43
2. Was will die extreme Rechte in Europa?.....	45
2.1 Die extreme Rechte und ihr Umfeld bei den Europawahlen 2014	45
2.2 Ideologie, Programme und Ziele.....	58
2.3 Schlussfolgerungen für die gewerkschaftliche Praxis	69
3. Handlungsempfehlungen	73
3.1 Vorbemerkung.....	73
3.2 Handlungsleitende Normen und Wertvorstellungen	76
3.3 Allgemeine Handlungsempfehlungen	80
3.4 Mögliche Handlungsfelder	84
3.5 Gegen rassistische Diskriminierung in der Arbeitswelt	86
3.6 Die „Florenzer Erklärung“	90
3.7 Betriebsvereinbarungen	93
3.8 Gewerkschaftliche Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus.....	97
Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	105
Abkürzungsverzeichnis für nationale und europäische Parteien und für Fraktionen im Europaparlament	106
Der Autor	108

VORWORT



Das europaweite Erstarren von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus stellt in zunehmendem Maße auch eine Herausforderung für Gewerkschaften dar. Dabei ist das Problem nicht neu. Spätestens seit Ende der 1990er Jahre ist bekannt, dass Wahlerfolge rechtsextremer Parteien auch auf dem Wahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern beruhen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund erkannte den Handlungsbedarf und setzte eine Rechtsextremismus-Kommission ein, die im Jahr 2000 ihren Abschlussbericht vorlegte. Darin heißt es, dass fremdenfeindliche Einstellungen der Gewerkschaftsmitglieder „gewissermaßen im Trend“ liegen und die Ausbreitung derartiger Orientierungen in der politischen Mehrheitskultur spiegeln würden.

Seitdem ist einiges auf den Weg gebracht und erreicht worden, insbesondere in der gewerkschaftlichen Bildungs- und Jugendarbeit. Dennoch hat die Problematik nichts an Aktualität verloren: In der letzten Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, die im November 2016 unter dem Titel „Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände“ im Dietz-Verlage erschienen ist, zeigt sich, dass in einigen Bereichen menschenfeindlichen Denkens die Zustimmung unter Gewerkschaftsmitgliedern sogar höher ist als unter Menschen, die keiner Gewerkschaft angehören. Dieser Befund zeigt einmal mehr, dass Ungleichwertigkeitsvorstellungen, Vorurteile und diskriminierendes Denken ein Problem der Mitte der Gesellschaft sind und eben auch gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betreffen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung greift dies in ihrer politischen Bildungsarbeit an verschiedenen Stellen immer wieder auf. So richtete das Projekt „Gegen Rechtsextremismus“ im November 2015 in Bonn eine internationale Tagung zum Thema „Gewerkschaftliche Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus“ aus. Daran nahmen über einhundert Gewerkschafter_innen, Multiplikator_innen und Expert_

innen aus Deutschland, Polen, Frankreich, Ungarn und Griechenland teil und diskutierten, wie Gewerkschaften europaweit auf den Anstieg von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus reagieren können. Die Ergebnisse der Tagung sind in die vorliegende Publikation eingeflossen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung freut sich sehr, für die Autorenschaft dieses Bandes, der in deutscher und englischer Sprache erscheint, Richard Stöss gewonnen zu haben, der als Politikwissenschaftler und Rechtsextremismus-Experte über langjährige Erfahrung in dem konkreten Themenfeld verfügt. Er beschreibt im Folgenden die Existenz- und Erfolgsbedingungen des Rechtsextremismus insbesondere in der Arbeitswelt und unter Gewerkschaftsmitgliedern, skizziert Ziele und Wirkung von Rechtsextremismus und gibt Anregungen für die gewerkschaftliche Praxis gegen rechtsextreme Einflussnahme.

Die Publikation versteht sich als Handreichung für die gewerkschaftspolitische Bildungsarbeit und damit als ein Beitrag für die dauerhafte Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus als Bedrohung für unsere demokratische Gesellschaft.

Berlin, im Mai 2017

Dr. Ralf Melzer

Leiter des Projekts „Gegen Rechtsextremismus“
im Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung



Der Deutsche Gewerkschaftsbund, dessen Vorsitzender ich zwölf Jahre lang war, ist ausdrücklich dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft verpflichtet und damit Interessenvertreter der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unabhängig von ihren politischen und konfessionellen Überzeugungen. Diese Überparteilichkeit darf aber nicht mit Indifferenz verwechselt werden, wenn es um eine klare Haltung gegen rechts geht. Gerade für die Gewerkschaftsbewegung gilt es, eine eindeutige Grenze gegenüber rechtsextremen aber auch rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen zu ziehen, die das Wertefundament unserer demokratischen, pluralistischen und auf Menschenrechten basierenden Gesellschaft in Frage stellen bzw. aktiv bekämpfen. Erinnert sei in diesem Zusammenhang daran, dass Gewerkschaften mit zu den ersten Opfern des Nazi-Regimes gehörten.

Als stellvertretender Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung ist mir die Auseinandersetzung mit der radikalen Rechten in all ihren Facetten ein besonderes Anliegen. Klar ist, dass insbesondere mit dem Aufkommen der rechtspopulistischen AfD neuartige Herausforderungen einhergehen, mit denen sich auch der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften auseinandersetzen müssen. Gleiches gilt für die Kolleginnen und Kollegen in anderen Ländern, denn Rechtspopulismus ist ein europaweites, sogar ein weltweites Phänomen.

Die sozialen Probleme, die aus Globalisierung und Digitalisierung, aus einer beschleunigten, immer komplexeren Welt erwachsen, sind real. Aber wir müssen uns ihnen stellen und für soziale Gerechtigkeit eintreten, ohne soziale Konflikte zu ethnisieren. Radikal rechte Kräfte nutzen die Verunsicherung von Menschen aus, um Ängste und Sorgen für sich zu instrumentalisieren. Sie stellen wohl manchmal die richtigen Fragen. Aber sie geben einfache und falsche Antworten auf diese schwierigen Fragen.

„Sozial geht nur national“ lautet der Spruch der Rechten. Das Gegenteil ist richtig: Sozial geht nur international! Und deshalb ist es wichtig, dass sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht gegeneinander ausspielen lassen, sondern dass es zu einem fairen Interessenausgleich in der globalisierten Arbeitswelt kommt. Dies war auch immer meine Leitlinie als Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Dem menschenverachtenden Prinzip der Rechten „Wir gegen die Anderen“ müssen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter möglichst geschlossen entgegentreten. Es braucht freie und starke Gewerkschaften für einen Sozialdialog auf Augenhöhe. Und es braucht freie und starke Gewerkschaften, die zu den wichtigen gesellschaftspolitischen Themen kompetent und engagiert Stellung beziehen. Dafür wiederum ist ein intensiver Erfahrungsaustausch notwendig, zu dem die internationale Tagung „Gewerkschaftliche Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus“ beigetragen hat, die von der Friedrich-Ebert-Stiftung im November 2015 in Bonn ausgerichtet wurde.

Mein Dank gilt dem Autor Richard Stöss und dem Projekt „Gegen Rechtsextremismus“ der Friedrich-Ebert-Stiftung für Erstellung dieser Publikation, der ich eine weite Verbreitung und eine intensive Nutzung zur politischen Bildungsarbeit und zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus wünsche.

Berlin, im Mai 2017

Michael Sommer

Stellvertretender Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung

2002–2014 Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)

PROBLEMSTELLUNG



Das politische Klima in Europa ist durch einen dramatischen Rechtstrend gekennzeichnet, der alle gesellschaftlichen Bereiche und damit auch die Arbeitswelt erfasst. Von dieser Entwicklung sind die Gewerkschaften in doppelter Weise betroffen. Sie sind nicht nur Akteure im Kampf der demokratischen Kräfte gegen den Rechtsextremismus, sie sind auch Objekte des Rechtsextremismus: Sei es, dass sie sich im Visier von einzelnen rechtsextremen Gruppen befinden, sei es, dass ihre Mitglieder anfällig für rechtsextreme Angebote wie Ideologien, Programme und Forderungen sind.

Obwohl in Deutschland und in mehreren (west-)europäischen Staaten eine entwickelte Rechtsextremismusforschung existiert, sind Gewerkschaften nur selten Gegenstand dieser Forschung. Noch am ehesten widmet sich die sozialwissenschaftliche Rechtsextremismusforschung dem primären Betätigungsfeld der Gewerkschaften, der Arbeitswelt. Sie analysiert den sozioökonomischen Wandel sowie die Veränderungen der Erwerbsarbeit und der industriellen Beziehungen als wichtige Ursachen für die Erfolge des Rechtsextremismus. Das Verhältnis von Gewerkschaften und Rechtsextremismus ist dabei allerdings nur insofern berührt, als dass die Gewerkschaften durch ihre wirtschaftlich-soziale und politisch-kulturelle Umwelt geprägt sind, zugleich aber auch durch ihre Politik zur Gestaltung dieser Umwelt beitragen.

In der Bundesrepublik Deutschland (BRD) ist das Verhältnis der Gewerkschaften zum Rechtsextremismus seit dem Ende der 1980er Jahre intensiv diskutiert worden. Zwar standen die Gewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg stets an vorderster Stelle bei der Auseinandersetzung mit dem historischen Faschismus und dem zeitgenössischen Rechtsextremismus. Sie kämpften leidenschaftlich gegen den Einfluss ehemaliger Nationalsozialisten und gegen rechtsextreme Organisationen und Bestrebungen. Aber der Rechtsextremismus wurde als etwas

Äußerliches angesehen, gegen das die Gewerkschaften als immun galten. Als in der BRD und in vielen westeuropäischen Staaten in den 1970er und 1980er Jahren ein neuer Rechtsextremismus erwuchs und sich herausstellte, dass dieser auch für Gewerkschaftsmitglieder attraktiv war, befassten sich die Gewerkschaften schließlich auch mit dem Rechtsextremismus in den eigenen Reihen. 1990 schrieb der damalige Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Ernst Breit:

„Der DGB hat zwar immer auf ein nennenswertes rechtsextremes und ausländerfeindliches Potenzial aufmerksam gemacht [...], trotzdem können auch wir nicht von uns behaupten, wir seien auf die neue Situation vorbereitet. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass auch die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft nicht gegen den rechtsradikalen Bazillus immunisiert.“¹

Als immer deutlicher wurde, dass die Erfolge von rechtsextremen Parteien auch auf dem Wahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern beruhten, beauftragte der 16. Ordentliche Bundeskongress des DGB den DGB-Bundesvorstand 1998, „aus gewerkschaftlicher Sicht die Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik zu analysieren und Handlungsperspektiven für die Gewerkschaften zu erarbeiten“. Es wurde eine Rechtsextremismus-Kommission eingesetzt, die ihren Schlussbericht im März 2000 vorlegte. Dieser Bericht enthält eine umfangreiche Bestandsaufnahme der Forschungsergebnisse und einen ausführlichen Teil über Handlungsfelder. Der Abschnitt „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“ enthält eine weitsichtige Formulierung, die nicht nur für Deutschland, sondern für alle europäischen Staaten Gültigkeit beanspruchen kann:

„Die Erkenntnis, dass fremdenfeindliche und rassistische Einstellungen auch unter Gewerkschaftsmitgliedern virulent sind, ist weder neu noch sonderlich überraschend. Gewerkschaften existieren nicht im luftleeren Raum; sie atmen die gleiche, mit Vorurteilen und fremdenfeindlichen Parolen angereicherte Luft wie die übrige Gesellschaft. [...] Insofern liegen die fremdenfeindlichen Einstellungen der Gewerkschaftsmitglieder

1 Richard Stöss: Die Republikaner. Woher sie kommen – Was sie wollen – Wer sie wählt – Was zu tun ist, 2. überarb. u. erw. Aufl., Köln: Bund-Verlag 1990, S. 9.

gewissermaßen im Trend und spiegeln die Ausbreitung derartiger Orientierungen in der politischen Mehrheitskultur.“²

Die Feststellung, dass es sich bei den Gewerkschaftsmitgliedern um ein Spiegelbild der Gesellschaft handelt, bekräftigt die Verpflichtung der Gewerkschaften, sich nachhaltig für Demokratie sowie gegen Nationalismus und Ethnozentrismus zu engagieren.

Damit sich die Gewerkschaften erfolgreich mit rechtsextremen Tendenzen in ihren Reihen und in der Arbeitswelt und insbesondere mit rassistischer Diskriminierung in Betrieben und Behörden auseinandersetzen können, müssen zwei zentrale Fragen beantwortet werden:

Wer ist die extreme Rechte und was will sie?

Die Entwicklung und die Durchführung von Gegenmaßnahmen sind ohne genaue Kenntnis der rechtsextremen Weltanschauung, der Ziele und der Ursachen des Rechtsextremismus kaum möglich.

„Effektive Strategien gegen den Rechtsextremismus erfordern Wissen. Größeres Wissen benötigen wir über das Ausmaß extremer Haltungen in der Bevölkerung [...]. Dies erfordert mehr Forschung. Es ist ebenso notwendig, gute Definitionen zu entwickeln, um das Phänomen besser und nuancierter zu erfassen. Beides ist wiederum Voraussetzung für die Entwicklung geeigneter Gegenstrategien.“³

Das Anliegen dieser Broschüre besteht darin, die Existenz- und Erfolgsbedingungen des Rechtsextremismus insbesondere in der Arbeitswelt und unter Gewerkschaftsmitgliedern darzustellen (Kapitel 1), Einfluss und Ziele des europäischen Rechtsextremismus aufzuzeigen (Kapitel 2) und Anregungen für die gewerkschaftliche Praxis zu geben (Kapitel 3).

² Deutscher Gewerkschaftsbund – Bundesvorstand: Schlussbericht der Kommission Rechtsextremismus, Red. Dieter Pouglin, Berlin 2000, S. 32 f.

³ Lars Gule: Der Rechtsextremismus und die Gegenstrategien, in: Frank Decker/Bernd Henningsen/Kjetil Jakobsen (Hrsg.): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa, Baden-Baden: Nomos 2015, S. 331.

Im Zentrum der Betrachtungen steht die extreme Rechte in der Europäischen Union (EU). Diese existiert allerdings nicht im luftleeren Raum, sondern ist Bestandteil eines breiteren rechten Randes, der auch den **Rechtskonservatismus** umfasst und über Brücken zum etablierten christlichen wie laizistischen Konservatismus verfügt. Daher muss der Blick auch immer wieder auf dieses ideologisch-politische Umfeld gerichtet werden.



1. URSACHEN FÜR DIE ERFOLGE DES RECHTSEXTREMISMUS IN EUROPA



Die Analyse des europäischen Rechtsextremismus beginnt notwendigerweise mit einigen Begriffsbestimmungen (Abschnitt 1.1). Dabei interessieren sowohl der Rechtsextremismus im engeren Sinn als auch sein ideologisch-politisches Umfeld. Die Ursachenanalyse erfolgt in zwei Schritten. Zunächst wird die Bedeutung der Globalisierung für den Rechtsextremismus im Allgemeinen und in der Arbeitswelt betrachtet (Abschnitt 1.2). In Abschnitt 1.3 geht es um die Anfälligkeit von Arbeitnehmern und insbesondere Gewerkschaftsmitgliedern für Rechtsextremismus. Dieser Abschnitt behandelt wissenschaftliche Erklärungskonzepte, parteipolitische Entwicklungen in einzelnen europäischen Staaten sowie das Wahlverhalten von Arbeitnehmern und Gewerkschaftsmitgliedern. Schließlich werden die Befunde eines Forschungsprojekts über rechtsextreme Einstellungen von Gewerkschaftsmitgliedern in Deutschland diskutiert. Das Kapitel schließt mit einer Zwischenbilanz (Abschnitt 1.4).

1.1 DER RECHTE RAND: RECHTSEXTREMISMUS, RECHTSKONSERVATISMUS UND RECHTSPOPULISMUS

Das politische Spektrum in Europa wird in dieser Analyse entlang der Links-Rechts-Achse gruppiert. Als Folie dient die Sitzordnung der Fraktionen im Europaparlament. Unterschieden wird zwischen dem Zentrum, dem linken Rand und dem rechten Rand. Dem Zentrum gehören die Sozialdemokraten, die Grünen, die Liberalen, die Christdemokraten und die Konservativen an. Den linken Rand bilden die Sozialisten/Kommunisten. Am rechten Rand befinden sich die Rechtskonservativen und rechts außen die Rechtsextremisten.

- Beim **Rechtsextremismus** handelt es sich um völkischen Nationalismus im Denken und Handeln. Sein Ziel ist die ethnisch möglichst homogene Volksgemeinschaft in einem hierarchisch strukturierten und autoritär verfassten Nationalstaat. Rechtsextremismus liegt dann vor, wenn die völkische und die nationalistische Komponente jeweils stark ausgeprägt sind und sich als zwei Seiten ein und derselben Medaille zu einer mehr oder weniger konsistenten Ideologie verdichten. Als Synonym für Rechtsextremismus wird in dieser Analyse auch die Bezeichnung „extreme Rechte“ verwendet.
- **Nationalistische Komponente** meint, dass nationale Identität zu einem übergeordneten Wert und die Wahrung und Stärkung des souveränen Nationalstaats zu einem übergeordneten Ziel erklärt werden, dem alle anderen (demokratischen) Werte und Ziele untergeordnet sind. Nationalismus bedeutet nicht notwendigerweise, dass sich damit Großmachtbestrebungen im Sinne von territorialen oder hegemonialen Ansprüchen verbinden.
- **Völkische Komponente** meint, dass die eigene Ethnie (oder auch Kultur) ins Zentrum des Denkens und Handelns gestellt wird und andere Ethnien (Kulturen) diskriminiert werden (**Ethnozentrismus**). Zwei Varianten sind zu unterscheiden:
 - **Rassismus** wertet andere Ethnien (Kulturen) explizit oder implizit insgesamt gegenüber der eigenen Ethnie (Kultur) im Sinne von andersartig, unterentwickelt oder minderwertig ab.
 - **Fremdenfeindlichkeit** bedeutet Benachteiligung oder auch Ausgrenzung von einzelnen Gruppen anderer Ethnien (Kulturen), ohne diese Ethnien (Kulturen) insgesamt pauschal abzuwerten.

Die Grenze zwischen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ist nicht immer klar zu ziehen, zumal sich Rechtsextremisten meist bemühen, ihre tatsächlichen Absichten aus strafrechtlichen Gründen zu verschleiern.

Mit Blick auf den institutionalisierten Rechtsextremismus wird im Folgenden zwischen einem **gemäßigten Rechtsextremismus**⁴ und einem **orthodoxen Rechtsextremismus** unterschieden. Ersterer will seine Forderungen innerhalb

4 Hinsichtlich des gemäßigten Rechtsextremismus wurde in früheren Veröffentlichungen des Autors noch zwischen einem systemkonformen Rechtsextremismus („Rechtsextremismus light“) und einem systemkritischen Rechtsextremismus unterschieden.

der bestehenden politischen Ordnung durchsetzen und grenzt sich (oft auch nur verbal oder halbherzig) vom historischen Faschismus ab. Letzterer bekennt sich offen zu seiner Systemfeindschaft, toleriert oder unterstützt gewalttätiges Verhalten und bezieht sich auf historische Vorbilder.

Der rechte Rand des politischen Spektrums wird oft pauschal mit Rechtsextremismus gleichgesetzt. Diese Sichtweise ist analytisch (und damit auch praktisch) wenig hilfreich, weil sie die Bedeutung des **Rechtskonservatismus als eigenständige politische Position** auf der Links-Rechts-Achse zwischen dem etablierten Konservatismus und dem Rechtsextremismus übersieht. Um Rechtsextremismus erfolgreich zu bekämpfen, muss man genau wissen, mit wem man es zu tun hat. Gegenmaßnahmen müssen sich passgenau auf Mentalitäten und politische Orientierungen von Personen bzw. auf die Ziele und Propaganda von Organisationen und anderen Gruppierungen beziehen. Daher ist es sinnvoll, zwischen „national“ und „nationalistisch“ oder zwischen „fremdenfeindlich“ und „rassistisch“ zu unterscheiden. Die Kritik an der EU sollte nicht mit ihrer Ablehnung verwechselt werden. Die Unterscheidung zwischen Rechtsextremismus und Rechtskonservatismus ist aus einem weiteren Grund angebracht: Wenn rechtskonservative Ideen oder Ziele als rechtsextrem ausgegeben werden, bedeutet das eine Verharmlosung des Rechtsextremismus.

Als **rechtskonservativ** werden in dieser Analyse Organisationen oder Gruppierungen bezeichnet, welche die Ideologie des völkischen Nationalismus ablehnen und sich weder gegen Grundprinzipien der Demokratie noch pauschal gegen eine bestehende Verfassungsordnung wenden. Sie setzen sich für die Betonung bzw. Stärkung von konservativen Werten, für einen starken und weitestgehend souveränen Nationalstaat, für nationale Identität, für Ruhe, Ordnung und Sicherheit ein und wollen unerwünschte Entwicklungen (Demokratisierungs- und Liberalisierungstendenzen in einzelnen gesellschaftlichen Bereichen, Multikulturalismus, europäische Integration etc.) eindämmen oder sogar rückgängig machen. Gelegentlich ist in diesem Zusammenhang auch von **Nationalkonservatismus** die Rede. Diese Bezeichnung hebt jedoch nur den nationalen Aspekt hervor und klammert damit die teilweise massiven fremdenfeindlichen Implikationen aus.

In wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht unterscheiden sich Rechtskonservatismus und Rechtsextremismus nicht grundsätzlich. Allerdings finden sich **neoliberaler Rezepte** häufiger beim Rechtskonservatismus als beim Rechtsextremis-

mus, während die **soziale Frage** eher vom Rechtsextremismus (oft im Sinne eines nationalen Sozialismus) als vom Rechtskonservatismus thematisiert wird. **Kapitalismuskritik** wird fast ausschließlich von Rechtsextremisten vorgetragen.

In der Literatur und in der Publizistik werden der gemäßigte Rechtsextremismus und der Rechtskonservatismus auch en bloc als **Rechtspopulismus** bezeichnet, weil sich beide unter Berufung auf den (angeblichen) Volkswillen oder auf die schweigende Mehrheit gegen das Establishment, gegen Eliten und gegen die herrschenden Parteien richten. Im Interesse einer differenzierten Analyse wird der Begriff Rechtspopulismus in dieser Studie nicht verwendet.

1.2 DIE BEDEUTUNG DER GLOBALISIERUNG FÜR RECHTSEXTREMISMUS IN DER GESELLSCHAFT UND IN DER ARBEITSWELT⁵

Die ökonomisch-sozialen und politisch-kulturellen Entwicklungen, die sich mit der Globalisierung verbinden, bieten optimale Anknüpfungspunkte für die extreme Rechte in Europa.

Bei der **Globalisierung** handelt es sich um einen durch die weltweite Expansion eines entfesselten Kapitalismus bedingten, nicht aufzuhaltenden Prozess der Verflechtung von Wirtschaft, Politik, Recht, Kultur und Kommunikation. Globalisierung steht vor allem für den Souveränitätsverlust der Nationalstaaten und die Auflösung nationaler Grenzen, für die Liberalisierung der Wirtschaft und für die Deregulierung der industriellen Beziehungen.

In wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht hat mit der Globalisierung die Ideologie des **Neoliberalismus** an Bedeutung gewonnen. Mitte der 1970er Jahre löste ein Grundsatzkonflikt in fast allen westeuropäischen Staaten den bis dahin bestehenden breiten gesellschaftlichen Konsens in sozialpolitischen Fragen („Sozialdemokratisches Jahrhundert“) ab. Damals breitete sich eine **massive, anti-etatistische und monetaristische Kritik am sozialdemokratischen Reformismus** aus, welcher angesichts der damaligen Tendenzen zu Stagnation und

⁵ Ausführlich dazu Richard Stöss: Rechtsextremismus im Wandel, 3. akt. Aufl., Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung 2010.

Inflation und angesichts der wachsenden Massenarbeitslosigkeit in heftige Bedrängnis geraten war. Eine übertriebene wohlfahrtsstaatliche Politik – so die neoliberalen Kritiker – habe die öffentlichen Haushalte überlastet, die Selbststeuerungskräfte des Marktes geschwächt, unternehmerische Initiative behindert und damit der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft schwer geschadet. Um der Wirtschaft zu neuer Blüte zu verhelfen, müsse sie von ihren bürokratischen Fesseln befreit, staatliche Interventionen auf das unbedingt notwendige Mindestmaß zurückgeschraubt und die Staatsverschuldung konsequent abgebaut werden. Für die Lösung der sozialen Probleme seien in erster Linie die Bürger selbst verantwortlich, staatliche Leistungen sollten nur in Härtefällen gewährt werden.

Mit der Bildung der neoliberalen und neokonservativen Regierungen unter Margaret Thatcher in Großbritannien (1979) und Ronald Reagan in den USA (1980), deren Programm auf die Kurzformel „Freie Wirtschaft plus starker Staat“ gebracht wurde, gerieten nicht nur die sozialdemokratischen Parteien Europas unter starken politischen Druck, zumal sich die Wirtschafts- und Finanzkrisen in den westlichen Industriegesellschaften weiter vertieften. Auch die bürgerlichen Parteien verloren infolge von umbruchartigen Entwicklungen – wie dem sozialen Wandel, den technologischen Modernisierungen, dem Wertewandel und dem wachsenden Umweltbewusstsein – an Rückhalt. Die **Unzufriedenheit mit dem Establishment** nahm zu, erzeugte massive Partizipationsansprüche und begünstigte nicht nur die Entstehung von neuen Parteien am rechten Rand, sondern auch grün-alternative Bestrebungen, die sich bald zu Umweltparteien verdichteten. Unsicherheit verbreiteten auch die politischen und sozialen Umwälzungen in Osteuropa und das Abschmelzen des Ost-West-Gegensatzes.

Dass sich in den 1980er Jahren die Erfolgsbedingungen des Rechtsextremismus in allen westeuropäischen Staaten wesentlich verbesserten, hatte weitere Ursachen. Zum einen waren diese das geringe Wirtschaftswachstum, die Massenarbeitslosigkeit, die Absenkung des Lohnniveaus, die zunehmende Standortkonkurrenz und der Verdrängungswettbewerb auf den Arbeitsmärkten, zum anderen die wachsenden Migrationsbewegungen und die sich verschärfenden Asyl- und Flüchtlingsprobleme.

Mit der zunehmenden sozialen Ungleichheit und der damit verbundenen sozialen Fragmentierung, mit der Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen und mit dem Abbau sozialer Standards haben sich die Desintegrationsvorgänge ver-

schärft. Gerade auch in der Arbeitswelt sind Unsicherheit, Unzufriedenheit und Ängste gewachsen. Das Bedürfnis nach Schutz vor vermeintlichen oder tatsächlichen äußeren und inneren Bedrohungen wie Abhängigkeit vom Weltmarkt, Bevormundung durch europäische Bürokratien, „Überfremdung“ durch Zuwanderung, Ausländerkriminalität sowie Sozialmissbrauch nimmt dramatisch zu und bildet einen guten Resonanzboden für nationalistische und rassistische Angebote. **Insgesamt bieten sich dem Rechtsextremismus gute Chancen, den Globalisierungs- und Modernisierungsverlierern den völkisch homogenen Nationalstaat als Gegengift gegen die unerwünschten Begleitererscheinungen der Globalisierung schmackhaft zu machen.** Durch die Kritik an der Globalisierung verbindet sich die nationalistische und die völkische Komponente des Rechtsextremismus nahtlos mit der sich immer dringlicher stellenden „sozialen Frage“.

Die in diesem Kontext geäußerte **Kapitalismuskritik** bezieht sich vor allem auf das Finanzkapital, das – angeblich in jüdischer Hand („Ostküste der USA“) – die Weltherrschaft anstrebt. Typisch für diese Weltsicht ist der Aufruf der Initiative „Zukunft statt Globalisierung“⁶, aus dem folgendes Zitat stammt:

„Es handelt sich bei der Globalisierung ganz allgemein um das planetarische Ausgreifen der kapitalistischen Wirtschaftsweise unter der Führung des Großen Geldes. Dieses hat, obwohl seinem Wesen nach nomadisch und ortlos, seinen politisch-militärisch beschirmten Standort vor allem an der Ostküste der USA. War der Kapitalismus früher zwar nicht besser, jedoch noch an ethnokulturelle, politische und soziale Bedingungen des jeweiligen Landes geknüpft, hat er sich mit seiner Steigerung zur Globalisierung von all diesen gelöst. Das frei schwebende Globalkapital entgrenzt staatliche Steuerungsmacht, raubt den Staaten ihre Entscheidungs- und Handlungsautonomie und führt zu Formen eines kapitalistischen Regierens ohne volksgewählte Regierung. Mit ihrem Angriff auf das Territorial-, Souveränitäts- und Legalitätsprinzip der Nationalstaaten zerstört die Globalisierung die einzig vorstellbaren geopolitischen Räume der Volksherrschaft zugunsten anonymer, supranationaler Machtstrukturen. Es handelt sich gleichermaßen um ein politisches Entmündigungs- wie wirtschaftli-

6 Die zugehörige Internetseite www.antikap.de, von der dieses Zitat stammt, existiert nicht mehr.

ches Ausbeutungsprogramm für die Völker. [...] Das entfesselte Kapital nimmt keinerlei Rücksicht auf Boden, Menschen und Standards. Diese Tatsache birgt in sich schon die Aussicht, dass es bei Fortschreiten dieser Entwicklung nur Zukunft für skrupellose Geschäftemacher und lediglich Almosen für die darunter leidenden und gleichfalls in der Auflösung befindlichen Völker geben kann.“

Nach Auffassung des Rechtsextremismus geht von der **Immigration** die größte Gefahr für Volk, Rasse und Nation aus. Der Kampf gegen multikulturelle Gesellschaften zielt darauf ab, fundamentale Ängste davor zu erzeugen oder zu verstärken, dass die Mehrheitsgesellschaft Opfer von Verfechtern einer unbegrenzten Einwanderung wird und damit ihre Identität verliert. Immigration wird zu einer universellen Bedrohung dramatisiert, die angeblich für alle wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Missstände verantwortlich ist. Die Lösung aller gesellschaftlichen Probleme besteht nach dieser Lesart darin, die Einwanderung zu stoppen, die Eingewanderten in ihr Herkunftsland zurückzuführen und auf diese Weise den Status quo ante einer angeblich ethnisch homogenen Gesellschaft wiederherzustellen („Deutschland den Deutschen“, „les français d’abord“, „eigen Volk eerst“).

Ideologische Grundlage ist das Anfang der 1970er Jahre entwickelte **Konzept des Ethnopluralismus**. Ethnopluralismus bedeutet die Anerkennung der kulturellen Differenzen, den Pluralismus der Ethnien (Völker), ihre autonome Entfaltung nebeneinander und damit auch ihre Trennung voneinander, um die Völker bzw. Rassen vor gegenseitiger Bevormundung zu schützen. Ethnopluralismus wird als Alternative zu „Universalismus“ oder „Egalitarismus“ ausgegeben und bedeutet eine Kampfansage an die Prinzipien der Aufklärung und an die Menschenrechte. Die Vertreter dieses Konzepts rufen zum „totalen Angriff [...] gegen alle totalitären Erscheinungen der Gleichheitslehre“ auf, gegen den Kraken, der „die Völker von innen anfrisst, indem er ihre Seele gegen die trügerische Sicherheit des materiellen Wohlstands“ eintauscht. Gefordert wird das „Grundrecht auf Verschiedenheit“:

„Denn durch seine Vermischung der Rassen, der Kulturen und Weltanschauungen beseitigt der Egalitarismus nicht nur die grundlegendsten Begriffe von Achtung und Toleranz, sondern darüber hinaus die Freiheit und das Grundrecht auf Verschiedenheit [...]. Im Namen der Toleranz

macht sich die Lehre von der völligen Gleichheit der Menschen der denkbar größten Intoleranz schuldig, die darin besteht, die Verschiedenheit, Originalität und Besonderheit überall da systematisch zu zerstören, wo sie sich der Mühle der Gleichmacherei nicht fügen.“⁷

Das Neue am Ethnopluralismus ist, dass Rasse nicht mehr im althergebrachten biologischen Sinne verstanden wird und es auch nicht mehr um die Wertigkeit von Rassen geht, sondern um die Verschiedenartigkeit von Kulturen und das vermeintliche Recht jedes Volkes auf seine Identität. Darauf beruft sich auch die in einigen europäischen Ländern aktive **Identitäre Bewegung (IB)**:

„In klarer Abgrenzung zur und Überwindung der Alten Rechten (Nationalisten, Rassisten, Neonazis etc.) stützt sich die IB dabei auf das Konzept des Ethnopluralismus: Die Anerkennung und Achtung einer jeden Ethnie und Kultur und ihrer Souveränität auf ihrem geschichtlich gewachsenen Gebiet. Dies gilt für uns für die Völker und Stämme in Asien oder im Amazonasgebiet ebenso wie für die Völker Afrikas oder Europas. [...] Unsere Forderungen sind so einfach wie naheliegend: Wir fordern, dass die eigentliche Vielfalt der Welt, nämlich die der Völker und Kulturen erhalten bleibt. Aus diesem Grund lehnen wir die derzeit nach Europa hin stattfindende Masseneinwanderung entschieden ab.“⁸

Mit der Auflösung des Sowjetimperiums und den Systemwechseln in **Osteuropa** sind dort ebenfalls rechtsextreme Strukturen entstanden. Auch in Osteuropa gedeihen mittlerweile nationalistische, rassistische und antisemitische Einstellungen, auch dort agieren faschistische, nationalistische und separatistische Subkulturen, Bewegungen und Organisationen. Aber es bestehen **fundamentale Unterschiede zwischen den westeuropäischen und den osteuropäischen Rechtsextremismen**, die sich weniger auf die Ideologie, die Programme und Ziele, sondern vor allem auf die Existenz- und Erfolgsbedingungen beziehen.

Während der westliche Rechtsextremismus eine Begleiterscheinung des **Systemwandels** von Industriegesellschaften zu postindustriellen Gesellschaften und der Globalisierung darstellt, erwächst der östliche Rechtsextremismus aus dem **Sys-**

⁷ Pierre Krebs: Die europäische Wiedergeburt. Aufruf zur Selbstbestimmung, Tübingen: Grabert 1982, S. 25 ff.

⁸ Selbstdarstellung der Identitären Bewegung: [http://www.identitaere-bewegung.de/idee-tat/\(28.5.2016\)](http://www.identitaere-bewegung.de/idee-tat/(28.5.2016)).

temwechsel vom Staatssozialismus zu Demokratie und Marktwirtschaft. In Westeuropa sind die Nationalstaaten seit langem auf demokratischer Grundlage konsolidiert. Dagegen ist die Nationalstaatsbildung in Osteuropa noch nicht überall abgeschlossen. Es mangelt häufig noch an konsensualen Vorstellungen hinsichtlich der nationalen Identität und an einer breiten Mittelschicht, die als sozialer Träger demokratischer Strukturen und Kulturen fungieren könnte. Der osteuropäische Rechtsextremismus speist sich vor allem aus ungelösten bzw. als ungelöst empfundenen nationalen Problemen sowie aus einer – zumeist historisch bzw. kulturell fundierten – antiwestlichen Grundhaltung. Er wendet sich vor allem gegen Richtung, Geschwindigkeit, Akteure und Profiteure des Systemwechsels.

Allerdings gerieten die Staaten Osteuropas mit dem ökonomischen Systemwechsel, der für sich genommen bereits einen epochalen Umbruch bedeutete, auch in den Sog der Globalisierung. Dadurch wurden die soziale Differenzierung, die Kluft zwischen Arm und Reich und die absolute Deprivation großer Teile der Bevölkerung mit Turbokraft beschleunigt. Daher ist der Wunsch nach Solidarität und gesellschaftlichem Zusammenhalt in den Staaten Osteuropas weit verbreitet, und der Staat wird weithin als verantwortliche Ordnungsinstanz und maßgebliche Verteilungsagentur betrachtet. Dass unter diesen Bedingungen nostalgische Vorstellungen von der kommunistischen Sozialordnung bestehen, kann kaum verwundern.

Ein wichtiger, teilweise sogar zentraler Bestandteil der Kampagnen aller europäischen Rechtsextremisten in West und Ost ist mittlerweile der **antimuslimische Diskurs**. Auslöser für diesen dürften die terroristischen Anschläge von islamistischen Fundamentalisten am 11. September 2001 in den USA gewesen sein. Seither hat sich die Islamfeindschaft zu einer neuen Qualität des Rassismus entwickelt. Es geht nicht mehr nur um die Anerkennung von kulturellen Differenzen unterschiedlicher Ethnien („Ethnopluralismus“), sondern um einen Kulturkampf, um die Verteidigung des christlichen Abendlandes gegen den vermeintlichen Ansturm von angeblich unzivilisierten Muslimen (antimuslimischer Rassismus). Die Protagonisten dieser Kampagne verbreiten Untergangs- und Endzeitstimmungen und berufen sich dabei sogar auf demokratische Werte: Der Islam sei frauen- und schwulenfeindlich, autoritär und gewalttätig. Die neue Qualität des Rassismus besteht also darin, dass sich die Kampagne auf demokratische Werte beruft und vorgibt, für deren Einhaltung zu kämpfen.

Diese neue Qualität dürfte ein wichtiger Grund dafür sein, dass der Diskurs breite Resonanz in den Bevölkerungen Europas findet. An den Debatten über Kopftücher und Burkas, über Moscheen und Minarette beteiligen sich längst auch die etablierten politischen und kulturellen Eliten. Allenthalben werden Maßnahmen zur Abwehr des angeblich gegen die westliche Zivilisation gerichteten islamischen Kreuzzugs gefordert (und teilweise auch realisiert), die letztlich auf die Diskriminierung aller Mitglieder dieser Religionsgemeinschaft zielen, unabhängig von ihrer Integrationsbereitschaft und ihrem tatsächlichen Verhalten.

Da sich die europäischen Staaten hinsichtlich ihrer Verfassungs- und Regierungssysteme, hinsichtlich ihrer politischen Kulturen und Traditionen und nicht zuletzt hinsichtlich ihrer sozialen und ökonomischen Lagen stark unterscheiden, sind generalisierende Aussagen über den zeitgenössischen Rechtsextremismus – wenn überhaupt – nur auf der Grundlage von außerordentlich starken Verallgemeinerungen möglich. Gemeinsam sind den verschiedenen Rechtsextremismen im Großen und Ganzen:

- Ein **Nationalismus**, der zumeist nicht auf Großmachtbestrebungen oder Expansionismus zielt, sondern auf die Wiederherstellung, Bewahrung oder Kräftigung von autonomen Nationalstaaten („Europa der Vaterländer“) und damit verbunden auf die Stärkung der nationalen Identität der einheimischen Bevölkerungen.⁹
- **Rassistische** oder wenigstens fremdenfeindliche **Haltungen**, welche die eigene Ethnie gegen externe kulturelle Einflüsse absichern und Immigration bzw. die Präsenz von Ausländern im eigenen Land abwehren oder wenigstens stark reduzieren sollen. Vorherrschend ist dabei der Antisemitismus. In Westeuropa ist der Ethnozentrismus teilweise stärker ausgeprägt als der Nationalismus.
- Eine **autoritäre „Law and order“-Politik**, die sich zumeist mit einer massiven Anti-Establishment-Polemik verbindet, da sich die etablierten politischen Kräfte angeblich zu wenig um die innere Sicherheit im Allgemeinen und um die Bekämpfung der Ausländerkriminalität im Besonderen kümmern.

⁹ Expansionistische Ziele finden sich jedoch im ungarischen, im polnischen oder auch im serbischen Rechtsextremismus.

- Neoliberale wirtschaftspolitische Konzepte haben mittlerweile an Einfluss verloren. Die Rechtsextremisten haben zumeist die Bedeutung der **sozialen Frage** für ihre Anhänger erkannt, lehnen aber das sozialdemokratische Modell des Wohlfahrtsstaats ab, insbesondere dann, wenn Ausländer von diesem profitieren. Daher dominiert auch eine ausgesprochen **gewerkschaftsfeindliche Haltung**.

1.3 ZUR ANFÄLLIGKEIT VON ARBEITNEHMERN BZW. GEWERKSCHAFTSMITGLIEDERN FÜR RASSISMUS UND NATIONALISMUS

1.3.1 ERKLÄRUNGSKONZEPTE

Ausgangspunkt vieler Konzepte zur Erklärung von Rechtsextremismus bildet das **Unzufriedenheitstheorem**. Unzufriedenheit bedeutet die Diskrepanz von Anspruch und Erfüllung, von Erwartung und Realität, also frustrierende soziale Erfahrungen, die Vertrauensverlust in die bestehende Ordnung, Protest, Verweigerung, Opposition und Widerstand hervorrufen. Unzufriedenheit ist zumeist die Folge von nachhaltigen ökonomischen (konjunkturellen und strukturellen) Krisen, von umbruchartigem gesellschaftlich-politischem Wandel sowie von tiefgreifenden Modernisierungsprozessen. Unzufriedenheit und pessimistische Zukunftserwartungen bewirken das Gefühl der Benachteiligung, Abkoppelung, Ausgrenzung. Sie stimulieren Vorurteile gegenüber Fremden und Schwachen und erzeugen den Wunsch nach autoritären Konzepten: Gemeinschaft, Geborgenheit, Sicherheit, Orientierung, Ruhe und Ordnung.

Als wichtiger Auslöser von Unzufriedenheit gilt **relative Deprivation**. Rechtsextremismus begünstigende Unzufriedenheit beruht in der Regel nicht auf absoluter Deprivation (Verelendung durch Arbeitslosigkeit, Armut usw.), sondern auf relativer Deprivation. Damit sind Ungleichgewichte oder Ungleichzeitigkeiten in der Entwicklung bzw. in den Zukunftsperspektiven unterschiedlicher gesellschaftlicher Klassen, Gruppen, Regionen, Wirtschaftszweige etc. gemeint. Besonders solche Personen neigen demnach zur Unterstützung der extremen Rechten, die sich durch **Statusverlust** bedroht sehen, deren Status also niedriger ist als der gewohnte oder erwartete. Statusängste erstrecken sich nicht nur auf ökonomische Verhältnisse, sie können sich auch auf ideelle Ressourcen (Bildungschancen, kulturelle Ansprüche etc.) und auf Prestige beziehen.

Einige Erklärungskonzepte für Rechtsextremismus beziehen sich auf den **gesellschaftlichen Wandel**. Rascher Gesellschaftswandel führt laut diesen Konzepten vermehrt zu Verunsicherung, Ohnmachtsgefühlen und Statusängsten. Insbesondere der **Strukturwandel der Industriegesellschaft** bewirkt demnach Disproportionalitäten zwischen eher traditionellen und eher zukunftssträchtigen Sektoren der Wirtschaft, zwischen eher „modernen“ und eher „traditionellen“ Berufen oder Tätigkeiten. Durch den Bedeutungsverlust des primären Sektors und von Teilen des sekundären Sektors seien spezifische Bildungs-, Alters- und Berufsgruppen von sozialem Abstieg und Qualifikationsentwertung bedroht und litten unter schlechten Zukunftsaussichten, während die Wachstumsbranchen des sekundären und tertiären Sektors ihren Stammebelegschaften oft noch relativ sichere Arbeitsplätze und weithin hohe berufliche Qualifizierung bieten könnten. Zugleich bahnen sich weitergehende Entwicklungen an oder sind in bestimmten Branchen schon Realität: Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses oder des Arbeitsverhältnisses überhaupt durch (Schein-)Selbstständigkeit, Prekarisierung und Verschärfung des innerbetrieblichen Konkurrenzdrucks. Gemeinsam ist diesen Tendenzen, dass sie Sicherheiten der ökonomischen Reproduktion gefährden oder sogar auflösen oder dass sie mindestens als Gefährdung wahrgenommen werden. Hieraus resultiert der **Widerspruch zwischen Modernisierungsgewinnern und Modernisierungsverlierern**, der seit den 1980er Jahren in den postindustriellen Gesellschaften (West-)Europas als wesentliche Ursache für den Aufstieg des „neuen“ Rechtsextremismus gilt. Die ökonomischen und politischen Globalisierungstendenzen schüren Unzufriedenheit und Ängste bei den vermeintlichen oder tatsächlichen Opfern dieser Entwicklung, die dann zu Gegnern der Modernisierungsprozesse werden.

Ursachen für den zunehmenden Rechtsextremismus werden auch im **Wandel der industriellen Beziehungen und der Arbeitswelt** gesucht. Als Stichwort wird häufig „soziale Segmentierung“ genannt: Aus der Modernisierung kapitalistischer Produktion entstünden Verteilungsprobleme, welche die Strukturen sozialer Ungleichheit umgestalteten. Im Gegensatz zu dem Schichtmodell der alten Industriegesellschaft seien heute eher horizontale soziale Differenzierungen vorherrschend, darunter regionale, ethnische, geschlechterspezifische oder soziale Randgruppen. Bei den Befragungen von jugendlichen Arbeitnehmern hat sich herausgestellt, dass nicht etwa die Benachteiligten besonders zu Rechtsextremismus oder zu Fremdenfeindlichkeit neigten, sondern die Modernisierungsgewinner, also Jugendliche mit zufriedenstellender Lebenssituation, gesichertem Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz und mit guten Wohn- und Konsumbedingungen. Als

Erklärung für diese **Modernisierungsgewinnerthese** wurden zwei Faktoren ermittelt: Konventionalismus und Leistungsorientierung.

„Die Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeit, basierend auf technologischer Innovation, erfordert zunehmend Kreativität, Mobilität, Flexibilität, Engagement und soziale Kommunikation. [...] Die Jungen sind dabei sogar teilweise im Vorteil, da sie die neuen Anforderungen [...] leichter und in der Erstqualifizierung bewältigen, während die Erwachsenen einen schwierigeren Prozess der Umorientierung durchmachen (müssen). [...] Es kann zu einer Art Wetteifer in der Anpassung an vorherrschende Normen und Anforderungen kommen, indem konventionalistische Orientierungen im Dienste der Anpassung auf die Spitze getrieben werden. Die Jugendlichen erkennen die ‚Zeichen der Zeit‘, die ‚neuen Trends‘ genauer und können sich auch leichter darauf einstellen.“¹⁰

In einem Gutachten für die Friedrich-Ebert-Stiftung über **„Prekäre Arbeit“** wird dargelegt, dass infolge der Erosion des Normarbeitsverhältnisses die Erwerbsarbeit ihre „integrative und zugleich identitätsbildende Funktion“ allmählich einbüße. Der zentrale Befund der Studie lautet, „dass die nachlassende soziale Bindekraft sozialstaatlicher regulierter ‚Normarbeit‘ eine Suche nach alternativen Integrationsangeboten und -strategien motiviert“. Daher hätten die Befragten aufgrund ihrer Arbeitserfahrungen „ausgrenzende Integrationskonzepte“ entwickelt. Die Autoren der Studie sprechen in diesem Zusammenhang von **„reaktivem Nationalismus“**:

„Sinnstiftendes Zentrum des reaktiven Nationalismus ist die Vorstellung einer ‚Wohlfahrtsinsel Deutschland‘, die es vor illegitimen, fremden Ansprüchen zu schützen gilt. Um den Kuchen nicht mit zu vielen teilen zu müssen, sollen die Zugänge zu dieser Insel erschwert und scharf kontrolliert werden. Bevorzugte Ausschlusskriterien sind (wirtschaftliche) ‚Nützlichkeit‘ und ‚Kultur‘. Abgelehnt wird zumeist eine fremde, unbekannte, nicht-weiße, nicht-europäische ‚Kultur‘, deren zugeschriebene Merkmale gleichsam naturalisiert werden.“¹¹

10 Josef Held/Hans-Werner Horn/Athanasios Marvakis: Gespaltene Jugend. Politische Orientierung jugendlicher Arbeitnehmer, Opladen: Leske + Budrich 1996, S. 68.

11 Ulrich Brinkmann/Klaus Dörre/Silke Röbenack/Klaus Kraemer/Frederic Speidel: Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse, hrsgg. v. Wirtschafts- und sozialpolitischen Forschungs- und Beratungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Arbeit und Sozialpolitik, Bonn 2006, S. 76, 82 f.

Dazu wurden bei den Befragten acht typische Orientierungsmuster identifiziert, die „als subjektive Brücken zum Rechtspopulismus fungieren“ könnten:

- (1) *„Zuwanderung zerstört die deutsche Kultur und muss gestoppt werden.“*
- (2) *„Ausländer nehmen den Deutschen die Arbeitsplätze weg.“*
- (3) *„Wenn gespart werden muss, dann bei den Sozialschmarotzern.“*
- (4) *„Die deutsche Geschichte darf nicht länger Ballast sein.“*
- (5) *„Wir wollen stolz auf Deutschland sein, (können es aber nicht).“*
- (6) *„Politiker sind unglaublich unwürdig, manche Gangster, das gesamte System muss verändert werden.“*
- (7) *„Ein bisschen weniger Demokratie kann nicht schaden.“*
- (8) *„Rechte Parteien sind zu extrem, aber sie sprechen die richtigen Themen an.“¹²*

Der „reaktive Nationalismus“ ist nach Meinung des Soziologen Klaus Dörre, dem Leiter der Studie, für sich genommen nicht rechtsextremistisch, weil damit berechnete soziale Ansprüche und der Wunsch nach guter Arbeit und gutem Leben verbunden seien. Allerdings bedürfe es nur einiger Zuspitzungen, um ihn für die Botschaften des Rechtsextremismus empfänglich zu machen.

Ein ähnliches Konzept wurde von dem Politikwissenschaftler Christoph Butterwege zur Diskussion gestellt. Er beobachtete eine „ideologische Konvergenz von (Neo-)Konservatismus und Rechtsextremismus im Hinblick auf Bürokratie- und Sozialstaatskritik“. Als „geistiges Bindeglied“ fungiere ein **„Standortnationalismus“**, in dem sich „die traditionelle ‚Sorge um das deutsche Vaterland‘ mit dem neoliberalen Fetisch ‚internationaler Wettbewerbsfähigkeit‘ paart“:

„Statt des völkischen dominiert im rechten Lager gegenwärtig ein Standortnationalismus, der sich auf folgende Überlegungen stützt: Deutschland kann als ökonomische Macht und als politisches Subjekt wieder Weltgeschichte schreiben, wenn es als Unternehmen begriffen, nach betriebswirtschaftlichen Erkenntnissen geführt und mit modernsten Managementtechniken betrieben wird. Aufgrund seiner Adaption neoliberaler Ideologeme verfügt der Rechtsextremismus heute zum ersten Mal nach 1945 über eine ‚moderne‘ Programmatik, die weitgehend dem gesell-

¹² Ebda., S. 68 ff.

schaftlichen Mainstream entspricht, mit den Interessen einflussreicher Gruppen harmoniert und mit den Strategiekonzepten politischer bzw. wirtschaftlicher Eliten korrespondiert.“¹³

Zur Verteidigung des eigenen Wirtschaftsstandortes würden nationale Unternehmen, Produktionsstätten und Arbeitsplätze gegenüber der internationalen Konkurrenz begünstigt. Bei Politikern und Unternehmern wachse die Versuchung, die durch den Verdrängungswettbewerb zwischen einheimischen und zugewanderten Arbeitskräften entstehenden sozialen Probleme „durch Appelle an das Nationalgefühl der Bevölkerung zu ersetzen“¹⁴.

In der Literatur findet sich häufiger der Hinweis, dass gerade Personen mit geringer Bildung und geringem Einkommen, also Personen aus der **Unterschicht**, die Schattenseiten von Immigration und Multikulturalismus erlebten, weil gerade sie mit Zuwanderern um Arbeit, Wohnung und Bildung konkurrierten und dabei befürchteten, ins Hintertreffen zu geraten. Ihr Nationalismus zielt auch auf Selbstbehauptung und Bewahrung des Erreichten.¹⁵

In diesem Zusammenhang ist auch die These von der **Ethnisierung der sozialen Beziehungen** zu erwähnen: Soziale Konflikte um die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums würden umgedeutet in Konflikte zwischen Nationen, Ethnien und Kulturen. „Ethnische Herkunft, Selbst-Zuordnung und Zugeordnet-Werden bestimmen mehr und mehr den gesellschaftlichen Status und das Ausmaß an sozialen, kulturellen und materiellen Gratifikationsmöglichkeiten.“¹⁶ Die Bereitschaft zum Teilen vermindere sich in dem Maß, wie damit die Privilegien der Bewohner der Wohlstandsinsel geschmälert würden.

¹³ Christoph Butterwegge: Abschied vom Sozialstaat: Standortnationalismus und Wohlstandschauvinismus als geistig-politische Anknüpfungspunkte des Rechtsextremismus, in: Wolfgang Gessenharter/Helmut Fröchling (Hrsg.): Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes?, Opladen: Leske + Budrich 1998, S. 147, 152, 154.

¹⁴ Ebda., S. 158.

¹⁵ Jörg Flecker: Die populistische Lücke. Umbrüche in der Arbeitswelt und ihre politische Verarbeitung, in: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hrsg.): Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, Opladen & Farmington Hills: Budrich 2008, S. 88 ff.

¹⁶ Hans-Gerd Jaschke: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe – Positionen – Praxisfelder, Opladen: Westdeutscher Verlag 1994, S. 184.

Dieser **Wohlstandschauvinismus** deutet darauf hin, dass nicht nur relativ Deprivierte, Modernisierungsverlierer oder Personen aus der Unterschicht für Rechtsextremismus anfällig sind. Nationalismus und Rassismus finden sich auch – und nicht einmal selten – bei Wohlhabenden, Gewinnern und Privilegierten. Wohlstandschauvinismus richtet sich aber nicht nur gegen Fremde, sondern teilweise auch gegen die eigenen Landsleute. So blüht der Rechtsextremismus in Belgien vor allem in der europäischen Wachstumsregion Flandern und weniger in der durch den Niedergang der Kohle- und Stahlindustrie geprägten Wallonie. Die Transferzahlungen zugunsten der Wallonie werden von den flämisch-nationalistischen Parteien abgelehnt. Sie fordern eine Abtrennung Flanderns oder wenigstens eine Umwandlung Belgiens in eine Konföderation. Ein ähnlicher Nord-Süd-Konflikt besteht auch in Italien, wo die reichen Oberitaliener nicht mit ihren armen Landsleuten im Süden teilen wollen. Die rechtsextreme Liga Nord (LN) tritt für eine Autonomie des industrialisierten Nordens bzw. für die Föderalisierung Italiens ein, hatte aber auch schon mal die Abspaltung des Nordens vom Süden gefordert.

Nach der Bedeutung von **Veränderungen in der Arbeitswelt** für die Ausbreitung des Rechtsextremismus (bzw. Rechtspopulismus) fragte auch das **EU-Forschungsprojekt SIREN¹⁷**, das von 2001 bis 2004 in acht europäischen Ländern durchgeführt wurde. Den Ergebnissen zufolge wird die Hinwendung zum Rechtsextremismus vor allem durch Gefühle der Unsicherheit, Ungerechtigkeit, Benachteiligung und Überforderung sowie durch die Angst vor sozialem Abstieg verursacht. Die Befragten hätten insbesondere die häufigen Veränderungen in den Arbeitsabläufen, die Entwertung vorhandener Qualifikationen bei ständig wachsenden neuen Anforderungen und den unaufhaltsam steigenden Arbeitsdruck genannt.

„Wir können aus den Interviewergebnissen schließen, dass der sozioökonomische Wandel viele dazu zwingt, ihre Position in der sozialen Welt zu überdenken und neu zu bewerten. Die Veränderungen können zu einer

17 „Socio-Economic Change, Individual Reaction, and the Appeal of the Extreme Right“ [Sozioökonomischer Wandel, individuelle Reaktionen und die Anziehungskraft der extremen Rechten]. Beteiligt waren Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, die Schweiz und Ungarn. Die Koordination lag bei dem österreichischen Institut FORBA, auf dessen Internetseite auch die Abschlussberichte hinterlegt sind: <http://www.forba.at/de/forschung/view/index.html?id=10> (28.4.2016). Es wurden insgesamt mehr als 300 Intensivinterviews geführt.

Situation führen, in der die materiellen und symbolischen Belohnungen nicht mehr als ausreichender Ausgleich für die Anstrengungen und Opfer des Erwerbslebens wahrgenommen werden. Das kann in den Erfahrungen in der Arbeitswelt begründet sein – also etwa in zunehmendem Arbeitsdruck, mangelnder Anerkennung oder prekärer Beschäftigung –, mag aber auch verursacht sein durch die Bedrohung des Lebensstandards durch gestiegene Lebenshaltungskosten. Beides wirkt sich darauf aus, wie die Menschen ihr Arbeitsleben deuten und inwiefern sie sich mit körperlich und psychisch schädigenden Arbeitsbedingungen abfinden können.“¹⁸

Unsicherheit und Machtlosigkeit könnten autoritäre und ausgrenzende Orientierungen und den Eindruck unzureichender politischer Repräsentation erzeugen. Einige Befragte hätten sich beklagt, dass Politiker oder auch Gewerkschaften keinen Schutz mehr bieten könnten. Sie sehnten sich nach starken Führungspersonlichkeiten. In diesem Zusammenhang wurde ebenfalls **Kritik an den sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien und auch an den Gewerkschaften** geübt, weil sie „nicht mehr als Kraft wahrgenommen werden, die sich für die Interessen der ArbeitnehmerInnen einsetzt“¹⁹. Dies wird von den Autoren neben der Wahlenthaltung als Ursache für die Hinwendung zu rechtsextremen bzw. rechtspopulistischen Parteien genannt.

1.3.2 POLITISCHE ENTWICKLUNGEN AM RECHTEN RAND

Mit dem Wandel der Industriegesellschaft, der forcierten Globalisierung und Modernisierung, verbesserten sich in den 1970er und 1980er Jahren in vielen westeuropäischen Ländern die Erfolgsbedingungen des Rechtsextremismus. Es entstanden neue, zumeist gemäßigt rechtsextreme, gelegentlich aber auch rechtskonservative Parteien an den rechten Rändern der politischen Systeme. Bestehende Parteien vollzogen einen dezidierten Rechtsschwenk.

In Österreich driftete die ursprünglich eher liberale **Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)** unter Vorsitz von Jörg Haider Mitte der 1980er Jahre nach Rechts-

¹⁸ Gudrun Hentges/Jörg Flecker: Die Sirenen-Gesänge des europäischen Rechtspopulismus, in: Peter Bathke/Susanne Spindler (Hrsg.): Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa, Berlin: Karl Dietz 2006, S. 133.

¹⁹ Ebda., S. 137.

außen ab. Unter dem Einfluss von Christoph Blocher steuerte die traditionsreiche **Schweizerische Volkspartei (SVP)** in den 1990er Jahren einen klaren Rechtskurs. Neugründungen waren damals die französische **Nationale Front (FN, 1972)**, die allerdings erst seit den 1980ern Wahlerfolge erzielte, und der belgische **Flämische Block (VB²⁰, 1979)**. Anfang der 1990er Jahre begann der Aufstieg der norwegischen **Fortschrittspartei (FrP)** und Mitte der 1990er Jahre der der **Dänischen Volkspartei (DF)**. Die **Schwedendemokraten (SD)** existieren seit 1988, sind aber erst seit 2010 im Schwedischen Reichstag vertreten. 1991 wurde die oberitalienische **Liga Nord (LN)** aus der Taufe gehoben. Auf Kontinuität konnte nur die 1946 gegründete, zunächst orthodoxe **Italienische Sozialbewegung (MSI)** verweisen, die erst in den 1990er Jahren als eher gemäßigt rechtsextreme **Nationale Allianz (AN)** unter Gianfranco Fini zweistellige Wahlergebnisse erzielte.²¹ Im westlichen Deutschland dominierte die 1964 entstandene **Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)** bis zur Gründung der Partei **Die Republikaner (REP, 1983)** den rechten Rand. Die NPD entwickelte sich in den späten 1990er Jahren vom gemäßigten zum orthodoxen Rechtsextremismus. Die REP waren zunächst eher dem gemäßigten Rechtsextremismus zuzuordnen, stellen mittlerweile aber eine eher rechtskonservative Splitterpartei dar. Anders als in vielen westeuropäischen Staaten haben rechtsextreme Parteien in Deutschland auf der nationalen Ebene keine Rolle gespielt. Erfolge erzielten sie allenfalls – und auch nur sporadisch – in einzelnen Bundesländern. Dies könnte sich allerdings mit der 2013 gegründeten, mehrheitlich wohl noch rechtskonservativen **Alternative für Deutschland (AfD)** ändern.

In Osteuropa konnten sich erst mit den Systemwechseln intermediäre Strukturen und damit auch extrem rechte Organisationen entwickeln. Wahlerfolge im orthodox rechtsextremen Bereich erzielten beispielsweise auf nationaler Ebene die bulgarische Partei **Attacke (Ataka)**, die **Bewegung für ein besseres Ungarn (Jobbik)**, die **Großrumänienpartei (PRM)**, die **Liga der Polnischen Familien (LPR)**, die **Slowakische Nationalpartei (SNS)** oder die tschechischen **Republikaner (SPR-RSČ)**. Erfolgreicher als die rechtsextremen sind rechtskonservative Parteien, die zumeist allerdings einem ausgeprägten Nationalismus folgen. An erster Stelle ist hier die (mit kurzer Unterbrechung) seit 1993 von Viktor Orbán geführte ungarische Partei **Bund Junger Demokraten/Ungarischer Bürger-**

²⁰ Seit 2004 Flämische Interessen (VB).

²¹ Die AN fusionierte 2009 mit der Partei Vorwärts Italien (FI) von Silvio Berlusconi zum rechtskonservativen Volk der Freiheit (PdL).

bund (Fidesz/MPSZ) zu nennen. Fidesz war 1988 als liberale Partei gegründet worden, hat sich dann aber immer weiter nach rechts entwickelt. Nach anfänglich schwachen Wahlergebnissen wurde der Bund 1998 zweitstärkste Kraft im ungarischen Parlament. Seit 2010 ist er stärkste Kraft. Orbán war von 1998 bis 2002 Ministerpräsident. 2010 wurde er wieder in dieses Amt gewählt, das er seither ausübt. Die Fidesz-Abgeordneten im Europaparlament sind Mitglieder der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten; EVP), der auch die CDU/CSU angehört.²² Außerdem verlangt die 2001 von den Brüdern Lech und Jarosław Kaczyński gegründete Partei **Recht und Gerechtigkeit (PiS)** Aufmerksamkeit. Sie wurde bereits 2005 stärkste Partei in Polen und führte die Regierungskoalition für zwei Jahre an. Bei den Wahlen 2015 gewann PiS die absolute Mehrheit und stellt seither unter der Ministerpräsidentin Beata Szydło die Alleinregierung. Als „graue Eminenz“ im Hintergrund gilt allerdings Jarosław Kaczyński.²³

Vor allem rechtsextreme Parteien haben **Geländegewinne in den unteren sozialen Schichten** verzeichnet, oft auch aus dem Lager der Linksparteien.²⁴ Dies wird vor allem aus westeuropäischen Ländern berichtet:

Österreich: Der österreichische Politikwissenschaftler Anton Pelinka spricht von einem „dramatischen Wandel“ der FPÖ-Wähler seit 1986. Die FPÖ sei von einer „kleinen, ‚bürgerlich‘-bäuerlichen Honoratiorenpartei zu einer Arbeiterpartei geworden“.²⁵ Bei der Nationalratswahl 2013 fand die FPÖ – sie wurde drittstärkste Partei – überdurchschnittlichen Zuspruch unter den einfachen Arbeitern, den Facharbeitern und den unteren Bildungsgruppen.²⁶ Bei der Wahltagsbefragung des SORA-Instituts wählten sogar mehr Arbeiter die FPÖ als die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ; 33 zu 24 Prozent).²⁷

²² Die Fraktionen im Europaparlament werden in Kapitel 2 behandelt.

²³ Sein Bruder Lech, Präsident Polens von 2005 bis zu seinem Tod, kam 2010 bei einem Flugzeugabsturz ums Leben.

²⁴ Vgl. dazu Daniel Oesch: Explaining Worker's Support for Right-Wing Populist Parties in Western Europe: Evidence from Austria, Belgium, France, Norway, and Switzerland, in: International Political Science Review, Bd. 29 (2008), Nr. 3, S. 349 ff.

²⁵ Anton Pelinka: Die FPÖ: Eine rechtspopulistische Regierungspartei zwischen Adaption und Opposition, in: Susanne Frölich-Steffen/Lars Rensmann (Hrsg.): Populisten an der Macht, Wien: Braumüller 2005, S. 93.

²⁶ David M. Wineroither/Gilg Seeber: Die österreichische Nationalratswahl vom 29. September 2013: Das Ende großer Koalitionen in Sicht, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 45. Jg. (2014), H. 1, S. 166 ff.

²⁷ <http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/nrw13.html> (30.4.2016).

Dänemark: Unter den Anhängern der gemäßigt rechtsextremen Dänischen Volkspartei (DF) befanden sich 2011 überdurchschnittlich viele Arbeiter und Handwerker sowie Arbeitslose und (Früh-)Rentner. Zudem wies die DF-Klientel die niedrigsten Bildungsabschlüsse aller dänischen Parteien auf.²⁸

Finnland: Bei den finnischen Parlamentswahlen 2015 wurden die gemäßigt rechtsextremen Wahren Finnen (PS) zweitstärkste Partei. Sie präsentierten sich als Partei der Arbeiter und der „kleinen Leute“. Tatsächlich stuften sich viele ihrer Wähler als Angehörige der Arbeiterschicht ein. Auch bei dieser Wahl fanden Wählerwanderungen von der Sozialdemokratie zur PS statt.²⁹

Norwegen: Die Wählerschaft der Fortschrittspartei (FrP) rekrutiert sich vor allem aus drei Gruppen: den selbstständigen Gewerbetreibenden, den Arbeitern und den Modernisierungsverlierern. Bei der Parlamentswahl 2009 votierten 41 Prozent der arbeitslosen Empfänger von Sozialleistungen für die Fortschrittspartei, die damals mit knapp 23 Prozent zweitstärkste Partei wurde. Bei den Arbeitern lag sie trotz ihrer eher liberalen Wirtschaftsprogrammatik sogar noch vor der Arbeiterpartei (AP). Daher wird die FrP auch als „Partei der Bildungsverlierer“ bezeichnet.³⁰

Schweden: Bei der Reichstagswahl 2014 erzielten die Schwedendemokraten (SD) einen „Erdrutschsieg“ (12,9 Prozent). Dabei profitierten sie „vor allem von Stimmen aus dem konservativen Lager – aber zu einem bedeutenden Anteil auch aus der Sozialdemokratie und dem klassischen Gewerkschaftsmilieu“.³¹

Deutschland: In Westdeutschland zeigte sich erstmals bei Wähleranalysen der Republikaner (REP), dass der Anteil der Arbeitnehmer an der rechtsextremen Wählerschaft überdurchschnittlich hoch ausfällt, wobei es sich hauptsächlich um einfache, geringqualifizierte Arbeiter und Angestellte, teilweise aber auch um Facharbeiter, und im weiteren dann auch um Arbeitslose handelte. Die REP waren

28 Clemens Wirries: Populismus und Pragmatismus. Genese und Etablierung der Dänischen Volkspartei, in: Decker/Henningsen/Jakobsen (Anm. 3), S. 141 f.

29 Sven Jochem: Die Parlamentswahl 2015 in Finnland, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 47. Jg. (2016), H. 1, S. 110.

30 Kjetil A. Jakobsen: Aufstand der Bildungsverlierer? Die Fortschrittspartei auf dem norwegischen Sonderweg, in: Decker/Henningsen/Jakobsen (Anm. 3), S. 156 ff.

31 Sven Jochem: Die schwedische Reichstagswahl vom 14. September 2014: Regierungswechsel und Regierungskrise im Minderheitsparlamentarismus, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 46. Jg. (2015), H. 3, S. 498.

1989 gerade auch in großstädtischen Regionen und industriellen Ballungsgebieten erfolgreich und erzielten teilweise tiefe Einbrüche in traditionelle Hochburgen der deutschen Sozialdemokratie. In einer von der Industriegewerkschaft Metall (IG Metall) initiierten Untersuchung heißt es dazu:

„Unter sozioökonomischen Gesichtspunkten sind die Republikaner eine Partei der ‚kleinen Leute‘. Sie finden überdurchschnittliche Resonanz in Dienstleistungszentren und in urbanen (auch klein- und mittelstädtisch geprägten) Regionen, die weithin durch moderne Industrien, wirtschaftliche Prosperität, starken sozialen Wandel, hohe Mobilität und abnehmende Milieubindungen gekennzeichnet sind. Zumeist hat hier die CDU/CSU eine außerordentlich erfolgreiche Modernisierungspolitik betrieben. Die überwiegend männlichen REP-Anhänger zählen jedoch in der Regel nicht zu den Nutznießern dieser Politik, sondern eher zum unteren Drittel der Gesellschaft, das unter den negativen Begleitumständen der Modernisierung leidet, für sich keine Berufs- bzw. Zukunftsperspektiven sieht und sich von den regierenden Parteien, zumeist eben von den Unionsparteien, im Stich gelassen fühlt. Sie wohnen oft in von der Stadtpolitik vernachlässigten unwirtlichen Arbeitervierteln mit schlechter Bausubstanz und mangelnder Infrastruktur. Während die Regionen insgesamt durch eine breite, gut verdienende Mittelschicht geprägt sind, leiden die Anhänger der Republikaner eher unter dem hohen Preisniveau, steigenden Mieten und drohender Privatisierung von Wohnraum. Die Attraktivität der Regionen zieht Arbeitssuchende, Ausländer und Asylsuchende an, die sich in den einfachen Quartieren niederlassen und zur weiteren Verschärfung der Verhältnisse beitragen. Entscheidend für die Wahlerfolge der Republikaner scheinen in erster Linie also nicht absolute, sondern relative Deprivation (Benachteiligung), nicht Armut und soziales Elend, sondern ungleiche Lebenschancen von ‚Modernisierungsverlierern‘ und ‚Modernisierungsgewinnern‘ zu sein.“³²

Dass rechtsextreme Parteien auch bei unteren sozialen Schichten Erfolge verbuchen konnten, lag nicht zuletzt an ihrer inhaltlichen „Modernisierung“. Die wirtschafts- und sozialpolitische Programmatik vieler rechtsextremer Parteien war anfänglich eher neoliberal und kaum auf die „kleinen Leute“ ausgerichtet. Die

³² Stöss: Die Republikaner (Anm. 1), S. 106.

Hinwendung zu sozialen Themen und die Kapitalismus- bzw. Globalisierungskritik setzte zumeist im Laufe der 1990er Jahre ein. Große Beachtung fand die entsprechende Revision des Kurses der französischen Nationalen Front (FN) im Jahr 1995, die spöttisch als „Proletarisierung“ bezeichnet wurde. Bei der Präsidentschaftswahl 2002 profitierte die FN bzw. Jean-Marie Le Pen in besonderem Ausmaß von Arbeitern, mehr noch von Facharbeitern als von einfachen Arbeitern, wobei sich allerdings etwa ein Drittel der Arbeiter gar nicht an der Wahl beteiligte. Wenn sich auch die Arbeitslosen vergleichsweise stark für die rechtsextreme Partei engagierten, so war bzw. ist sie doch keine reine Unterschichtspartei, denn auch Unternehmer, Manager, Händler und Handwerker wählen die FN in beträchtlichem Ausmaß. In der Literatur ist dennoch von einer „Entkopplung zwischen Klassenzugehörigkeit und den historisch von der politischen und gewerkschaftlichen Linken verfochtenen Optionen“³³ die Rede. Die FN sei bemüht, in der Arbeitswelt, in den Betrieben, in Gewerkschaften und Berufsverbänden Wurzeln zu schlagen, teilweise sogar eigene Verbandsstrukturen zu schaffen, und dabei auch den Einfluss der Gewerkschaften zu bekämpfen.³⁴

Dass auch **Gewerkschaftsmitglieder Sympathien für Rechtsaußenparteien** entwickeln, zeigte sich in der Bundesrepublik Deutschland – wie eingangs bereits erwähnt – seit dem Ende der 1980er Jahre. Dabei sind die deutschen Gewerkschaften nach ihrer Programmatik und nach ihrem Selbstverständnis dezidierte Gegner des Rechtsextremismus. Das galt schon immer, und das gilt auch heute. Der Antifaschismus hat die gewerkschaftliche Praxis ununterbrochen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 geprägt. Lange Zeit waren die Gewerkschaftsmitglieder auch immun gegen Parolen der extremen Rechten. Unter den Anhängern von rechtsextremen Parteien bildeten Gewerkschaftsmitglieder eine Ausnahme, und auch gegenüber rechtsextremen Einstellungen erwiesen sie sich zunächst als resistent. Dies begann sich mit dem Aufstieg der 1983 gegründeten Republikaner (REP) zu ändern. Seither bildet die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft in Deutschland keine Barriere mehr für die Wahl einer rechtsextremen Partei.

³³ Elisabeth Gauthier: ‚Front National‘, flexibler Kapitalismus und Krise der Politik, in: Joachim Bischoff/Klaus Dörre/Elisabeth Gauthier (Hrsg.): *Moderner Rechtspopulismus*, Hamburg: VSA 2004, S. 56 ff., Zit. S. 59. Vgl. auch Jean-Yves Camus: *Die extreme Rechte in Frankreich: Es ist zu erwarten, dass die Landkarte neu gezeichnet werden wird*, in: Nora Langenbacher/Britta Schellenberg (Hrsg.): *Ist Europa auf dem „rechten“ Weg? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa*, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung 2011, S. 100 f. Im Internet: <http://library.fes.de/pdf-files/do/08337.pdf>.

³⁴ Gauthier (Anm. 33), S. 66 ff.

Eingangs wurde der Bericht der DGB-Kommission Rechtsextremismus mit der Aussage zitiert, dass die Gewerkschaftsmitglieder mit ihren politischen Orientierungen ein Spiegelbild der Gesellschaft darstellten. Diese **Spiegelbildthese** gilt grosso modo nach wie vor. Bei der vergangenen Wahl auf nationaler Ebene in Deutschland, der Europawahl 2014, war am rechten Rand nur eine einzige Partei so erfolgreich, dass sie in den Analysen der Meinungsforschungsinstitute berücksichtigt werden konnte: die rechtskonservative AfD mit 7,1 Prozent. Sechs Prozent der Gewerkschaftsmitglieder gaben ihr die Stimme, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wählten sie zu sieben Prozent.³⁵ Das Wahlverhalten der Gewerkschaftsmitglieder entsprach also in etwa dem Bevölkerungsdurchschnitt. Dies galt auch bei den drei Landtagswahlen im März 2016 (Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt) für die Gesamtheit der Gewerkschaftsmitglieder. Wenn allerdings nur die Arbeiter unter den Gewerkschaftsmitgliedern betrachtet werden, dann wurden in allen drei Bundesländern **deutlich überdurchschnittliche Sympathien für die AfD** erkennbar: In Baden-Württemberg und in Sachsen-Anhalt war die AfD sogar Mehrheitspartei unter den organisierten Arbeitern. In Sachsen-Anhalt stimmten 30 Prozent von ihnen für die AfD, 17 Prozent für die Linkspartei und 12 Prozent für die SPD (die CDU brachte es auf 27 Prozent).³⁶ In diesen drei Fällen stellten die Arbeiter-Gewerkschafter also kein Spiegelbild der Gesellschaft, sondern gar eine **beträchtliche Wählerbank für die AfD** dar.

Wie bereits erwähnt, waren rechtsextreme Parteien in Deutschland bislang nur in einzelnen Bundesländern und dort auch nur sporadisch erfolgreich.³⁷ Beispielsweise gelang es der orthodoxen NPD im wiedervereinigten Deutschland nur in Sachsen in den Jahren 2004 und 2009 und in Mecklenburg-Vorpommern 2006 und 2011, die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden. Bei der sächsischen Landtagswahl 2014 kandidierten sowohl die NPD (Ergebnis 4,9 Prozent) als auch die AfD (Ergebnis 9,7 Prozent). Generell bestätigt das Wahlverhalten der Gewerkschafts-

³⁵ Europawahl. Eine Analyse der Wahl vom 25. Mai 2014, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, S. 98.

³⁶ Wahl in Baden-Württemberg. Eine Analyse der Landtagswahl vom 13.3.2016, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, S. 50; Wahl in Rheinland-Pfalz. Eine Analyse der Landtagswahl vom 13.3.2016, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, S. 34; Wahl in Sachsen-Anhalt. Eine Analyse der Landtagswahl vom 13.3.2016, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, S. 32.

³⁷ Eine Ausnahme bilden die Europawahlen 1989, wo die Republikaner 7,1 Prozent und sechs Mandate erzielten.

mitglieder für beide Parteien zwar die Spiegelbildthese. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter stimmten allerdings nahezu doppelt so häufig für die NPD wie der Bevölkerungsdurchschnitt (8 Prozent zu 4,9 Prozent), während die entsprechende Relation für die AfD 12 Prozent zu 9,7 Prozent betrug. Überhaupt stützte sich die NPD vorrangig auf Arbeiter und Arbeitslose, während sich die AfD-Wähler mehr oder weniger gleichmäßig aus allen Erwerbs- bzw. Berufsgruppen rekrutierten.³⁸

Hinsichtlich des Wahlverhaltens von Gewerkschaftsmitgliedern zugunsten von rechtsextremen und rechtskonservativen Parteien scheint zugunsten von rechtsextremen oder rechtskonservativen Parteien kein wesentlicher Unterschied zu bestehen. Prinzipiell dürfte die Spiegelbildthese zutreffen, wobei einzelne Parteien im Einzelfall auch besondere Anziehungskraft auf gewerkschaftlich gebundene Arbeiter ausüben können.

Dafür finden sich auch Belege in anderen europäischen Staaten.

Spätestens seit der Nationalratswahl 2008 in **Österreich** immunisiert auch dort eine Gewerkschaftsmitgliedschaft nicht mehr gegen Rechtsextremismus. Dies wurde auch bei der **Bundespräsidentenwahl 2016** deutlich: Im ersten Wahlgang stimmten 32 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder für den FPÖ-Kandidaten Norbert Hofer, der insgesamt 35,1 Prozent der Wähler auf sich vereinigen konnte. An zweiter Stelle lag bei den Gewerkschaftern mit 26 Prozent der Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) und Funktionär des Österreichischen Gewerkschaftsbunds (ÖGB) Rudolf Hundstorfer, der es insgesamt aber nur auf 11,3 Prozent brachte. Dabei optierten von allen Arbeitern 72 Prozent für Hofer und zehn Prozent für Hundstorfer.³⁹ In der – später für ungültig erklärten – Stichwahl vom Mai 2016 zwischen Hofer und dem Kandidaten der Grünen, Alexander van der Bellen, entschieden sich sogar 86 Prozent der Arbeiter für Hofer. Von den Gewerkschaftsmitgliedern entschieden sich 45 Prozent für Hofer und 55 Prozent für van der Bellen.⁴⁰

³⁸ Wahl in Sachsen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 31.8.2014, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, S. 80.

³⁹ <http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/bpw16.html> (29.5.2016).

⁴⁰ <http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/bp-stichwahl16.html> (29.5.2016). Die Wiederholung der Stichwahl ist nach derzeitigem Stand (September 2016) für Dezember 2016 geplant.

In **Schweden** erreichten die Schwedendemokraten (SD) bei einer Umfrage im November 2015 insgesamt 19,9 Prozent. Bei den weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern waren es 14,4 Prozent, bei den männlichen sogar knapp 32 Prozent.⁴¹

Auch bei den **französischen Regionalwahlen im Dezember 2015** sprachen sich Gewerkschaftssympathisanten („proximité syndicale“) besonders häufig für die Nationale Front (FN) aus. Insgesamt tat das eine relative Mehrheit von 29 Prozent im ersten Wahlgang: 26 Prozent der pragmatisch orientierten CFDT (Confédération française démocratique du travail), 27 Prozent der eher kommunistisch geprägten CGT (Confédération générale du travail) und sogar 34 Prozent der FO (Force ouvrière), die sich als politisch neutral bezeichnet.⁴² Für den zweiten Wahlgang führten mehrere Gewerkschaften – darunter CGT, nicht aber CFDT und FO – gemeinsam mit Jugend-, Schüler- und Studierendengruppen eine Kampagne gegen Ideologie und Politik der Rechtsextremisten durch.

1.3.3 RECHTSEXTREME EINSTELLUNGEN BEI GEWERKSCHAFTS-MITGLIEDERN IN DEUTSCHLAND

Während einige Informationen über die Präferenzen von Arbeitnehmern, Arbeitern und Gewerkschaftsmitgliedern für rechtsextreme oder rechtskonservative Parteien vorliegen, mangelt es an Untersuchungen über rechtsextreme Einstellungen von Gewerkschaftsmitgliedern. Die einzige dem Autor bekannte Studie mit repräsentativen Befunden auf nationaler Ebene wurde bereits vor mehr als zehn Jahren abgeschlossen – und zwar in Deutschland.

Um herauszufinden, ob Gewerkschaftsmitglieder tatsächlich als Spiegelbild der Gesellschaft anzusehen sind, wurden in den Jahren 2003 und 2004 an der Freien

41 Christian Krell: Klare Kante gegen Rechtspopulismus, in: Gegenblende v. 30.9.2016. Im Internet: <http://gegenblende.dgb.de/artikel/++co++fafa4a16-86eb-11e6-b817-525400e5a74a> (13.10.2016). Ergänzende Auskünfte v. Verfasser.

42 Die Angaben gelten für den ersten Wahlgang und beziehen sich auf Arbeitnehmer, die sich einer der genannten Gewerkschaften verbunden fühlen. Die FN erzielte insgesamt 28,4 Prozent, bei den Arbeitnehmern 32 Prozent und bei den Arbeitern sogar 55 Prozent. Datenbasis (30.5.2016): http://www.ifop.com/?option=com_publication&type=poll&id=3229; <http://de.slideshare.net/OpinionWayTVOpinionW/le-point-la-sociologie-du-vote-au-premier-tour-des-lections-regionales-2015-par-opinionway-dcembre-2015>. Vgl. auch Bernhard Schmid: Der Front National und die Gewerkschaften in Frankreich, in: Gegenblende. Das gewerkschaftliche Debattenmagazin v. 6.1.2016. Im Internet: <http://gegenblende.dgb.de/artikel/++co++8a6d5394-b48e-11e5-8ed3-52540066f352> (14.10.2016).

Universität Berlin mit Unterstützung des DGB und der IG Metall Analysen über die politischen Einstellungen von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern durchgeführt. Die Studie beinhaltete Gruppengespräche mit 58 gewerkschaftlichen Funktionsträgern sowie eine Repräsentativbefragung von 2.000 Gewerkschaftsmitgliedern und 2.000 unorganisierten Bundesbürgern. Da keine vergleichbar dichten Informationen aus neuerer Zeit vorliegen, stützt sich die vorliegende Analyse auf die Untersuchungsergebnisse dieser Studie. Diese beziehen sich zwar auf die Situation in Deutschland, könnten teilweise aber auch für andere Länder in Europa gelten.⁴³

Im Prinzip bestätigt diese Studie, **dass rechtsextreme Einstellungen unter Gewerkschaftsmitgliedern genauso weit verbreitet sind wie unter Nicht-Mitgliedern**: 19 Prozent der gewerkschaftlich Organisierten und 20 Prozent der Unorganisierten erwiesen sich als rechtsextrem eingestellt.

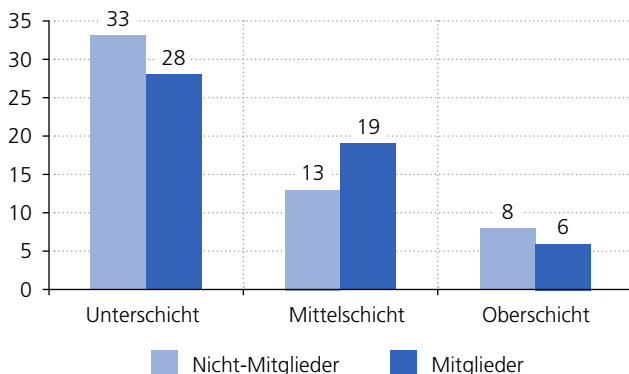
Bei der Feinanalyse machten sich allerdings auch **deutliche Unterschiede** zwischen Organisierten und Unorganisierten bemerkbar. Besonders auffällig war, dass einfache Arbeiter, wenn sie einer Gewerkschaft angehörten, doppelt so häufig rechtsextrem eingestellt waren wie unorganisierte einfache Arbeiter (34 Prozent zu 18 Prozent). Dies galt entsprechend, allerdings auf niedrigerem Niveau, für die gewerkschaftlich organisierten verantwortlichen Angestellten. Als vergleichsweise wenig empfänglich für rechtsextreme Angebote erwiesen sich dagegen die einfachen Angestellten, unabhängig davon, ob sie Mitglied einer Gewerkschaft waren (10 Prozent) oder nicht (12 Prozent). **Die Spiegelbildthese bestätigte sich also pauschal auch mit Blick auf rechtsextreme Einstellungen. Allerdings machten sich bei genauerem Hinsehen auch Mitgliedergruppen bemerkbar, die besonders anfällig für Rechtsextremismus oder auch nahezu immun dagegen waren.**

⁴³ Richard Stöss/Michael Fichter/Joachim Kreis/Bodo Zeuner: Abschlussbericht „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“, Ms., Berlin, Dezember 2004. Im Internet: <http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/oekonomie/gewerkschaftspolitik/materialien/GEWREXSCHLUSS/index.html>. Siehe auch Bodo Zeuner/Jochen Gester/Michael Fichter/Joachim Kreis/Richard Stöss: Gewerkschaften und Rechtsextremismus, Münster: 2007.

Um die wesentlichen Unterschiede zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern herauszuarbeiten, wurden die Befragten entsprechend ihrem Einkommen und ihrer Bildung in drei Gruppen eingeteilt: Unterschicht (geringe Bildung und geringes Einkommen, 44 Prozent aller Befragten), Mittelschicht (mittlere Bildung und mittleres Einkommen, 32 Prozent aller Befragten) und Oberschicht (hohe Bildung und hohes Einkommen, 24 Prozent aller Befragten). Dieses Verfahren wurde als **objektive Schichtzuordnung** bezeichnet. Bei den drei Schichten handelt es sich um analytisch außerordentlich fruchtbare Gruppen, weil Bildung und Einkommen zwei Merkmale darstellen, die maßgeblich für den sozialen Status in postindustriellen Gesellschaften sind.

- Zur **Unterschicht**: Die Unterschicht der Studienteilnehmer ist vergleichsweise schwach gewerkschaftlich organisiert. Ihr gehören rund ein Drittel aller Gewerkschaftsmitglieder an. Charakteristisch für die Unterschicht sind einfache Arbeiter, Arbeitslose und Rentner.
- Zur **Mittelschicht**: Sie ist besonders stark gewerkschaftlich organisiert. Fast die Hälfte aller Gewerkschaftsmitglieder ist dieser Schicht zuzuordnen. Die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft ist offenbar für Angehörige der Mittelschicht besonders attraktiv. Charakteristisch für die Mittelschicht sind Facharbeiter und verantwortliche Angestellte.
- Zur **Oberschicht**: Die Oberschicht der Studie ist gewerkschaftlich „normal“ organisiert. Etwas über ein Fünftel der Organisierten gehört dieser Schicht an. Charakteristisch für die Oberschicht sind verantwortliche Angestellte und Beamte.

Abbildung 1: Rechtsextreme Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach objektiver Schichtzuordnung 2003 (in Prozent)



Lesbeispiel: Von den Gewerkschaftsmitgliedern, die der Unterschicht angehören, sind 28 Prozent rechtsextrem eingestellt. Von den Mitgliedern, die der Mittelschicht angehören, sind 19 Prozent rechtsextrem eingestellt. Von denen, die der Oberschicht angehören, sind sechs Prozent rechtsextrem eingestellt. Der Durchschnittswert für alle Mitglieder beträgt 19 Prozent, für alle Nicht-Mitglieder 20 Prozent.

Abbildung 1 enthält folgende Informationen:

- Befragte aus der **Unterschicht** sind besonders anfällig für Rechtsextremismus. Das gilt gleichermaßen für Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder. Die Differenz fällt kaum ins Gewicht.
- Befragte, die der **Oberschicht** angehören, sind nahezu immun gegenüber rechtsextremen Angeboten. Das gilt wiederum gleichermaßen für Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder. Die Differenz fällt ebenfalls kaum ins Gewicht.
- Gewerkschaftsmitglieder aus der **Mittelschicht** sind zwar nur durchschnittlich rechtsextrem eingestellt (19 Prozent), aber sie sind anderthalb Mal so häufig rechtsextrem wie Nicht-Mitglieder aus dieser Schicht. Hier liegt mithin der **herausragende Unterschied zwischen Organisierten und Unorganisierten**.

Besonders empfänglich für rechtsextreme Ideen waren laut der Studie also die Gewerkschaftsmitglieder aus der Unterschicht. Dies war zu erwarten. Überraschenderweise neigten auch **Mitglieder aus der Mittelschicht** in erheblichem Umfang zum Rechtsextremismus. Bei ihnen handelte es sich zumeist um Facharbeiter und gehobene Angestellte, die über ein relativ gutes Einkommen und über eine vergleichsweise gute Bildung verfügten und daher eigentlich nicht zu den Verlierern der Modernisierungs- und Globalisierungsprozesse zählten. Dieses Mitgliedersegment hatte innerhalb der Gewerkschaften nicht nur wegen seiner Größe eine herausragende Bedeutung, ihm gehörten auch 43 Prozent der Funktionäre an. Es handelte sich also um **maßgebliche Trägergruppen der Gewerkschaftsarbeit**.

Sie erwiesen sich in der Befragung als extrem unzufrieden mit den wirtschaftlich-sozialen und politischen Verhältnissen und neigten zu heftiger Systemkritik. Dies wurde von den Autoren der Studie mit ihrer veränderten Rolle in den industriellen Beziehungen erklärt. Die Befragten konnten sich lange Zeit als Träger (Funktionäre, Betriebsräte) und Gewinner einer erfolgreichen Tarif- und Arbeitspolitik sowie als Nutznießer der wirtschaftlichen Prosperität begreifen. Diese herausgehobene Stellung schien in Folge von Globalisierung, Modernisierung, Deregulierung und Unterbietungskonkurrenz ernsthaft gefährdet zu werden. Ihnen drohte nicht nur erheblicher **Status- und wohl auch Privilegienverlust** (z. B. durch den Abbau übertariflicher Leistungen). Sie mussten auch mit ansehen, wie die früheren Erfolge der gewerkschaftlichen Politik, also ihre eigenen Erfolge, Stück für Stück demontiert wurden, wie die Macht der Gewerkschaften Schritt für Schritt zurückgedrängt wurde. Diese Verluste und Niederlagen äußerten sich bei Teilen der organisierten Mittelschicht darin, dass sie ihre Schutzbedürfnisse nur durch eine nationalistische und ethnozentrische Politik gewährleistet sahen.

Dass die Gewerkschaften heute weniger resistent gegen Rechtsextremismus sind als sie es offenbar früher einmal waren, könnte daran liegen, dass die Anfälligkeit vor allem ihrer Mittelschicht-Mitglieder in den vergangenen dreißig bis vierzig Jahren zugenommen hat. Gerade die Angehörigen der Mittelschicht sind nicht nur in ökonomischer und sozialer Hinsicht, sondern auch als maßgebliche Akteure der Gewerkschaftspolitik von den umbruchartigen ökonomischen Veränderungen besonders betroffen.

Bei der **Ursachenanalyse** für Rechtsextremismus hat sich in der Studie herausgestellt, dass der Einfluss von sozioökonomischen Faktoren – darunter Bildung, Einkommen, Arbeitslosigkeit, Schichtzugehörigkeit, Modernität des Arbeitsplatzes und Prekarität des Beschäftigungsverhältnisses – in der Literatur erheblich überschätzt wird. **Generell gilt zwar, dass rechtsextreme Einstellungen mit der Gefährdung des sozialen Status zunehmen, entscheidend ist allerdings, wie die aus dem sozialen Status resultierenden Probleme subjektiv verarbeitet werden.**

In diesem Zusammenhang ermittelten die Autoren der Studie **zwei gegensätzliche Verarbeitungsmuster**, die der Ausbreitung des Rechtsextremismus eher Vorschub leisten bzw. die Rechtsextremismus eher abwehren:

- Bei **autoritären Überzeugungen** verbinden sich autoritäre Persönlichkeitsmerkmale, autoritäre Werte und restriktive Demokratievorstellungen. Je stärker die autoritären Überzeugungen der Befragten waren, desto größer war die Anfälligkeit für Rechtsextremismus. Der Effekt wurde noch verstärkt, wenn sich autoritäre Überzeugungen mit wirtschaftlich-sozialer und/oder politischer Unzufriedenheit zu systemkritischen Orientierungen addierten.
- **Demokratische Überzeugungen** stellen eine Kombination von politischem Selbstbewusstsein, freiheitlichen („libertären“) Werten und demokratischen Einstellungen dar. Je stärker demokratische Überzeugungen bei den Befragten ausgeprägt waren, desto geringer war die Anfälligkeit für Rechtsextremismus. Sie nahm noch mehr ab, wenn demokratische Überzeugungen eine Verbindung eingingen mit einem eher linken Selbstverständnis sowie mit dem starken Bedürfnis nach gewerkschaftlicher Interessenvertretung.

Daraus zogen die Studienautoren folgende **Schlussfolgerungen für die gewerkschaftliche Praxis**:

- Gewerkschaften könnten nur dann gegen Rechtsextremismus wirksam sein, wenn sie sich deutlich als **Wertegemeinschaft** – und nicht nur als Arbeitsmarktkartell oder gar als Dienstleistungsunternehmen zur individuellen Förderung ihrer Mitglieder – verstehen und dies auch in der Binnen- und Außenkommunikation deutlich machen.

- Nationalismus und Rassismus sollten nicht nur als inhumane, sondern auch als hilflose und perspektivlose Reaktionen auf Globalisierung, sozialen Wandel und Veränderungen in der Arbeitswelt gebrandmarkt werden. Als Alternative sollte das kollektive, solidarische und demokratische **Engagement für mehr Mitmenschlichkeit, Gerechtigkeit und Toleranz** gefördert werden.
- Die Untersuchung hat gezeigt, dass Arbeitnehmer und Gewerkschaftsmitglieder nichts besser von rechtsextremen Deutungsangeboten und Versuchen fernhält als die Erfahrung, durch **eigene Tätigkeit und Mitbestimmung in Betrieb, Gewerkschaft oder Politik etwas bewirken, erreichen, verändern** zu können.
- Gerade im Hinblick auf die Europäisierung der Märkte und die Notwendigkeit ihrer politischen Regulierung wird die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit** an Bedeutung für die Behandlung von herausfordernden Themen wie Rechtsextremismus gewinnen.

1.4 ZWISCHENBILANZ

Die Globalisierung hat ähnliche Auswirkungen wie die Industrialisierung im 19. Jahrhundert, nämlich fast schon revolutionäre Veränderungen der ökonomisch-sozialen und politisch-kulturellen Verhältnisse in allen Staaten der EU. Das sozialdemokratische Jahrhundert mit seinen Wohlfahrtsversprechungen wird abgelöst durch eine Ära neoliberaler Politik, welche die weltweite Expansion des Kapitalismus forciert, gleichzeitig aber die soziale Ungleichheit vertieft, zum Abbau sozialer Standards beiträgt, die Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse sowie hohe (Jugend-)Arbeitslosigkeit bewirkt und schließlich zu Altersarmut führt.

Die Kluft zwischen Modernisierungsgewinnern und Modernisierungsverlierern wächst dramatisch. Die Angst vor dem sozialen Abstieg hat längst von der (durch die Globalisierung sowieso eher benachteiligten) Unterschicht auf die untere Mittelschicht übergegriffen und wird durch die zunehmenden Migrationsbewegungen und die sich verdichtenden Asyl- und Flüchtlingsprobleme verstärkt. Das wachsende Bedürfnis nach Schutz, Sicherheit und Gerechtigkeit wird von der etablierten Politik nicht hinreichend bedient, insbesondere auch nicht von der politischen Linken, die daher bei ihren Anhängern massiv an Vertrauen einbüßt.

Dieses Vakuum wird immer erfolgreicher von rechtsextremen und rechtskonservativen Kräften ausgefüllt, die über ein scheinbar plausibles Konzept gegen die vermeintlichen oder tatsächlichen äußeren und inneren Bedrohungen verfügen: die Rückkehr zum souveränen und völkisch homogenen Nationalstaat. Vor allem beim Rechtsextremismus hat im Rahmen dieses Konzepts eine Hinwendung zu sozialen Themen stattgefunden, wodurch die Attraktivität der Formationen am rechten Rand weiter gewachsen ist.

Es dürfte in erster Linie dem sozioökonomischen Wandel der Arbeitswelt geschuldet sein, dass sich vor allem – aber nicht nur – die unteren sozialen Schichten von Nationalismus und Ethnozentrismus eine Lösung bzw. Linderung ihrer Probleme versprechen. **Dass dies gerade auf Arbeitnehmer als primäre Bezugsgruppe der Gewerkschaften und sogar auf Gewerkschaftsmitglieder („Spiegelbildthese“) zutrifft, weist den Gewerkschaften eine besondere Verantwortung bei der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten zu. Denn diese Kräfte rütteln auch an der Existenzberechtigung der Gewerkschaften, indem sie ihre Funktion als wichtige Ordnungsmacht der industriellen Beziehungen schwächen und ihre Kompetenz als Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten in Frage stellen.** Dies geschieht nicht nur in den Staaten Europas, sondern auch in den europäischen Institutionen, wie im folgenden Kapitel gezeigt wird.

Die Gewerkschaften sind national wie international gefordert, den Kräften am rechten politischen Rand durch geeignete Gegenmaßnahmen das Wasser abzugraben.

2. WAS WILL DIE EXTREME RECHTE IN EUROPA?



Dieses Kapitel soll zweierlei verdeutlichen. Erstens: Bei den Europawahlen 2014 hat ein dramatischer Rechtsruck stattgefunden. Die Grenzen zwischen Rechtsextremismus und Rechtskonservatismus verschwimmen dabei (Abschnitt 2.1). Zweitens: Die Parteien und Fraktionen am rechten Rand bekämpfen die europäische Integration mit populistischen Programmen auf europäischer und nationaler Ebene. Die Gewerkschaften sollten sich bei ihrer Gegenwehr vorrangig an dem gemeinsamen Kernanliegen aller Rechtsausleger festmachen, nämlich an der Stärkung von Nationalismus und Ethnozentrismus als vermeintlichem Schutz vor unerwünschten Begleiterscheinungen der Globalisierung (Abschnitt 2.2).

2.1 DIE EXTREME RECHTE UND IHR UMFELD BEI DEN EUROPAWAHLN 2014

Europawahlen finden bekanntlich nicht in der EU sondern in den derzeit noch 28 Mitgliedsstaaten der EU statt. Parteien bzw. ihre Kandidaten bewerben sich für Sitze im Europaparlament nicht in der EU sondern in den einzelnen Ländern. Daher macht es auch keinen Sinn, das Ergebnis der einzelnen Parteien bezogen auf die in der EU insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen (absolut und relativ) auszuweisen. Da sich an den Europawahlen 2014 mehr als 300 Parteien beteiligt haben dürften, wäre eine derartige Übersicht auch recht unhandlich.

Tabelle 1 enthält daher die nationalen Stimmenanteile aller Parteien, die bei den Europawahlen 2014 Mandate errungen haben und die in der Fachliteratur sowie unmittelbar nach den Wahlen in ausgewählten Printmedien als EU-skeptisch und rechtsgerichtet eingestuft worden sind. Sie werden hier zunächst pauschal als „EU-skeptisch bis EU-feindlich“ bezeichnet.⁴⁴

⁴⁴ Zwischen den Bezeichnungen „Europaskepsis“, „EU-Skepsis“ und „Euro-Skepsis“ ist deutlich zu unterscheiden. Hier geht es um die Skepsis gegenüber der Europäischen Union.

Tabelle 1: Nationale Stimmenanteile und Mandate von rechtsgerichteten EU-skeptischen bis EU-feindlichen Parteien bei den Europawahlen am 25. Mai 2014

Land	Partei	Anteile	Mandate
Belgien	VB	4,1	1
Bulgarien	BBT u.a.	10,7	2
Dänemark	DF	26,6	4
Deutschland	AfD	7,0	7
Deutschland	NPD*	1,0	1
Finnland	PS	12,9	2
Frankreich	FN*	25,0	24
Griechenland	XA	9,4	3
Griechenland	ANEL	3,5	1
Großbritannien	UKIP*	26,8	24
Italien	LN	6,2	5
Lettland	NA	14,3	1
Litauen	TT	14,3	2
Niederlande	PVV*	13,3	4
Österreich	FPÖ	19,7	4
Polen	KNP*	7,2	4
Schweden	SD*	9,7	2
Tschechien	SSO*	5,2	1
Ungarn	Jobbik*	14,7	3
Summe Länder: 17	Summe Parteien: 19	Summe Mandate: 95	

Deutsche Namen im Abkürzungsverzeichnis.

* EU-Feindliche Parteien (fordern Austritt aus der EU) nach Niedermayer.⁴⁵

Quelle: <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-be-2014.html>

(20.6.2014) sowie v.a. SPIEGEL.DE (29.5.2014), Referenz „EP/dpa“, und SZ v. 27.5.2014, S. 6 f.

45 Oskar Niedermayer: Die Europawahlen 2014 und ihre Auswirkungen auf die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments, in: Gesellschaft. Wirtschaft. Politik, 63. Jg., H. 3, S. 351-364.

Aus den Wahlergebnissen resultieren folgende Befunde:

- Bei den Europawahlen 2014 haben insgesamt 182 Parteien (= Parlamentsparteien) in 28 Ländern 751 Mandate erhalten. Unter ihnen befinden sich 19 rechtsgerichtete, vor allem EU-skeptische bis EU-feindliche Parteien in 17 Ländern mit zusammen 95 Mandaten.⁴⁶
- Rechtsgerichtete EU-skeptische bis EU-feindliche Parteien gewannen also 13 Prozent der Sitze im Europaparlament.
- Betrachtet man nur die acht EU-feindlichen Parteien mit ihren 63 Mandaten, dann brachten diese es auf acht Prozent der Sitze im Europaparlament.
- Von den insgesamt 182 Parlamentsparteien sind zehn Prozent der Gruppe der rechtsgerichteten EU-skeptischen bis EU-feindlichen Parteien und vier Prozent den EU-feindlichen Parteien zuzurechnen.

Auf den ersten Blick erscheint es, als sei die Bedeutung der hier betrachteten Parteien für das Kräfteverhältnis im Europaparlament in den Medien und in der Wissenschaft teilweise stark übertrieben worden. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich allerdings, dass die rechtsgerichteten Kräfte enormen Einfluss gewonnen haben.

Im Folgenden werden die in Tabelle 1 gelisteten Parteien nach der eingangs erläuterten Typologie der politischen Ideologien am rechten Rand aufgeschlüsselt (siehe Tabelle 2). Von den 19 Parteien wurden jeweils acht den Typen „rechtskonservative Parteien“ bzw. „gemäßigte rechtsextreme Parteien“ und die restlichen drei dem Typ „orthodoxe rechtsextreme Parteien“ zugeordnet. Letztere haben zusammen sieben Mandate im Europaparlament, die gemäßigten Rechtsextremisten 46 und die Rechtskonservativen 42 Mandate. **Die rechtsextremen Hardliner spielen also keine Rolle. Die angepassten Rechtsextremisten und die Rechtskonservativen teilen sich etwa zur Hälfte die Mandate am rechten Rand.**

⁴⁶ Die italienische Fünf-Sterne-Bewegung (M5S) wird hier nicht dem rechten politischen Spektrum zugeordnet, da ihre Repräsentanten durch eher linksliberale Forderungen in Erscheinung getreten sind.

**Tabelle 2: Typologie der Parteien am rechten Rand bei den Europawahlen 2014
(in Klammern Mandate zu Beginn der Wahlperiode)**

Rechtskonservative Parteien	Gemäßigte rechtsextreme Parteien	Orthodoxe rechtsextreme Parteien
AfD (7)	DF (4)	Jobbik (3)
ANEL (1)	FN (24)	NPD (1)
BBT u.a. (2)	FPÖ (4)	XA (3)
KNP (4)	LN (5)	
NA (1)	PS (2)	
SSO (1)	PVV (4)	
TT (2)	SD (2)	
UKIP (24)	VB (1)	
Summe Mandate: 42	Summe Mandate: 46	Summe Mandate: 7

Deutsche Namen im Abkürzungsverzeichnis.

In Tabelle 3 werden die Ergebnisse der Wahlen zum Europaparlament von 2009 und 2014 verglichen. Die orthodoxen rechtsextremen Parteien haben 2014 knapp die Hälfte der Mandate von 2009 (fünf von zwölf) eingebüßt. Das liegt vor allem daran, dass die bulgarische Ataka, die Britische Nationalpartei (BNP) und die Großrumänienpartei (PRM) seit 2014 nicht mehr im Europaparlament vertreten sind. **Generell ist festzustellen, dass sich die Gewichte innerhalb des rechtsextremen Lagers weiter zugunsten des gemäßigten Rechtsextremismus verlagert haben.** Diese Parteien konnten die Anzahl ihrer Mandate gegenüber 2009 nahezu verdoppeln (von 26 auf 46). Vorreiter ist die Nationale Front (FN) in Frankreich, die sich von drei auf 24 Mandate steigerte. Zugelegt haben auch die Dänische Volkspartei (DF), die Wahren Finnen (PS), die Freiheitlichen in Österreich (FPÖ) und die Schwedendemokraten (SD). Zwei Parteien dieses Typs mussten aber auch Verluste hinnehmen (VB, LN). Andere sind nicht mehr im Parlament vertreten (LAOS, SNS). Die rechtskonservativen Parteien verbesserten sich zwischen 2009 und 2014 sogar fast um das Dreifache von 15 auf 42 Sitze. Die meisten Parteien dieses Typs wurden erst während der Legislaturperiode gegründet. Eine Ausnahme bilden die litauische Partei der Ordnung und Gerechtigkeit (TT), die allerdings bei zwei Mandaten stagniert, und die britische UKIP, die von 13 auf 24 Abgeordnete zulegte.

Tabelle 3: Mandate der Parteien am rechten Rand bei den Europawahlen 2014 und 2009 (in runden Klammern Mandate 2014, in eckigen Klammern Mandate 2009, jeweils zu Beginn der Legislaturperiode)

Rechtskonservative Parteien			Gemäßigte rechtsextreme Parteien			Orthodoxe rechtsextreme Parteien		
AfD	(7)	[0]	DF	(4)	[2]	NPD	(1)	[0]
ANEL	(1)	[0]	FN	(24)	[3]	XA	(3)	[2]
BBT u.a.	(2)	[0]	FPÖ	(4)	[2]	Jobbik	(3)	[3]
KNP	(4)	[0]	LAOS	[0]	[2]	Ataka	(0)	[2]
NA	(1)	[0]	LN	(5)	[9]	BNP	(0)	[2]
SSO	(1)	[0]	PS	(2)	[1]	PRM	(0)	[3]
TT	(2)	[2]	PVV	(4)	[4]			
UKIP	(24)	[13]	SD	(2)	[0]			
			SNS	[0]	[1]			
			VB	(1)	[2]			
Summe:	(42)	[15]	Summe:	(46)	[26]	Summe:	(7)	[12]

Deutsche Namen im Abkürzungsverzeichnis.

In der Tendenz hat sich also das gemäßigte Auftreten der rechtsextremen Parteien in der Alltagspraxis bei den vergangenen Europawahlen bezahlt gemacht. Radikale Positionen, wie sie von den orthodoxen rechtsextremen Parteien vertreten werden, stoßen – jedenfalls im EU-Durchschnitt – nur noch auf geringe Resonanz. **Neu am rechten Rand ist nicht nur die (oft taktische) Mäßigung des Rechts-extremismus, sondern auch das plötzliche Erstarken des rechtskonservativen Sektors. Darüber hinaus haben auch die EU-skeptischen Positionen innerhalb des etablierten christlichen wie laizistischen Konservatismus zugenommen.**

Um diese auch für die Praxis der Gewerkschaften relevanten Entwicklungen zu verdeutlichen, ist eine vertiefte Darstellung der Fraktionsbildung im Europaparlament notwendig. Als Endergebnis von Europawahlen gilt gemeinhin die Stärke der Fraktionen, zu denen sich die Parlamentsparteien im Europaparlament zusammenfinden. Die Fraktionen bilden sich im Prinzip nach ideologischen bzw. weltanschaulichen Gesichtspunkten, gelegentlich spielen auch politisch-strategische Aspekte eine Rolle. Daher lassen sich die Fraktionen entlang einer Links-

Rechts-Achse abbilden (siehe Abbildung 2), was auch der Sitzordnung des Parlaments entspricht.⁴⁷

Abbildung 2: Die Fraktionen im Europaparlament auf der Links-Rechts-Achse



Stand März 2016.

Deutsche Namen im Abkürzungsverzeichnis.

Die Verortung von Parteien nach ihrer Ideologie stellt ein gebräuchliches und bewährtes Verfahren gerade auch in der international vergleichenden Politikwissenschaft dar. Es beruht auf den maßgeblichen sozioökonomischen und politisch-kulturellen Konfliktlinien moderner Industriegesellschaften. Dass die europäischen Parlamentsparteien bzw. die gewählten Abgeordneten nur dann politischen Einfluss ausüben können, wenn sie sich zu (mit reichlich Ressourcen und Rechten ausgestatteten) Fraktionen zusammenschließen, bedarf wohl keiner weiteren Erläuterung. Das Spannungsverhältnis zwischen weltanschaulichen Prägungen und politisch-strategischen Aspekten lässt sich bei der Fraktionsbildung im Europaparlament besonders anschaulich darstellen. **Dies führt oft auch dazu, dass die Grenzen zwischen Rechtsextremismus und Rechtskonservatismus verschwimmen.**

Für die Fraktionsbildung müssen sich derzeit 25 Abgeordnete aus sieben EU-Ländern zusammenschließen. Fraktionen können jederzeit gebildet, verändert oder aufgelöst werden. Es kommt auch nicht selten vor, dass einzelne Abgeordnete die Fraktion (gelegentlich sogar die Partei) oder zwischen der Mitgliedschaft in einer Fraktion und Fraktionslosigkeit wechseln. Derzeit (Anfang Juni 2016) besteht das Parlament nur aus 749 Mitgliedern, weil für 41 ausgeschiedene Parlamentarier nur 39 nachgerückt sind.

Parteien bzw. Abgeordnete bilden trotz gleichgerichteter politischer Ziele keineswegs immer eine gemeinsame Fraktion. Aus Tabelle 4 geht hervor, dass die EU-feindlichen Parteien die Anforderungen für die Bildung einer Fraktion seit 2014 deutlich erfüllen. Die weltanschaulichen Differenzen sind offenbar aber so groß,

⁴⁷ Auch die Fraktionslosen (Nicht-Eingeschriebene/Non-Inscrits) sind offiziell am rechten Rand positioniert, obwohl nicht alle der extremen Rechten zuzuordnen sind. Diese umfasste Anfang Juni 2016 elf der insgesamt 16 Fraktionslosen.

Tabelle 4: Mandate der EU-feindlichen Parteien im Europaparlament 2014 und 2009 (jeweils zu Beginn der Legislaturperiode)

	EW 2014	EW 2009	Parteityp
Ataka (Bulgarien)	-	2	orthodox rechtsextrem
BNP (Großbritannien)	-	2	orthodox rechtsextrem
FN (Frankreich)	24	3	gemäßigt rechtsextrem
Jobbik (Ungarn)	3	3	orthodox rechtsextrem
KNP (Polen)	4	-	rechtskonservativ
NPD (Deutschland)	1	-	orthodox rechtsextrem
PVV (Niederlande)	4	4	gemäßigt rechtsextrem
SD (Schweden)	2	-	gemäßigt rechtsextrem
SSO (Tschechien)	1	-	rechtskonservativ
UKIP (Großbritannien)	24	13	rechtskonservativ
Summe	63	27	

Deutsche Namen im Abkürzungsverzeichnis.

dass eine institutionalisierte Zusammenarbeit nicht in Betracht kommt. EU-Feindschaft findet sich nämlich bei allen Strömungen am rechten Rand, von den Rechtskonservativen über die gemäßigten bis hin zu den orthodoxen Rechtsextremisten. Aber nicht alle Rechtskonservativen und nicht alle Rechtsextremisten sind EU-Feinde, woraus sich wiederum Kooperationsmöglichkeiten für beide ergeben.

Das Merkmal „EU-Skepsis“ ist viel zu diffus, als dass es als gemeinsame Plattform für ein politisches Bündnis im Europaparlament erhalten könnte. Die Abgeordneten der EU-skeptischen bis EU-feindlichen Parteien verteilen sich vielmehr – wie Tabelle 5 ausweist – über drei verschiedene Fraktionen und die Fraktionslosen. Auch die drei nach ideologisch-programmatischen Gesichtspunkten gebildeten Parteitypen am rechten Rand taugten jeweils nicht wegen typenübergreifenden Kooperationen zur Fraktionsbildung.

So hat die seit 2009 bestehende, mehrheitlich dem etablierten (laizistischen) Konservatismus zuzuordnende **Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten (EKR)** gleich nach den Europawahlen 2014 die sieben Abgeordneten der rechtskonservativen AfD aufgenommen, obwohl sich die Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende Angela Merkel dies gegenüber dem Chef der

britischen Konservativen Partei (CP), David Cameron, verboten haben soll. Ein Teil der Tories hat offenbar gegen den Willen von Cameron für die Aufnahme gestimmt, was von der CDU als Affront gewertet wurde. Die Union betrachtet die AfD als unliebsame Konkurrenz, die ihrerseits die Aufnahme in die EKR als Anerkennung durch den etablierten Konservatismus feierte.

Tabelle 5: Mandate von rechtsgerichteten EU-skeptischen bis EU-feindlichen Parteien bei den Europawahlen am 25. Mai 2014 und ihre Zuordnung zu den Fraktionen im Europaparlament (Stand 2.6.2016)

Partei	Mandate	Fraktion
AfD	7	EKR 5 (ALFA) ^{a)} ENF 1 EFDD 1
ANEL	1	EKR
BBT u.a.	2	EKR
DF	4	EKR
FN	24	ENF 20 EFDD 1 NI 3
FPÖ	4	ENF
Jobbik	3	NI
KNP	4	ENF 2 EFDD 1 NI 1
LN	5	ENF
NA	1	EKR
NPD	1	NI
PS	2	EKR
PVV	4	ENF
SD	2	EFDD
SSO	1	EFDD
TT	2	EFDD 1 ALDE 1
UKIP	24	EFDD 22 ENF 1 EKR 1
VB	1	ENF
XA	3	NI

a) Nach der Abspaltung der Allianz für Fortschritt und Aufbruch (ALFA) von der AfD im Juli 2015 traten fünf der sieben AfD-Abgeordneten zu der neuen Partei über.

Der EKR gehören auch die Abgeordneten der gemäßigt rechtsextremen Dänischen Volkspartei (DF) und der ebenfalls als gemäßigt rechtsextrem geltenden Wahren Finnen (PS) an. Diese waren in der vergangenen Legislaturperiode Mitglieder der mehrheitlich rechtskonservativen Fraktion Europa der Freiheit und der Demokratie (EFD), die von der britischen UKIP unter Nigel Farage dominiert wurde. Dass sich DF und PS der EKR angeschlossen haben, wurde als Sieg von Cameron über seinen Erzrivalen Farage interpretiert. **Von den derzeit (Stand 2.6.2016) 73 Abgeordneten der EKR stammen 15 (also ein Fünftel) aus Parteien, die dem rechten Rand zuzuordnen sind:** sechs aus rechtsextremen⁴⁸ und neun aus rechtskonservativen⁴⁹ Parteien. Dem Rechtskonservatismus nahestehende Positionen werden auch von den britischen Konservativen (CP; 20 Mandate)⁵⁰, den beiden Abgeordneten der tschechischen ODS und neuerdings auch von der polnischen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) (15 Mandate) vertreten. Seit ihrer Alleinregierung in Polen 2015 muss die PiS sogar insgesamt als rechtskonservative Partei bezeichnet werden.

Die eher rechtskonservative **Fraktion Europa der Freiheit und der Direkten Demokratie (EFDD)** wurde nach den Europawahlen 2014 als Nachfolgerin der Fraktion Europa der Freiheit und der Demokratie (EFD) gegründet. Tonangebend sind die derzeit (Stand 2.6.2016) 22 Abgeordneten der rechtskonservativen britischen UKIP unter Nigel Farage und die 17 Vertreter der italienischen Fünf-Sterne-Bewegung (M5S) des Beppe Grillo, bei der es sich eher um eine liberale Protestbewegung handelt. Mit dabei sind außerdem ein für den polnischen Kongress der Neuen Rechten (KNP) gewählter Abgeordneter, zwei Mitglieder der gemäßigt rechtsextremen Schwedendemokraten (SD) und jeweils ein Vertreter der tschechischen Partei der freien Bürger (SSO) und der litauischen Partei der Ordnung und Gerechtigkeit (TT). Hinzu kommen eine ehemalige Abgeordnete des französischen FN (Joëlle Bergeron) und Beatrix von Storch (AfD), die im April 2016 aus der EKR-Fraktion ausgeschieden war. **Die ideologisch heterogene EFDD erfüllt mit 46 Personen aus acht Mitgliedsländern nur knapp die Mindestanforderungen für eine Fraktion im Europaparlament.** Daher stellt sich die Frage, wie lange es zwei so unterschiedliche Parteien wie UKIP und M5S (die hier nicht dem rechten Spektrum zugerechnet wird) mit zwei so verschiedenartigen

48 DF stellt vier Abgeordnete, PS zwei.

49 ALFA stellt fünf Abgeordnete, ANEL einen, BBT u.a. zwei, NA einen.

50 Die CP ist nach den nationalen Wahlen 2014/2015 wegen der UKIP-Erfolge weiter nach rechts gerückt.

Persönlichkeiten an der Spitze wie Nigel Farage und Beppe Grillo miteinander aushalten werden. Auch andere Mitglieder könnten die Fraktion zu Fall bringen. Daher wünschen sich viele Abgeordnete am rechten Rand eine Zusammenarbeit von EFDD, der rechtsextremen ENF-Fraktion und Teilen der EKR-Fraktion.

Die **Entwicklung der rechtsextremen Parteien im Europaparlament** seit 1979 zeigt zweierlei. Zum einen hat die Präsenz der Parteien stark zugenommen (siehe Abbildung 3). Zum anderen haben die von den rechtsextremen Parteien vertretenen nationalen Sonderinteressen eine Zusammenarbeit enorm erschwert.⁵¹

- 1979 bis 1984 keine Fraktion.
- 1984 bis 1989 Fraktion der europäischen Rechten: FN (10 Mandate), MSI (5), EPEN (1).
- 1989 bis 1994 **Technische Fraktion der europäischen Rechten**⁵² (keine Verbindlichkeit, kein Fraktionszwang): FN (10 Mandate), REP (6), VB (1).
- 1994 bis 1999 und 1999 bis 2004 keine Fraktion.
- In der Legislaturperiode 2004 bis 2009 existierte von Januar bis November 2007 die **Fraktion Identität, Tradition, Souveränität (ITS)** mit 23 Abgeordneten aus sieben Ländern: VB (3 Sitze), Ataka (3), FN (7), AS (1), MSFT (1), FPÖ (1), PRM (5) sowie zwei parteiungebundene Personen aus Großbritannien und Rumänien. Als sich die Abgeordnete der neofaschistischen italienischen Sozialen Alternative (AS) Alessandra Mussolini (eine Enkelin des Duce) in diskriminierender Weise über die rumänischen Roma in Italien äußerte, verließen die fünf Delegierten der Großrumänienpartei (PRM) die Fraktion, die damit nicht mehr die damaligen Mindestbedingungen für die Fraktionsbildung (zwanzig Abgeordnete aus sechs Mitgliedsstaaten) erfüllte.
- 2009 bis 2014 keine Fraktion.

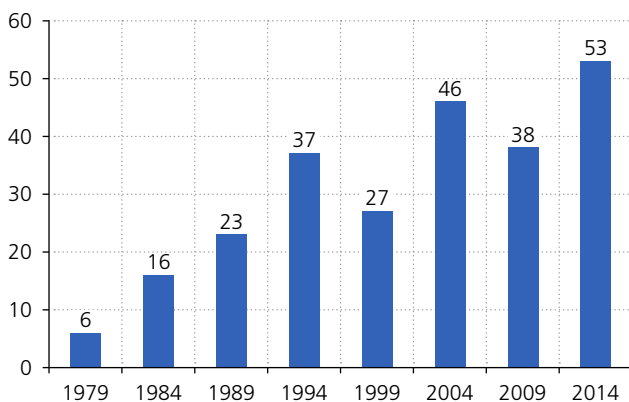
Nach den Europawahlen 2014 sah es zunächst so aus, als ob es fünf gemäßigt rechtsextremen und zwei rechtskonservativen Parteien unter der Ägide von Marine Le Pen (FN) und Geert Wilders (PVV) gelingen würde, eine eigene Fraktion

⁵¹ Vgl. dazu Richard Stöss: Zur Vernetzung der extremen Rechten in Europa. Referat auf dem DVPW-Kongress 2000 in Halle im Rahmen der Sektion „Politische Soziologie“ am 4. Oktober 2000, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 5, Berlin, April 2001, S. 25 ff. Im Internet: <http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/schriften/Arbeitshefte/RexDVPW.pdf?1367710536>.

⁵² Der MSI war wegen eines Konflikts über die Südtirol-Frage (deutsch oder italienisch?) nicht beteiligt.

zu bilden. Am 12. Juni 2014 meldete die Presse, dass 44 Abgeordnete aus sieben Ländern mit von der Partie seien: der französische FN (24 Deputierte), die italienische LN (5), der belgische VB (1), die niederländische PVV (4), die österreichische FPÖ (4), die polnische KNP (4) und die litauische TT (2). Allerdings verstrich die Anmeldefrist für Fraktionen am 23. Juni 2014 ohne die Meldung einer entsprechenden Fraktion. Später erklärte Wilders, eine Zusammenarbeit mit der polnischen KNP sei ihm wegen homophober, antisemitischer und frauenfeindlicher Positionen des Parteichefs Janusz Korwin-Mikke nicht möglich gewesen. Da die beiden Abgeordneten der litauischen TT zur gleichen Zeit als Mitglieder der EFDD-Fraktion gemeldet wurden⁵³, liegt der Verdacht nahe, dass Wilders weitere Gründe für das Scheitern einer rechtsextremen Allianz verschwiegen, darunter möglicherweise Differenzen mit Marine Le Pen.

Abbildung 3: Mandate rechtsextremer Parteien bei Europawahlen 1979 bis 2014 (jeweils zu Beginn der Legislaturperiode)



Dass zunächst keine rechtsextreme Fraktion zustande kam, lag aber nicht nur an den Vorbehalten von Geert Wilders und auch nicht nur daran, dass die Vertreter des gemäßigten Rechtsextremismus nicht mit Parteien des orthodoxen Rechtsextremismus kooperieren wollten. Eine wichtige weitere Ursache bestand darin, dass es – wie bereits erwähnt – den in der EKR-Fraktion versammelten etablierten

⁵³ Ein Abgeordneter schloss sich schließlich der ALDE-Fraktion an.

Konservativen gelang, zwei Parteien aus dem Bereich des gemäßigten Rechtsextremismus, die dänische DF und die finnische PS, in ihren Verbund zu integrieren.

Die kooperationswilligen fünf gemäßigt rechtsextremen Parteien FN, FPÖ, LN, PVV und VB verfügten zwar mit 34 Mandaten über genügend Deputierte für die Bildung einer Fraktion, die Deputierten kamen aber nicht aus den geforderten mindestens sieben Ländern. Als sich auch die beiden verbliebenen Delegierten der polnischen KNP sowie die für die britische UKIP gewählte Abgeordnete Janice Atkinson und der für die rumänische Konservative Partei (PC) gewählte ehemalige Sozialdemokrat Constantin-Laurentiu Rebeaga anschlossen, konnte am 15. Juni 2015 die **Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit (ENF)** gegründet werden. Im Juni 2016 trat auch noch Marcus Pretzell (AfD) bei, der zuvor aus der EKR-Fraktion ausgeschlossen worden war. Fraktionsvorsitzende sind Marine Le Pen (FN) und Marcel de Graaff (PVV).

Mitglieder der ENF-Fraktion (Stand 2.6.2016):

Belgien	Flämische Interessen (VB)	1
Deutschland	Alternative für Deutschland (AfD)	1
Frankreich	Nationale Front (FN) ⁵⁴	20
Großbritannien	ehem. UKIP	1
Italien	Liga Nord (LN)	5
Niederlande	Partei für die Freiheit (PVV)	4
Österreich	Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)	4
Polen	Kongress der Neuen Rechten (KNP)	2
Rumänien	ehem. Konservative Partei (PC)	1
Summe		39

Fraktionslos sind derzeit (Stand 2.6.2016) 16 Abgeordnete des Europaparlaments: je drei Mitglieder der Bewegung für ein besseres Ungarn (Jobbik), der griechischen Goldenen Morgenröte (XA) und der französischen Nationalen Front (FN)⁵⁵ sowie je ein Delegierter der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands

⁵⁴ Von den ursprünglich 24 Gewählten ist eine Abgeordnete Mitglied der EFDD-Fraktion und drei weitere sind fraktionslos.

⁵⁵ Aymeric Chauprade (ehem. FN), Bruno Gollnisch, Jean-Marie Le Pen.

(NPD)⁵⁶ und des polnischen Kongress der Neuen Rechten (KNP)⁵⁷. Bei diesen elf Personen dürfte es sich um rechtsextreme Hardliner handeln. Hinzu kommen fünf Delegierte, die nicht dem Rechtsextremismus zuzuordnen sind.

Tabelle 6: Fraktionen im Europaparlament zum Ende der 7. Wahlperiode (6.5.2014) und in der 8. Wahlperiode (2.6.2016) (absolute Anzahl der Mandate sowie Differenz 2016 zu 2014)

		2014	2016	Diff 2016 – 2014
Linker Rand	GUE/NGL	35	52	+17
	Summe	35	52	+17
Zentrum	S&D	196	189	-7
	Grüne/EFA	57	49	-8
	ALDE	83	70	-13
	EVP	274	215	-59
	EKR	57	73	+16
	Summe	667	596	-71
Rechter Rand	EF(D)D	31	46	+15
	ENF	0	39	+39
	NI	33	16	-17
	Summe	64	101	+37
Insgesamt		766	a) 749	-17

a) Von den ursprünglich 751 Abgeordneten sind 41 ausgeschieden, aber nur 39 nachgerückt (Stand 2.6.2016).

Insgesamt hat folgende Verschiebung der Kräfteverhältnisse im Europaparlament stattgefunden: **Die Anzahl der rechtsextremen Abgeordneten hat sich deutlich erhöht**, nämlich von sechs im Jahr 1979 auf 53 Jahr 2014 (siehe Abbildung 3). Innerhalb des rechtsextremen Spektrums hat eine **Gewichtsverlagerung vom orthodoxen hin zum gemäßigten Rechtsextremismus** stattgefunden. **Rechtskonservative Parteien haben an Bedeutung gewonnen** (siehe Tabelle 3). Aus Tabelle 6 geht hervor, dass sowohl der linke als auch der rechte Rand gestärkt wurde, wobei letzterer allerdings fast doppelt so viele Man-

⁵⁶ Der ehemalige (1996 bis 2011) NPD-Vorsitzende Udo Voigt.

⁵⁷ Janusz Korwin-Mikke (ehem. KNP).

date hinzugewonnen hat wie der linke Rand.⁵⁸ Die Fraktionen des Zentrums mussten Einbußen hinnehmen, mit Ausnahme der EKR-Fraktion, die wegen ihrer rechtskonservativen (v.a. CP, ODS, PiS) und rechtsextremen (DF, PS) Tendenzen teilweise dem rechten Rand zuzurechnen ist. Sie hat in etwa genauso viel zugelegt wie der linke Rand. Schließlich sind auch die rechtslastigen Tendenzen in der christdemokratischen EVP-Fraktion in die Bilanz mit einzubeziehen. Genannt seien hier nur die ungarische Fidesz-Partei von Ministerpräsident Viktor Orbán und die italienische Partei Vorwärts Italien (FI) des ehemaligen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi, die im Europaparlament unter anderem durch die bereits erwähnte Alessandra Mussolini vertreten wird.

Insgesamt haben wir es also nicht nur mit einer deutlichen Stärkung des rechten Randes zu tun sondern eben auch mit nationalistischen und fremdenfeindlichen Tendenzen an der rechten Flanke des Zentrums (EKR, EVP). Daher ist es keineswegs übertrieben, von einem dramatischen Rechtsruck im Europaparlament zu sprechen.

Weiterhin ist festzuhalten, dass bei der oft auch nach taktischen Gesichtspunkten erfolgenden Fraktionsbildung nicht selten die Grenzen zwischen Rechtsextremismus und Rechtskonservatismus verschwimmen. Die Gewerkschaften müssen sich also nicht nur mit dem Rechtsextremismus auseinandersetzen, sondern auch mit nationalistischen und fremdenfeindlichen Positionen im (rechts)konservativen Bereich.

2.2 IDEOLOGIE, PROGRAMME UND ZIELE

Die Fraktionen am rechten Rand verfolgen – wenn auch mit unterschiedlicher Intensität – im Großen und Ganzen dasselbe Ziel: Sie bekämpfen die europäische Integration. Dies tun sie mit Hilfe der beträchtlichen finanziellen Mittel, die ihnen die EU zur Verfügung stellt. Nach den Europawahlen 2009 haben Mitglieder des Parlaments auch politische Parteien auf europäischer Ebene gegründet, die ebenfalls von der EU finanziert werden.

⁵⁸ Dabei ist berücksichtigt, dass nicht alle Fraktionslosen dem rechten Rand zuzurechnen sind.

Gemäß einer Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist die EU „nicht nur der wichtigste politische Referenzraum für den modernen Rechtspopulismus. Sie ist zu einer wichtigen materiellen Ressource für rechte Parteien und Politiker geworden.“⁵⁹ In den Jahren 2012 und 2013 sowie im ersten Halbjahr 2014 hätten die Fraktionen EKR, EFD und die Fraktionslosen zusammen 19 Millionen Euro erhalten, wobei Abgeordnetengehälter, Pauschalen für politische Arbeit, Büroausstattung und Personal der einzelnen Abgeordneten noch nicht einmal berücksichtigt seien. Seit 2010 hätten die europäischen Parteien AENM, EAF, MENL und AEKR weitere zehn Millionen Euro erhalten.⁶⁰ Für die Auseinandersetzung der Gewerkschaften mit Rechtsextremismus und Rechtskonservatismus ist demnach von Bedeutung, dass die Gewerkschaften es mit **ressourcenstarken Organisationen** zu tun haben, die von der EU üppig munitioniert werden, auch für den Kampf gegen die europäische Integration in ihren Heimatländern.

Die **Allianz der Europäischen Nationalen Bewegungen (AENM)** wurde im Oktober 2009 auf Initiative des französischen FN, damals noch unter Führung von Jean-Marie Le Pen („Patriotes de tous les pays, unissez-vous!“), gegründet. Sie umfasste Vertreter verschiedener, gemäßigter wie orthodoxer rechtsextremer Parteien aus mehreren europäischen Staaten, darunter auch Mitglieder der kurzlebigen ITS-Fraktion im Europaparlament. Ihre politische Deklaration war zwar in moderater Terminologie abgefasst, enthielt aber alle wichtigen Elemente des völkischen Nationalismus, vom Ethnopluralismus über das Europa der Vaterländer bis zur Kapitalismus- bzw. Globalisierungskritik. Sie lautete:⁶¹

- *„Im Bewusstsein unserer gemeinsamen Verantwortung für die europäischen Völker und für die Vielfalt der Kulturen und Sprachen, die sie repräsentieren,*
- *eingedenk der unveräußerlichen Werte des Christentums, des Naturrechts und von Frieden und Freiheit in Europa,*

⁵⁹ Thilo Janssen: Geliebter Feind. Rechtsaußenparteien und die Europäische Union, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro Brüssel, 18.02.2016, S. 31. Im Internet: <http://de.rosalux.eu/publikationen/geliebter-feind/?L=0> (23.5.2016).

⁶⁰ Ebda., S. 31, 33.

⁶¹ Thilo Janssen: Die Europäisierung der rechten EU-Gegner. Rechte europäische Parteien und rechte Fraktionen im Europäischen Parlament vor den Europawahlen 2014. Eine Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Januar 2013, S. 7ff. (Übers. a. d. Englischen d. Verf.). Im Internet: <http://www.rosalux.de/publication/38359/was-macht-die-politische-rechte-im-europaeischen-parlament.html> (23.5.2016).

- *unter Beachtung der vielen Bedrohungen dieses unvergleichlichen Erbes, die von mächtigen Kräften der Globalisierung ausgehen,*
 - *in Vertretung der nationalen Parteien und Bewegungen in Europa fordern wir:*
1. *Die Schaffung eines Europas der freien, unabhängigen und gleichen Nationen im Rahmen eines Bundes souveräner Nationalstaaten, der keine Entscheidungen fällt, die von den einzelnen Staaten selbst getroffen werden können.*
 2. *Die Zurückweisung jedes Versuchs, einen zentralistischen europäischen Superstaat zu schaffen.*
 3. *Die Förderung von Freiheit, Würde und Gleichheit jedes Bürgers und die Opposition gegen alle Formen des Totalitarismus.*
 4. *Den Vorrang direkter Abstimmungen der Bürger oder ihrer gewählten Vertreter über alle administrativen oder bürokratischen Einrichtungen.*
 5. *Den effektiven Schutz Europas vor neuen Herausforderungen, wie religiösem, politischem, ökonomischem oder finanziellem Imperialismus.*
 6. *Eine friedliche und humane Lösung der Einwanderungsprobleme unter anderem durch internationale Zusammenarbeit, die auf Entwicklung und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Staaten der Dritten Welt abzielt.*
 7. *Starke Unterstützung von Familien, die die demographischen Probleme lösen und für die Verbreitung von traditionellen Werten in der Gesellschaft sorgen.*
 8. *Den Schutz der Vielfalt in Europa, die sich aus der Unterschiedlichkeit unserer Identitäten, Traditionen, Sprachen und einheimischen Kulturen ergibt.*
 9. *Den gemeinsamen Kampf der europäischen Völker gegen Sozialabbau und die destruktiven Wirkungen der Globalisierung.“*

Nach der Wahl von Marine Le Pen zur FN-Vorsitzenden im Januar 2011 schlug die Partei einen eher gemäßigten Kurs ein und lehnte eine Zusammenarbeit mit orthodoxen rechtsextremen Kräften ab. Jean-Marie Le Pen musste die AENM verlassen, die derzeit (Stand 2.6.2016) nur noch aus rechtsextremen Hardlinern besteht und auch nur noch über drei Abgeordnete im Europaparlament verfügt, die drei Jobbik-Vertreter.

Marine Le Pen trat 2012 der 2010 gegründeten Europapartei **Europäische Allianz für Freiheit (EAF)** bei, die ein eher schlichtes Bündiskonzept verfolgt. Einzelne Personen aus unterschiedlichen Parteien des rechten Randes können Mitglied werden, ohne dass sich ihre Herkunftsparteien auf ein gemeinsames Programm verpflichten müssen. Den Fraktionsmitgliedern wird ausdrücklich Ab-

stimmungsfreiheit zugebilligt. Inhaltlich steuert die EAF einen betont seriösen Kurs und bemühte sich im Vorfeld der Europawahl 2014 um programmatische Nähe zur EFD-Fraktion. In der eher rechtskonservativen Politischen Plattform der EAF heißt es:⁶²

„Freiheit und Wohlstand können nur so lange gesichert werden wie es gelingt, die rechtsstaatliche Demokratie zu erhalten. Das wird nur der Fall sein, solange die Parlamente in den Mitgliedsstaaten für die Belange der Menschen, die sie vertreten, zuständig sind. Hat man verstanden, dass es ein europäisches Volk – einen europäischen Demos – nicht gibt und dieses Volk auch nicht durch Zwangsmaßnahmen oder Gesetze geschaffen werden kann, dann kann die Europäische Union von ihrer Natur her nur als ein nicht-zentralisierter, flexibler Rahmen Bestand haben. In diesem Rahmen stimmen freie europäische Völker ihre Bemühungen im Einklang mit gemeinsam vereinbarten Standards zum gegenseitigen Nutzen aufeinander ab.

Nur ein solches System, in dem sich demokratische und freie Gesellschaften eingebettet in die Familie freier Nationen auf unterschiedlichen Wegen entfalten können, gewährleistet den Fortbestand der verfassungsmäßigen Demokratien in Europa.“

Da nach der Europawahl 2014 keine gemeinsame Fraktion des rechten Randes zustande kam, gründete Marine Le Pen im Oktober 2014 die Europapartei **Bewegung für ein Europa der Nationen und der Freiheit (MENL)**, die, anders als die nach wie vor bestehende EAF, ein Bündnis von Parteien darstellt. Beteiligt sind derzeit (Stand 2.6.2016) der belgische VB, der französische FN, die italienische LN und die FPÖ. Die dreißig Deputierten dieser vier Parteien bilden den Kernbestand der im Juni 2015 gegründeten ENF-Fraktion.

Die Fraktion **Europa der Nationen und der Freiheit (ENF)**, die nach Presseberichten einen jährlichen Zuschuss von etwa drei Millionen Euro für ihre Arbeit und weitere 4,4 Millionen für ihre Stiftung erhält⁶³, verfügt noch nicht über ein ausgearbeitetes Programm. Auf ihrer Internetseite erklärt der Ko-Vorsitzende Marcel de Graaff (PVV):

⁶² <http://www.eurallfree.org/?q=node/326> (11.6.2016).

⁶³ <http://www.euractiv.de/section/eu-innenpolitik/news/rechtsextreme-grunden-fraktion-im-eu-parlament/>.

„Unsere europäischen Kulturen, unsere Werte und unsere Freiheiten sind gefährdet. Sie sind bedroht durch die erdrückende und diktatorische Macht der Europäischen Union. Sie sind bedroht durch Masseneinwanderung, offene Grenzen und eine einzige europäische Währung: Man darf nicht alles über einen Kamm scheren. Nationalstaaten müssen in der Lage sein, einen eigenen Haushalt aufzustellen, eigene Gesetze zu erlassen, ihre eigenen Grenzen zu kontrollieren, ihre eigene Sprache und Kultur zu schützen und über eine eigene Währung zu verfügen.“⁶⁴

Auch die nur fünf Punkte umfassende programmatische Erklärung der ENF fordert nach einem Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten vor allem die Rückkehr zu einem Europa der souveränen Nationalstaaten. Ethnozentrismus findet sich nur indirekt unter dem Punkt „Identität“:

„Die Parteien und individuellen Abgeordneten der ENF-Gruppe gründen ihre politische Allianz auf die Bewahrung der Identität der Bürger und Nationen Europas, entsprechend der besonderen Charakteristika jeder Bevölkerung. Bei dem Recht, Immigration zu kontrollieren und zu regulieren, handelt es um ein fundamentales Prinzip, das von allen Mitgliedern der ENF-Gruppe geteilt wird.“⁶⁵

Während sich die Programmatik der meisten Mitgliedsparteien vorrangig auf ihr Heimatland bezieht, verfügt die österreichische FPÖ in ihrem Fünf-Punkte-Konzept „FÜR eine positive Wende der jetzigen EU-Politik“ über relativ klare nationalistische und ethnozentristische Vorstellungen bezüglich der Zukunft der EU, die auch die Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie die Gesellschaftspolitik berücksichtigen:⁶⁶

„1. FÜR den Erhalt der nationalen Souveränität, gegen den Brüsseler Zentralismus und eine ausufernde EU-Bürokratie. Wir wollen keinen zentralistischen Staatenbund wie die Vereinigten Staaten von Amerika, sondern eine europäische Konföderation souveräner Nationalstaaten mit starker direktdemokratischer Legitimation.“

⁶⁴ <http://www.enfgroup-ep.eu/#1804de5e44a8209d8> (23.5.2016). Übers. a. d. Englischen d. Verf.

⁶⁵ [http://www.enfgroup-ep.eu/charter/\(23.5.2016\)](http://www.enfgroup-ep.eu/charter/(23.5.2016)). Übers. a. d. Englischen d. Verf.

⁶⁶ [http://www.enfgroup-ep.eu/austria-freiheitliche-partei-oesterreichs/\(23.5.2016\)](http://www.enfgroup-ep.eu/austria-freiheitliche-partei-oesterreichs/(23.5.2016)).

2. FÜR den Erhalt der kulturellen Identität der europäischen Völker und damit GEGEN Massenzuwanderung, Islamisierung, den EU-Beitritt der Türkei und die Schaffung einer multikulturellen Gesellschaft in Europa. Wir wollen die Vielfalt der europäischen Hochkulturen auf der kulturellen Basis des Abendlandes und den Werten des Christentums erhalten und weiterentwickeln.

3. FÜR den Erhalt der nationalstaatlichen Volkswirtschaften, gegen das Diktat der multinationalen Konzerne und die Fehlkonstruktion der Euro-Einheitswährung. Wir wollen eine Restrukturierung des Euro-Raumes und die Möglichkeit einer eigenständigen Wirtschafts- und Währungspolitik, die eine Rückkehr zu nationalen Währungen oder die Einrichtung einer Währung auf Basis eines Verbundes ähnlich starker Volkswirtschaften nicht ausschließt.

4. FÜR den Erhalt unserer nationalstaatlichen Solidarsysteme und unserer sozialen Netze, aber GEGEN die ausufernde Globalisierung sowie gegen Lohndumping und das Diktat der internationalen Finanzmärkte. Wir wollen soziale Sicherheit und Gerechtigkeit in allen Mitgliedstaaten.

5. FÜR den Erhalt der traditionellen Familie, gegen Genderwahn, Dekadenz und Hedonismus. Wir wollen eine pronatalistische Familienpolitik, die den europäischen Völkern mit eigenen Kindern die Zukunft sichert.“

Auf der EU-Webseite der FPÖ findet sich das Europa-Wahlprogramm der Partei im „Leichter-Lesen-Format“ (siehe Kasten).

Die rechtskonservative EFDD-Fraktion gründete im September 2014 als Europapartei die **Allianz für Direkte Demokratie in Europa (ADDE)**. Sie wird von den Parlamentariern der britischen UKIP beherrscht. Programmatisch hat sie nicht viel zu bieten: Ihr Ziel ist die Bekämpfung der Vorherrschaft der EU über die Mitgliedsstaaten. Weiterhin sollen direktdemokratische Verfahren gefördert und unkontrollierte Immigration begrenzt werden. Auch die **Fraktion Europa der Freiheit und der Direkten Demokratie (EFDD)** setzt sich in ihrem schmalen Programm für ein Europa der souveränen Nationalstaaten und für direkte Demokratie ein. Es gibt im Programm keine Hinweise auf expliziten Ethnozentrismus.

„Die Völker und Nationen Europas haben das Recht, ihre Grenzen zu schützen und ihre eigenen historischen, traditionellen, religiösen und kulturellen Werte zu verstärken. Die Mitglieder der Gruppe lehnen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und jede andere Form der Diskriminierung ab. Weiterhin spricht sich die Gruppe für das Konzept der direkten Demokratie aus, weil es sich dabei um die bestmögliche Kontrolle der politischen Eliten handelt.“⁶⁷

Programm der FPÖ zur Wahl des Europaparlaments am 25.05.2014⁶⁸

- Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) will, dass alle europäischen Völker das Recht haben sollen, in ihrem Land selbst zu bestimmen.
- Jedes Land soll seine Gesetze selbst bestimmen dürfen.
- Die FPÖ will, dass alle Österreicher mitbestimmen dürfen, was für Österreich wichtig ist.
- Die FPÖ will, dass Österreich in Zukunft nur mehr die Hälfte seiner bisherigen Beiträge an die EU bezahlen muss.
- Österreich ist ein neutrales Land.
Die FPÖ will, dass Österreich andere Länder, die Probleme miteinander haben, beraten und bei Konflikten vermitteln soll.
- Die Landwirtschaft bekommt von der Europäischen Union (EU) Geld als Förderung.
Die Beantragung ist aber sehr schwierig.
Die FPÖ will, dass die Landwirte leichter zu dieser Förderung kommen.
- Das Europäische Parlament wechselt zwischen Straßburg in Frankreich und Brüssel in Belgien.
Dieses Wechseln ist sehr teuer.
Die FPÖ will, dass das Europäische Parlament nur mehr in Straßburg sitzt.
- Die meisten Länder der Europäischen Union haben untereinander keine Grenzkontrollen mehr.
An den alten Grenzübergängen werden die Reisenden nicht mehr kontrolliert.
Dadurch kommen leider auch Personen sehr leicht nach Österreich, die Verbrechen verüben wollen.
- Die FPÖ will alle Österreicher abstimmen lassen, ob Österreich seine Grenzen weiterhin so offen haben will oder nicht.
- Die FPÖ will, dass die Grenzübergänge von Österreich mit Videoaufnahmen überwacht werden.
- Es kommen viele Menschen nach Österreich aus Ländern, in denen es Probleme wie zum Beispiel Krieg oder Armut gibt.

⁶⁷ [http://www.efddgroup.eu/about-us/our-charter/\(23.5.2016\)](http://www.efddgroup.eu/about-us/our-charter/(23.5.2016)). Übers. a. d. Englischen d. Verf.

⁶⁸ [http://www.fpoe.eu/dokumente/programm/\(23.5.2016\)](http://www.fpoe.eu/dokumente/programm/(23.5.2016)).

Damit diese Menschen in Österreich bleiben dürfen, müssen sie einen Asylantrag stellen. Viele dieser Menschen stellen diesen Antrag in mehreren Ländern.

- Die FPÖ will, dass nur in einem Land der Europäischen Union ein Asylantrag gestellt werden darf.
- Die FPÖ will, dass die Polizei mehr Geld bekommt, damit Österreich sicherer wird.
- Die FPÖ will, dass Österreich nicht für die Schulden der anderen EU-Länder bezahlen muss.
- Die FPÖ will, dass das Geld in Österreich nicht ständig weniger wert wird.
- Manche Leiter von Banken arbeiten sehr schlecht und es geht dadurch sehr viel Geld verloren. Die FPÖ will, dass solche Menschen bestraft werden können.
- Die FPÖ verlangt, dass in der Politik Sparsamkeit und Ehrlichkeit herrschen.
- Die FPÖ will, dass die Österreicher nicht überwacht werden, zum Beispiel, dass Telefone nicht abgehört werden.
- Die FPÖ will, dass die EU in Österreich nicht alles bestimmen oder verbieten darf.
- Die Löhne der arbeitenden Menschen werden immer niedriger.
Die Menschen können sich immer weniger kaufen.
Auch die Wohnungsmieten werden immer teurer.
Die FPÖ will, dass es den Österreichern wieder besser geht.
- Es gibt in der EU viele arbeitslose Menschen.
Die FPÖ will, dass in Österreich zuerst die Österreicher einen Arbeitsplatz bekommen.
- Die FPÖ will, dass vor allem Österreicher alle Sozialleistungen bekommen (Familienbeihilfe, Pflegegeld und so weiter).
Andere Menschen, die in Österreich leben, sollen nur das bekommen, was sie in ihrem Heimatland auch bekommen würden.
- Österreich ist ein christliches Land. Viele Menschen in Österreich haben aber den islamischen Glauben.
Die FPÖ will, dass Österreich und Europa christlich bleiben.
- Die FPÖ will nicht, dass die Türkei ein Mitglied der Europäischen Union wird.
- Die FPÖ will, dass die Kultur von Österreich und Europa erhalten bleibt.
- Österreicher, die in anderen Ländern wie zum Beispiel in Südtirol leben, sollen von Österreich geschützt werden.

Kurz nach der Gründung der **Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR)** im Jahr 2009 hoben Mitglieder der Fraktion die **Allianz der Europäischen Konservativen und Reformer (AEKR)** als Europapartei der EKR-Fraktion aus der Taufe. Im Vergleich zur christdemokratischen EVP-Fraktion waren die Väter des EKR/AEKR-Verbundes aus den Reihen der britischen Konservativen und der tschechischen ODS eher national und europaskeptisch orientiert. Sie kritisierten die integrationsfreundliche Politik der EVP und die Bemühungen

um eine europäische Sozialpolitik. Dem Chef der britischen Konservativen Partei (CP), David Cameron, ging es vor allem darum, die Sonderrolle des Vereinigten Königreichs im europäischen Integrationsprozess zu bewahren, ohne die EU insgesamt in Frage zu stellen (Ablehnung des Lissabonner Vertrags von 2007 und des Fiskalpakts von 2011). In der „Prager Deklaration“ von 2009 wurden die Prinzipien der Fraktion niedergelegt. Man beschwor die dringende Notwendigkeit, die EU auf der Grundlage von „Eurorealismus“, Offenheit, Verantwortlichkeit und Demokratie zu reformieren. Dabei sollte die Souveränität der Nationen respektiert und wirtschaftlicher Aufschwung, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit gefördert werden. Als Prinzipien wurden unter anderem genannt:⁶⁹

- *„Freie Marktwirtschaft, freier und fairer Handel und Wettbewerb, minimale Regulierungen, geringere Steuern und ein schlanker Staat als die wichtigsten Voraussetzungen für individuelle Freiheit und für persönlichen und nationalen Wohlstand.“*
- *„Die Familie als Grundlage der Gesellschaft.“*
- *„Die überragende Bedeutung der transatlantischen Sicherheitsbeziehungen in einer gestärkten NATO und die Unterstützung der jungen Demokratien in Europa.“*
- *„Effektive Kontrolle der Immigration und die Beendigung des Missbrauchs von Asylverfahren.“*

Insgesamt richten sich die Parteien und Fraktionen am rechten Rand mit unterschiedlicher Intensität gegen die europäische Integration. Zwar kommen die Parteien aus Ländern mit besonderen historischen Entwicklungen und jeweils speziellen politischen Kulturen, aber alle sind grosso modo mit den gleichen Problemen konfrontiert. Bezieht man auch noch die rechtskonservativen Bestrebungen in der EKR-Fraktion mit ein, gilt Folgendes:

„Die EU-Gegner und -kritiker verbindet eine gemeinsame Abneigung gegen die EU, gegen die Reichweite ihrer Regelungszuständigkeiten, an der Art und Weise der Entscheidungsfindung und an bestimmten Entscheidungen, aber die Motive der EU-Gegnerschaft sind ebenso vielfältig wie die angestrebten Ziele. (...) Für die rechten EU-Gegner ist die Europäische Union in erster Linie ein unzulässiger Eingriff in nationale Selbstbestim-

⁶⁹ [http://ecrgroup.eu/policy/the-prague-declaration/\(23.5.2016\)](http://ecrgroup.eu/policy/the-prague-declaration/(23.5.2016)). Übers. a. d. Englischen d. Verf.

mung. Sie wollen die Union entweder ganz oder in Teilen auflösen oder fordern den Austritt ihres Landes aus der EU oder zumindest aus dem Euro. Sie befürchten Wohlstandsverluste durch europaweit einheitliche Regelungen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik und kritisieren die derzeitige Praxis der Einwanderungs- und Asylpolitik sowie die Kosten der EU-Institutionen selbst.“⁷⁰

Unterhalb dieses Konsenses bestehen **ideologisch-programmatische Differenzen:**

- **Beispiel nationale Frage:** Während die Mehrheit einen eher zentralistischen Nationalstaat befürwortet – Vorreiter ist dabei der französische FN – verfolgt der belgische VB einen flämischen Separatismus, letztendlich also die Zerschlagung des Nationalstaats, und die italienische LN spricht sich sogar für ein „Europa der Regionen und der Völker“ aus.
- **Beispiel EU:** Beim Thema EU variieren die Vorstellungen von kompletter Ablehnung bzw. Exit (EFDD, ENF) bis hin zu einem mehr oder weniger intensiven Rückbau (EKR).
- **Beispiel Wirtschafts- und Sozialpolitik:** Neoliberale Positionen werden vor allem in der EKR-Fraktion, aber auch von der britischen UKIP (EFDD) und der niederländischen PVV (ENF) vertreten. Gefordert werden die Liberalisierung der Märkte, die Deregulierung der industriellen Beziehungen und der Abbau von sozialen Standards. Vor allem in Kreisen der britischen Konservativen (CP) wird die Funktion der EU auf einen gemeinsamen Binnenmarkt reduziert. Dem steht das Konzept eines „national-sozialen Protektionismus“⁷¹ gegenüber – etwa beim französischen FN, der ungarischen Jobbik, der deutschen NPD und teilweise auch bei der österreichischen FPÖ. Dieses Konzept zielt darauf ab, die nationalen Arbeitsmärkte und oft auch die heimische Wirtschaft vor unerwünschter ausländischer Konkurrenz zu schützen. Besonders in diesem Kontext werden wohlstandschauvinistische und standortnationa-

⁷⁰ Karsten Grabow/Torsten Oppeland: „Ich will die EU zerstören“. EU-Gegner im 8. Europäischen Parlament. Eine Jahresbilanz, Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung 2015, S. 9f. Im Internet: [http://www.kas.de/wf/de/33.41374/\(15.6.2016\)](http://www.kas.de/wf/de/33.41374/(15.6.2016)).

⁷¹ Janssen 2013 (Anm. 61), S. 28, 36.

listische Argumente vorgetragen. Teilweise wird heftige Kapitalismuskritik geübt. Die Forderung, soziale Leistungen vorrangig für Einheimische oder gar nur für Angehörige der eigenen Ethnie zur Verfügung zu stellen, findet sich allerdings auch bei Parteien der EFDD-Fraktion. Eine spezielle Position vertritt die italienische LN, die sich für einen lokalen, vorrangig mittelständischen Protektionismus einsetzt.

- **Beispiel Zielgruppenstrategie:** Bei der Zielgruppenstrategie sind zwei Vorgehensweisen zu beobachten. Systemfeindliche, völkisch-nationalistische Opposition adressiert ein Publikum, das durch erhebliche Entfremdung gegenüber den bestehenden wirtschaftlich-sozialen und/oder politisch-kulturellen Verhältnissen gekennzeichnet ist. Dagegen zielt ein eher moderates und seriöses Auftreten auf gutbürgerliche Schichten, die zwar mit den gegebenen Verhältnissen ganz oder teilweise unzufrieden sind, das System insgesamt aber nicht ablehnen. Der Konflikt zwischen Negation und Veränderung, zwischen Rebellion und Reform prägt – allerdings in unterschiedlicher Schärfe und Ausformung – alle Parteien am rechten Rand, also nicht nur die rechtsextremen, sondern auch die rechtskonservativen. Eine Ausnahme bilden lediglich die orthodoxen Rechtsextremisten, die kompromisslose Gegnerschaft verkörpern. Das Verhalten der Moderaten ist weithin strategisch motiviert.

Die genannten Unterschiede sind dafür verantwortlich, dass die Schlagkraft der rechtsextremen bzw. rechtskonservativen Parteien auf EU-Ebene begrenzt ist. Mehr Erfolg dürften sie bei der **Bekämpfung der EU in ihren Heimatländern** haben.

„Die größte Bedrohung für das Europäische Parlament und die EU scheint deshalb auch gar nicht von den EU-Gegnern im eigenen Haus auszugehen, sondern von der Wirkung, die sie zu Hause entfalten. Die EU-Gegner werden weiter darauf drängen, dass ihre Regierungen im Europäischen Rat nationale Interessen über europäische Regelungen stellen. Eine pro-europäische Konsensfindung wird damit erschwert. Eine populistische Re-Nationalisierung in Europa kann nicht ausgeschlossen werden. So gesehen würden die EU-Gegner ihr Ziel doch erreichen. Es gibt immer mehr Anzeichen, die darauf hindeuten.“⁷²

⁷² Grabow/Oppelland (Anm. 70), S. 69.

Ähnlich auch:

„Politische Wirkmächtigkeit können rechtspopulistische Parteien vor allem auf nationaler Ebene entfalten. Nicht immer ist dafür eine direkte Regierungsbeteiligung oder -tolerierung notwendig. Allein der Druck durch demoskopische Erfolge der Rechtsaußenparteien reicht zuweilen aus, um die Politik insgesamt nach rechts zu verschieben.“⁷³

2.3 SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR DIE GEWERKSCHAFTLICHE PRAXIS

Insgesamt ergeben sich folgende allgemeine Schlussfolgerungen für die gewerkschaftliche Praxis:

- Im ersten Kapitel wurde ausführlich dargestellt, dass gerade in der durch Modernisierung und Globalisierung geprägten Arbeitswelt angesichts von geringem Wirtschaftswachstum und Massenarbeitslosigkeit, von Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen sowie dem Abbau sozialer Standards Unsicherheit, Unzufriedenheit und Ängste zunehmen. Die Programme und die populistische Propaganda der rechtsextremen und rechtskonservativen Parteien greifen diese Sorgen und Nöte außerordentlich geschickt auf. Vermeintliche oder tatsächliche Bedrohungen werden einseitig interpretiert, überhöht und dramatisch dargestellt. Man nimmt Bezug auf die bestehenden Ängste und verstärkt sie durch Wirklichkeitsverzerrung so weit, dass der Ruf nach autoritären Lösungen immer lauter wird. Die Protagonisten dieser Politik dürfen nicht als Außenseiter oder gar Spinner abgetan werden, sie müssen vielmehr als fundamentale Bedrohung für eine humane und demokratische Gesellschaftsordnung ernst genommen und von den Gewerkschaften sowohl auf der europäischen Ebene als auch in den Nationalstaaten nachhaltig bekämpft werden.
- Die gewerkschaftliche Gegenwehr sollte sich nicht an den ideologisch-programmatischen Differenzen der Gruppierungen am rechten Rand festmachen, sondern an dem gemeinsamen Kernanliegen dieser Gruppierungen. Dieses

⁷³ Janssen 2016(Anm. 59), S. 24.

besteht in der Stärkung von Nationalismus und Ethnozentrismus als vermeintlichem Schutz vor unerwünschten Begleiterscheinungen der Globalisierung. Es geht also um Kritik an der Ideologie des völkischen Nationalismus und damit zusammenhängend um die Betonung der universellen Menschenrechte als Fundament gesellschaftlichen Zusammenhalts. Es reicht also nicht aus, Rechtsextremisten und Rechtskonservative als Rassisten oder Nationalisten zu beschimpfen. Die Gewerkschaften müssen außerdem deutlich machen, wofür sie kämpfen.

- Im alltäglichen Umgang ist zwar prinzipiell zwischen Rechtsextremisten und Rechtskonservativen zu unterscheiden, aber die Grenzen dazwischen sind fließend, wie sich auch in diesem Kapitel immer wieder gezeigt hat. Rassismus ist im Grunde genommen nur eine Steigerungsform von Fremdenfeindlichkeit. Oft wird die Abwertung ganzer Ethnien oder Kulturen in Programmen oder Reden systematisch mit fadenscheinigen Argumenten verschleiert. Es ist Aufgabe der Gewerkschaften, insbesondere in der Arbeitswelt offene und verdeckte rassistische Diskriminierung anzuprangern und zu unterbinden.
- Gewerkschaften sind nicht nur Akteure im Kampf gegen nationalistische und ethnozentristische Bestrebungen, sie sind auch Betroffene, weil ihre Mitglieder bzw. Adressaten für die Angebote der Rechtsaußengruppierungen anfällig sind. Um den Rechtsaußengruppierungen das Wasser abzugraben, müssen sich die Gewerkschaften als Interessenvertretungen der Arbeitnehmer der durch Modernisierung und Globalisierung bedingten wirtschaftlichen und sozialen Probleme annehmen. Sie müssen sich vor allem auch kritisch mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik in Europa und in ihren Heimatländern auseinandersetzen. Kapitalismus- und Globalisierungskritik darf nicht der extremen Rechten überlassen werden. Soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit sind allerdings nicht durch reaktionäre und inhumane Maßnahmen wie nationalistische Abschottung und rassistische Ausgrenzung erreichbar, sondern nur durch eine weltoffene, solidarische und an den Menschenrechten ausgerichtete Politik.
- Die Autoren der im ersten Kapitel erwähnten Studie der Freien Universität Berlin über rechtsextreme Einstellungen von Gewerkschaftsmitgliedern sind zu dem Ergebnis gelangt, dass für die Hinwendung zum Rechtsextremismus weniger die Gefährdung des sozialen Status einer Person verantwortlich ist.

Entscheidend sei vielmehr, wie die aus dem sozialen Status resultierenden Probleme subjektiv verarbeitet werden. Daraus entwickelten die Autoren Schlussfolgerungen, die durchaus mit den hier präsentierten Befunden kompatibel sind: Gewerkschaften sollten sich als Wertegemeinschaft begreifen, die als Alternative zu Nationalismus und Rassismus das kollektive, solidarische und demokratische Engagement für mehr Mitmenschlichkeit, Gerechtigkeit und Toleranz propagieren.

- Insgesamt ergeben sich für die gewerkschaftliche Praxis zwei vorrangige Handlungsfelder: das Engagement für Menschenrechte sowie der Kampf für soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit.



3. HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN



„Europa ist eine Idee. Diese Idee unterscheidet sich von den Ideen in anderen Regionen der Welt. Europa ist die Idee einer offenen, toleranten, solidarischen und demokratischen Gesellschaft, in der niemand zurückgelassen wird und in der es trotz kultureller Vielfalt eine Einheit geben kann. Auf dieser Idee beruht unser europäisches Gesellschaftsmodell. Dieses gilt es mit aller Macht gegen jeden Angriff von Rechtsextremisten und Rechtspopulisten zu verteidigen.“⁷⁴

3.1 VORBEMERKUNG

In der Literatur findet sich eine Fülle von Handlungsempfehlungen für den Umgang mit völkisch-nationalistischen Einstellungen und Verhaltensweisen in der EU. Zumeist handelt es sich bei diesen um allgemeine Hinweise auf mögliche Strategien bzw. um Handlungsperspektiven für die Durchsetzung von Grundrechten im Allgemeinen und für die Bekämpfung von rassistischer Diskriminierung im Besonderen. Seltener sind konkrete Aktionspläne mit ausgewiesenen Handlungsfeldern, und nur ausnahmsweise werden spezielle Maßnahmen vorgeschlagen. Bei den Empfehlungen spielen Gewerkschaften und die Arbeitswelt – wenn überhaupt – eine nachgeordnete Rolle. Dies ist der Fall, obwohl immer wieder betont wird, dass Rassismus in der Arbeitswelt weit verbreitet ist, und dass sich eine

⁷⁴ Martin Schulz: Ein gemeinsames Europa der Vielfalt gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus, in: Ralf Melzer/Sebastian Serafin (Hrsg.): Rechtsextremismus in Europa. Länderanalysen, Gegenstrategien und arbeitsmarktorientierte Ausstiegsarbeit, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin 2013, S. 386. Im Internet: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10030.pdf>.

„Segmentierung der Arbeitsmärkte nach der ethnischen oder nationalen Herkunft abzeichnet. Migranten oder ethnische Minderheiten sind in unverhältnismäßig hohem Maße in den untersten Berufsgruppen und den am wenigsten angesehenen Beschäftigungssektoren tätig.“⁷⁵

In einem früheren Bericht der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) heißt es sogar:

„Es hat sich gezeigt, dass Diskriminierung am häufigsten auf dem Arbeitsmarkt und am Arbeitsplatz anzutreffen ist.“⁷⁶

Auch der aktuelle Grundrechte-Bericht der EU prangert Diskriminierungen an:

„Obwohl der Rahmenbeschluss über Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und die Richtlinie zur Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse in allen EU-Mitgliedstaaten anwendbar sind, waren im Jahr 2015 Angehörige von Minderheitengruppen sowie MigrantInnen und Flüchtlinge im Bildungswesen, im Beschäftigungsbereich und beim Zugang zu Dienstleistungen, einschließlich Wohnraum, Rassismus und ethnischer Diskriminierung ausgesetzt.“⁷⁷

Ein Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Auseinandersetzung mit nationalistischen und ethnozentristischen Bestrebungen sind daher rassistische bzw. fremdenfeindliche Diskriminierungen in der Arbeitswelt. Darüber hinaus bestehen selbstverständlich weitere Betätigungsfelder für die gewerkschaftliche Praxis gegen Rechtsextremismus. Dabei ist zu bedenken, dass die in der EU gültigen Normen und Werte in den Mitgliedsstaaten umgesetzt werden müssen. Europäische Institutionen wie die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) und der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) können auf

⁷⁵ Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC): Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in den EU Mitgliedsstaaten. Trends, Entwicklungen und bewährte Praktiken. Jahresbericht 2005, Teil 2, Wien 2005, S. 11.

⁷⁶ Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC): Vielfalt und Gleichheit für Europa. Jahresbericht 2000, Wien 2001, S. 18, 77 ff.

⁷⁷ Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA): Grundrechte-Bericht 2016, Wien: 2016, S. 10. Im Internet: http://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2016-fundamental-rights-report-2016-opinions_de.pdf (22.7.2016).

die Einhaltung der Normen und Werte drängen, Expertisen zur Verfügung stellen und Empfehlungen aussprechen. Sie sind aber kaum in der Lage, eigenständig zielgerichtete Maßnahmen durchzuführen. Dies muss vor allem in den Mitgliedsstaaten erfolgen.

Gegenstand dieses Kapitels sind Maßnahmen der Gewerkschaften vor allem gegen fremdenfeindliche bzw. rassistische Diskriminierungen in der Arbeitswelt. Es geht schlussendlich um Anregungen für praktisch-politische Aktivitäten vor allem im betrieblichen Alltag und entsprechende Inhalte gewerkschaftlicher Bildungsarbeit.

Zunächst werden allgemeine Normen und Werte als Grundlage aller Maßnahmen gegen Rechtsextremismus oder gegen mit diesem zusammenhängende Erscheinungsformen wie Nationalismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit erläutert (Abschnitt 3.2). Die Gewerkschaften sollten darauf achten, dass diese Werte und Normen insbesondere in der Arbeitswelt eingehalten werden und gegebenenfalls auf ihre Einhaltung drängen. Selbstverständlich müssen sie auch ihre eigene Praxis daran ausrichten.

In Abschnitt 3.3 werden allgemeine Empfehlungen dargestellt, die das Ergebnis persönlicher und beruflicher Erfahrungen im Umgang mit Rechtsextremismus in Europa sind. Es folgt eine kurze Auflistung möglicher Handlungsfelder (Abschnitt 3.4). Abschnitt 3.5 enthält konkrete Maßnahmen gegen rassistische Diskriminierung in der Arbeitswelt. Die Vereinbarungen der europäischen Sozialpartner über die Verhütung von Rassendiskriminierung in der „Florenzer Erklärung“ finden sich in Abschnitt 3.6. In Abschnitt 3.7 folgen entsprechende Regelungsbereiche von Betriebsvereinbarungen. Den Abschluss bilden ergänzende Überlegungen zur gewerkschaftlichen Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus (Abschnitt 3.8).

Die Darstellung erfolgt vom Allgemeinen zum Konkreten und beschränkt sich bewusst auf **Vorschläge** für die arbeitsweltliche und bildungspolitische Praxis der Gewerkschaften. Was davon für den Kampf gegen Rechtsextremismus taugt, muss im Einzelfall entschieden werden.

3.2 HANDLUNGSLEITENDE NORMEN UND WERTVORSTELLUNGEN

Grundlegende Orientierungen für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus bietet die „**Charta der Grundrechte der Europäischen Union**“⁷⁸. Sie umfasst allgemeingültige Rechte, also Rechte, auf die sich alle Menschen berufen können, die sich in der EU aufhalten, sowie Rechte, die nur den Unionsbürgern zustehen. Vor allem die Menschenrechte bilden den Ausgangspunkt jeder Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, weil die ihnen zugrundeliegenden Prinzipien „Universalität“ (Allgemeingültigkeit) und „Egalität“ (Gleichheit) dem völkisch-nationalistischen Denken diametral entgegengesetzt sind.

Während der völkische Nationalismus die Überlegenheit der eigenen Ethnie behauptet und andere Ethnien diskriminiert oder unterdrückt, im Extremfall sogar vernichtet, geht das Konzept der Menschenrechte davon aus, dass alle Menschen von Natur aus mit unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind. Bei diesen Rechten handelt es sich um Freiheits- und Gleichheitsrechte sowie um Anspruchs- und Teilhaberechte. Während der völkische Nationalismus eine ethnisch möglichst homogene Volksgemeinschaft in einem hierarchisch strukturierten und autoritär verfassten Nationalstaat anstrebt, sind die Menschenrechte integraler Bestandteil eines Gesellschaftsbildes, das durch Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus und Minderheitenschutz sowie durch Frieden, internationale Zusammenarbeit, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker gekennzeichnet ist.

In der Präambel der am 1. Dezember 2009 in Kraft getretenen Grundrechtecharta heißt es unter anderem:

„In dem Bewusstsein ihres geistig-religiösen und sittlichen Erbes gründet sich die Union auf die unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität. Sie beruht auf den Grundsätzen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. [...] Sie [...] stellt den freien Personen-, Dienstleistungs-, Waren- und Kapitalverkehr sowie die Niederlassungsfreiheit [in der Union] sicher.“

⁷⁸ Amtsblatt der Europäischen Union, 53. Jg., C 83, S. 389 ff.

⁷⁹ Dieses Rechtsprinzip ist im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (Art. 1 GG) und in den Verfassungen mehrerer europäischer Staaten festgeschrieben.

Die 54 Artikel der Charta bilden einen umfassenden Katalog an Menschen- und Bürgerrechten, der mit der fundamentalen Wertentscheidung beginnt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“⁷⁹ Schon dieser Satz widerspricht dem rechtsextremen Denken diametral und „ist das beste Programm gegen Rassismus, Antisemitismus, den Hass auf Minderheiten“⁸⁰. Neben der **Menschenwürde** werden die **Religionsfreiheit** (Artikel 10) sowie die **Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit** im politischen, gewerkschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Bereich (Artikel 12) gewährleistet. Absatz 1 in Artikel 21 verbietet Diskriminierungen:

„Diskriminierungen insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung sind verboten.“

In Artikel 18 wird das Asylrecht festgeschrieben. In Artikel 19, Absatz 2 heißt es dazu:

„Niemand darf in einen Staat abgeschoben oder ausgewiesen oder an einen Staat ausgeliefert werden, in dem für sie oder ihn das ernsthafte Risiko der Todesstrafe, der Folter oder einer anderen unmenschlichen oder erniedrigenden Strafe oder Behandlung besteht.“

Diese Grundrechte sind für alle Staaten der EU bis auf Polen und das Vereinigte Königreich verpflichtend und können daher als argumentative Grundlage bei der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus gute Dienste leisten. Dabei mag die **Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA)**⁸¹ hilfreich sein, die dazu beitragen will, „dass der Schutz der Grundrechte von in der EU lebenden Menschen gewährleistet wird“. Dazu sammelt sie Informationen über die Grundrechtssituation in der EU, arbeitet Empfehlungen zur Verbesserung der Situation aus und veröffentlicht jährlich einen Grundrechte-Bericht⁸². Auch die

⁸⁰ So Martin Schulz (Anm. 74), S. 388.

⁸¹ <http://fra.europa.eu/de>.

⁸² <http://fra.europa.eu/de/publication/2016/grundrechtebericht-2016-fra-stellungnahmen> (14.7.2016).

FRA-Empfehlungen können als wichtiges Material dazu dienen, in den Mitgliedsstaaten für die Wahrung und Stärkung der Grundrechte einzutreten. Weiterhin ist in diesem Zusammenhang das **Handbuch zum europäischen Antidiskriminierungsrecht**⁸³ zu nennen, das auch die einschlägige Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und des Gerichtshofs der Europäischen Union berücksichtigt.

Die wohl wichtigste Instanz der europäischen Gewerkschaftspolitik ist der **Europäische Gewerkschaftsbund (EGB)**. Er besteht seit 1973 und umfasst derzeit 89 nationale Gewerkschaftsbünde aus 39 Staaten mit insgesamt rund 60 Millionen Mitgliedern.⁸⁴ In seiner Satzung verpflichtet sich der EGB unter anderem zum Einsatz für folgende Ziele:⁸⁵

- für die Stärkung und Festigung von politischen Freiheiten und der Demokratie,
- für die Anerkennung von Menschenrechten und Gewerkschaftsrechten,
- für die Beseitigung aller Arten von Diskriminierung wegen des Geschlechts, des Alters, der Hautfarbe, der Rasse, der sexuellen Orientierung, der Nationalität sowie der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugungen,
- für eine Gesellschaft ohne Ausgrenzungen, die auf den Prinzipien der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität beruht.

Auf dem 13. EGB-Kongress im Herbst 2015 in Paris wurden das **„Pariser Manifest“** und ein Antrag zur Flüchtlingskrise in Europa verabschiedet. Das Manifest proklamiert den solidarischen Einsatz für „hochwertige Arbeitsplätze, Arbeitnehmerrechte und eine gerechte Gesellschaft in Europa“ und fordert in diesem Zusammenhang auch die „faire und gleiche Behandlung für alle Arbeitnehmer, ohne Diskriminierung“.⁸⁶ Die folgenden Zitate aus dem Flüchtlingsantrag unter-

⁸³ Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union 2011; im Internet: http://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/1510-FRA-CASE-LAW-HANDBOOK_DE.pdf (15.7.2016). Siehe dazu auch Martina Benecke: Rechtsvergleich der europäischen Systeme zum Antidiskriminierungsrecht, Berlin: Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2010. Im Internet: http://www.antidiskriminierungsstelle.de/Shared-Docs/Downloads/DE/publikationen/Expertisen/Expertise_Rechtsvergleich_europ_Systeme_zum_AntidiskrimRecht.pdf?__blob=publicationFile (15.7.2016).

⁸⁴ <https://www.etuc.org/composition-and-organisation> (15.7.2016).

⁸⁵ https://www.etuc.org/sites/www.etuc.org/files/publication/files/ces-congrece_2015-statuts-uk-ld_def_0.pdf (15.7.2016).

⁸⁶ https://www.etuc.org/sites/www.etuc.org/files/publication/files/ces-congrece_2015-manifesto-d-ld_def.pdf (15.7.2016).

streichen, dass sich der EGB nicht nur für die materiellen Interessen der Arbeitnehmer in Europa, sondern auch für die allgemeinen Menschenrechte einsetzt:

„Der EGB verurteilt nachdrücklich alle Maßnahmen, die die menschliche Würde, die Menschenrechte oder die körperliche Unversehrtheit dieser Menschen gefährden. [...]

Der EGB unterstützt die fundamentalen europäischen Werte wie Respekt vor dem menschlichen Leben und der Menschenwürde und bekämpft populistische und fremdenfeindliche Einstellungen. [...]

Alle Menschen haben das Recht auf Schutz, wirtschaftliche Sicherheit, Religionsfreiheit, politische Freiheit und Zugang zu einem qualitativ hochwertigen Gesundheits- und Bildungswesen in einer Gesellschaft, die diese Freiheiten schützt. [...]

Mit ihren 60 Millionen Mitgliedern bleibt die europäische Gewerkschaftsbewegung ein Bollwerk gegen jede Form von Intoleranz und wird sich weiterhin für eine humanitäre Antwort auf diese humanitäre Krise einsetzen. Wo Flüchtlinge in der Lage sind zu arbeiten, werden die Gewerkschaften sie für sich gewinnen und sie vertreten.“⁸⁷

Dass sich der EGB auf die beiden Hauptziele soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte konzentriert, bestätigt auch **Peter Scherrer** in einem Interview, der seit 2015 **stellvertretender Generalsekretär des EGB** ist und zuvor lange Zeit an führender Stelle für die IG Metall in der internationalen Gewerkschaftsarbeit tätig war:

„Klar ist für alle Gewerkschaften in Europa, dass das Recht auf Asyl ein unantastbares Grundrecht ist und auch bleiben muss. Schutzbedürftigen Menschen müssen wir helfen, und die menschlichen Tragödien im Mittelmeer dürfen sich nicht wiederholen. Starke Schultern müssen mehr als schwächere tragen, aber alle müssen einen angemessenen Beitrag leisten. Auch bei der Integration der Asylsuchenden in Europa muss der Grundsatz der Solidarität gelten. Wir brauchen sofort eine gemeinschaftliche,

⁸⁷ https://www.etuc.org/sites/www.etuc.org/files/document/files/emergency_motion_refugees_trilingual.pdf (15.7.2016).

eine wirklich europäische Asylpolitik. Gewerkschaften können und werden dazu beitragen, dass Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, nicht als Billigkonkurrenz auf dem Arbeitsmarkt ein weiteres Mal vom Leben betrogen werden. [...] Wir, die europäischen Gewerkschaften, sind Akteure, die genau diese Solidarität mit organisieren können. Wir werden uns als europäische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht auseinanderdividieren lassen. Dafür steht der EGB. Der EGB kämpft auch weiterhin für ein soziales Europa. ‚Soziales Europa‘ ist nicht nur ein Schlagwort, es geht dabei um konkrete Politik. Die Sparprogramme verstärken die soziale Ungleichheit. Und wenn unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus Arbeitnehmerrechte, Umwelt-, Sozial- und Arbeitssicherheitsstandards unter die Räder kommen, dann sind die europäischen Gewerkschaften gefragt, das zu verteidigen, was sie sich erkämpft haben. Wenn die Bankenrettung einen höheren Stellenwert hat, als der Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit, ist auch das nicht sozial. Politikerinnen und Politiker reden von der Stärkung der sozialen Dimension Europas. Dass diese Dimension Realität wird, dafür wird das neue Team im EGB kämpfen. Europa ist sozial oder es ist gar nicht.“⁸⁸

Bei der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus können sich die Gewerkschaften auf die europäischen Grundrechte berufen und sich der Hilfestellungen der FRA bedienen. Sie können sich außerdem der Unterstützung durch den EGB gewiss sein, der sich auf die beiden Handlungsfelder konzentriert, die am Ende des vorstehenden Kapitels als vorrangig im Kampf gegen den Rechtsextremismus benannt werden, nämlich Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie Menschenrechte.

3.3 ALLGEMEINE HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Im Folgenden werden persönliche und berufliche Erfahrungen im Umgang mit Rechtsextremismus in Europa vorgestellt. Als Ergebnis von diversen Projekten und nationalen wie internationalen Konferenzen der Friedrich-Ebert-Stiftung entwickelte Nora Langenbacher folgende sieben Thesen zur Arbeit gegen Rechtsextremismus und für Demokratie in Europa:⁸⁹

⁸⁸ <http://www.dgb.de/themen/++co++869969da-62c5-11e5-80cf-52540023ef1a> (15.7.2016).

⁸⁹ Nora Langenbacher: Sieben Thesen zum Abschluss: Gemeinsam in Europa gegen rechts!, in: Dies./Britta Schelenberg (Hrsg.): Europa auf dem „rechten“ Weg? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin 2011, S. 335 ff. Im Internet: <http://library.fes.de/pdf-files/do/08337.pdf>.

- a) *„Effektive Politik und Arbeit für Demokratie in Europa gelingt nur durch europäische Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Akteure. Eine europäische Strategie gegen Rechtsextremismus ist überfällig!“*
Um die extreme Rechte effektiv zu bekämpfen, bedürfe es einer europapolitischen Strategie und eines abgestimmten und zusammenhängenden Vorgehens gegen alle Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in Europa.
- b) *„Mit Recht gegen rechts – Alle legalen und repressiven Mittel ausschöpfen!“*
Notwendig sei eine konsequente Verfolgung von rechtsextremen Straftaten seitens der zuständigen Behörden. Dabei sei ein einheitliches Vorgehen in Europa überfällig. Bei der Rechtsetzung sollten deutliche Zeichen gegen Diskriminierung und Ausgrenzung gesetzt werden.
- c) *„(Neue) Medien spielen eine zentrale Rolle im Kampf gegen rechts! Gefragt sind aufgeklärte Journalist/innen und Medienkompetenz.“*
Medien müssten ihre gesellschaftliche Verantwortung bei der Berichterstattung über Rechtsextremismus wahrnehmen. Das Internet solle verstärkt als „Gegenplattform“ für antirassistische Arbeit genutzt werden.
- d) *„Auf die Kommune kommt es an!“*
Da die Rechtsextremisten vor allem auf der kommunalen Ebene aktiv seien, müsste in erster Linie auch dort die bürgerschaftliche Gegenwehr erfolgen.
- e) *„Kultur und Sport sind wichtige und lohnende Felder der Arbeit für Demokratie!“*
Sportler, Schauspieler oder Musiker könnten durch öffentliches Engagement gegen Rechtsextremismus wichtige Vorbilder für Jugendliche sein.
- f) *„Minderheiten und Ausgegrenzte stärken und beteiligen – Antisemitismus, Islamophobie und Antiziganismus bekämpfen!“*
In Europa sollten Minderheitenrechte gestärkt, besondere Opferschutzprogramme eingerichtet und die Integrationsbedingungen von Migranten verbessert werden.
- g) *„Bildung – Europaweit Schutzfaktor Nr. 1.“*
Gute Bildung sei eine wichtige Barriere gegen rechtsextreme Einflüsse. Demokratische Normen und Werte sollten bereits in Kindergarten und Schule gelernt und auch praktiziert werden.

Als weiteres Beispiel werden Vorschläge von **Beate Winkler** dargelegt. Sie war von 1998 bis 2007 Direktorin der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Wien (EUMC) und von März bis Juli 2007 Kommissarische Direktorin der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA), der Nachfolgeorganisation der EUMC. Ihre langjährigen Erfahrungen fasste Winkler in einem Bericht zusammen, der acht Bereiche benennt, die laut ihrer Auffassung noch stärkeres Engagement und besondere Kreativität verdienen:⁹⁰

„Punkt 1: Wir brauchen einen Perspektivenwechsel: von Bedrohungsszenarien zu Zukunftschancen – Kulturelle Vielfalt sichert unsere Zukunft.“

Die EU sei aus ethischen, demographischen und wirtschaftlichen Gründen auf Zuwanderung angewiesen. Aber Migranten würden nach wie vor diskriminiert, und in vielen Mitgliedsstaaten sei ein Anstieg der rassistischen Gewalt zu verzeichnen. Die öffentlichen Diskurse über Migration und Integration blieben zu meist auf negative Erscheinungsformen beschränkt. Politik und Medien sollten die positiven Seiten der Einwanderung stärker vermitteln. Probleme sollten nicht verschwiegen werden, aber „Problemen und Chancen sollte zumindest gleicher Raum eingeräumt werden“.

„Punkt 2: Wir brauchen einen kompetenteren Umgang mit unseren Gefühlen, Projektionen, Vorurteilen – besonders mit Angst, Neid und Hass.“

Das Thema „multikulturelle Gesellschaft“ sei zutiefst von Projektionen, Ängsten und Vorurteilen geprägt. Das Bild, das die Menschen von Fremden hätten, sei wesentlich negativer als ihre persönlichen Erfahrungen mit Personen, die über einen Migrationshintergrund verfügten. Daher sei bei der Entwicklung von Konzepten gegen Rassismus immer auch der Umgang mit Fremdheit zu berücksichtigen.

„Punkt 3: Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen und Berufen etablieren – auch eine engere Kooperation mit den Medien.“

⁹⁰ Beate Winkler: Lösungen für die Zukunft: Europas vielfältige Gesellschaft im Wandel. Empfehlungen für Politik, Medien und Gesellschaft, Juli 2007. Im Internet: https://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&ved=0ahUKewiCv-vWu_vNAhXLXRoKHeidCoUQFggjMAA&url=http%3A%2F%2Fbeate-winkler.net%2Fdateien%2Floesungen-fuer-die-zukunft.pdf&usq=AFQjCNGDs5Fmm5s6DtSbZmQf7HvVtm7waQ&cad=rja (20.3.2016).

Da Immigration und Integration alle gesellschaftlichen Bereiche betreffen, sollte die Expertise der verschiedensten Lebens- und Berufsbereiche (Politik, Medien, Wissenschaft, NGOs, Migranten, Minderheiten) in Kommissionen, Beiräten oder auch auf „Integrationsgipfeln“ auf lokaler und nationaler Ebene zusammengeführt und effektiert werden. Dabei komme der Zusammenarbeit mit den Medien besondere Bedeutung zu, weil diese nicht nur informierten, sondern auch für heikle Probleme sensibilisieren könnten.

„Punkt 4: *In unseren Projektionen und Initiativen, Publikationen und öffentlichen Statements, müssen wir viel stärker ‚lösungsorientiert‘ arbeiten und argumentieren.“*

Es gehe nicht nur darum, Probleme zu identifizieren, sondern gleichermaßen darum, sie zu lösen. Es sei zu wenig gelungen, Beispiele für bewährte Praktiken („good practice“) zu ermitteln und europaweit zu implementieren. Aktives Einschreiten und nachhaltige Veränderungen seien geboten.

„Punkt 5: *Mehr Energie, Kreativität und Langfristigkeit für das Follow-up, um die Implementierung von Aktionsprogrammen, Vorschlägen und Empfehlungen zu verstärken.“*

Es läge zwar eine Fülle von Empfehlungen vor, erhebliche Defizite bestünden jedoch hinsichtlich ihrer Umsetzung. Daher sei eine regelmäßige Berichterstattung über den Praxisbezug und die Umsetzung von Empfehlungen nützlich.

„Punkt 6: *Mehr Partizipation und Beteiligung von Minderheiten, Migrantinnen und Migranten selbst in all unseren strategischen, konzeptionellen und demokratischen Prozessen.“*

Derartige Partizipationsmöglichkeiten böten auch die Chance, parallele Lebenswelten abzubauen und ganzen Gruppen das Gefühl von Zugehörigkeit zu vermitteln.

„Punkt 7: *Wir brauchen einen breiten öffentlichen Diskurs, zu welcher Gesellschaft wir uns entwickeln wollen – was unsere gesellschaftliche Identität sein soll.“*

Notwendig sei eine breite gesellschaftliche Debatte über Fragen der Einwanderung und Integration. Dabei seien auch weitere Ursachen für Fremdenangst (Globalisierung, Verlust des Arbeitsplatzes, Perspektivlosigkeit etc.) einzubeziehen. Die Probleme, die multikulturelle Gesellschaften mit sich brächten, sollten nicht verschwiegen werden. Es müsse aber vermittelt werden, dass wir aus wirtschaft-

lichen, politischen und kulturellen Gründen auf den Austausch mit Menschen anderer Kulturen angewiesen seien und dass es eine ethnisch oder kulturell homogene Gesellschaft in Europa nie gegeben habe. Gleichzeitig müsse verdeutlicht werden, dass die elementaren Werte und Normen unserer Gesellschaft über alle kulturellen Unterschiede hinweg verbindlich seien.

„Punkt 8: Wir brauchen eine gemeinsame ‚Vision‘ für unsere Gesellschaft, die das Recht des Einzelnen mit den Bedürfnissen nach einer gerechten, sozialen und auch mitfühlenden Gesellschaft in Einklang bringt – eine Menschenrechtskultur in der Europäischen Union, die im Alltag erfahren wird.“

3.4 MÖGLICHE HANDLUNGSFELDER

Auf einer Veranstaltung der Arbeiterkammer Wien, des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und der deutschen IG Metall im Dezember 2015 nannte der Sozialwissenschaftler Alexander Häußler folgende Handlungsansätze von Gewerkschaften gegen Rechtsextremismus ⁹¹:

- „Alternative Vorstellungswelten des Zusammenlebens diskutieren und anbieten;
- Gewerkschaftliche Werte wieder stärker thematisieren;
- Gewerkschaftsfeindliche Aussagen der Rechtspopulisten sammeln und veröffentlichen;
- Sozial prekäre ArbeitnehmerInnen gewerkschaftlich besser repräsentieren;
- Sozial gerechte Politik als beste Prävention gegen rechts.“

Wenn wir uns auch im Folgenden auf die Arbeitswelt konzentrieren, so ist doch festzuhalten, dass es sich bei der **Bekämpfung des Rechtsextremismus um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe** handelt, bei der keineswegs nur die Gewerkschaften gefordert sind und die sich auch nicht nur auf die Arbeitswelt bezieht. Das Engagement der Gewerkschaften muss sich auf ein breites Spektrum

⁹¹ Alexander Häußler, in: Rechte Politik in Europa oder Gefahr von Rechtsaußen. Gewerkschaften für ein offenes und solidarisches Europa. Dokumentation der Veranstaltung von 2. bis 4. Dezember 2015 im Bildungszentrum der Arbeiterkammer Wien, Wien: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 2016, S. 13. Im Internet: http://bildung.gpa-djp.at/files/2015/12/Dokumentationsbroschuere_Rechte_Politik_in_Europa_WEB-2.pdf (15.7.2016).

erstrecken, dass von globalen Zielen wie der Demokratisierung von Staat und Gesellschaft und der Schaffung von gerechten und humanen Arbeits- und Lebensbedingungen bis hin zu sehr konkreten Maßnahmen gegen den völkischen Nationalismus reicht. Dieses Engagement beinhaltet unter anderem

- die Beteiligung an Runden Tischen und breiten gesellschaftlichen Bündnissen wie z.B. dem Europäischen Netzwerk gegen Rassismus (ENAR)⁹²;
- die Beteiligung an zivilgesellschaftlichen Aktivitäten, beispielsweise gegen rechtsextreme Aufmärsche und Kundgebungen;
- die Durchführung von Kampagnen;
- Öffentlichkeitsarbeit (Plakate, Flugblätter, Broschüren, Offene Briefe, Info-Stände, Ausstellungen).

Betriebsratsinformationen

Betriebsratsinformationen sind eine gute Möglichkeit, um Rechtsextremismus zu thematisieren. Es folgt ein Text, den die Räte der Firma Honeywell im März 2012 anlässlich der „Internationalen Wochen gegen Rassismus“ an die MitarbeiterInnen gerichtet haben:

„Jetzt gibt es natürlich auch Probleme unter uns – auch entlang der Grenzen von Herkunft, Sprache, Religion, Geschlecht und Nationalität.

[...] Beim Zusammenarbeiten im Betrieb soll und muss das Gemeinsame wichtiger sein als das Trennende und Unterschiede. Mehr Respekt voreinander zu entwickeln und das kollegiale Miteinander weiter auszubauen. Das ist eine Aufgabe für alle, die hier arbeiten!

[...] Wir sollten das nicht nur im Betrieb miteinander ausbauen und weiterentwickeln, wir sollten das auch gemeinsam nach außen tragen.

[...] Jede Art von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus hat bei uns im Betrieb nichts zu suchen. Wir wollen eine Gesellschaft und Lebensverhältnisse in diesem Land, wo jede und jeder angstfrei leben kann.“⁹³

⁹² <http://enar-eu.org/>.

⁹³ Quelle: Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e.V. (Hrsg.): Rechtsextremen nicht auf den Leim gehen. Ein Ratgeber für den betrieblichen Alltag, Hamburg: Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg Januar 2013, S. 11. Im Internet: <https://hamburg.arbeitundleben.de/img/daten/D197241585.pdf> (7.3.2016).

3.5 GEGEN RASSISTISCHE DISKRIMINIERUNG IN DER ARBEITSWELT

Die Bekämpfung von ungerechtfertigter Ungleichbehandlung von Personen oder Gruppen ist im Wesentlichen aus drei Gründen geboten. Erstens geht es um die gerechte Verteilung von Gütern und Chancen als gesellschaftsgestaltende Zielvorstellung. Zweitens muss dem geltenden Recht Genüge getan werden. Drittens gilt eine Unternehmenskultur, die auf Gleichbehandlung, Vielfalt und Respekt setzt („Diversity“-Strategie), wirtschaftlich als vorteilhaft. Viele betriebliche Vereinbarungen

„betonen die Win-Win-Situationen, die ein partnerschaftlicher Umgang am Arbeitsplatz idealerweise bewirkt: geringere Kosten durch krankheitsbedingte Ausfälle, kreativitäts- und innovationsfreundliche Atmosphäre, weniger Kontrolle bei mehr Spielraum für die Beschäftigten. Mitunter nimmt man an, man könne zusätzliche Käuferschichten erreichen, indem man sich als Organisation weltoffen und tolerant präsentierte.“⁹⁴

„Den Betroffenen soll Mut gemacht werden, sich gegen derartige Angriffe zu Wehr zu setzen und Lösungen für die sie belastenden Situationen zu finden.“⁹⁵

(RoBocha)

Generell ist zwischen unmittelbarer und mittelbarer rassistischer Diskriminierung zu unterscheiden. **Unmittelbare** (direkte bzw. offene) **Benachteiligung** liegt vor, wenn eine Person wegen ihrer ethnischen Herkunft „eine weniger günstige Behandlung als eine Vergleichsperson erfährt, erfahren hat oder erfahren würde“. Bei **mittelbarer Benachteiligung** handelt es sich um scheinbar neutrale Regelungen, die sich besonders nachteilig auf Personen aus dem Kreis ethnischer Min-

⁹⁴ Detlef Ullenboom: Toleranz, Respekt und Kollegialität. Analyse und Handlungsempfehlungen. Reihe: Betriebs- und Dienstvereinbarungen, Frankfurt a. Main: Bund-Verlag 2012, S. 13.

⁹⁵ Volker RoBocha: Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit: Strategien, Bündnisse und Initiativen auf der betrieblichen Ebene, Friedrich-Ebert-Stiftung, Digitale Bibliothek 2000. Im Internet: <http://library.fes.de/fulltext/asfo/00659007.htm#E9E8> (13.7.2016).

derheiten auswirken. „Eine solche Benachteiligung ist dann unzulässig, wenn sie sich nicht sachlich rechtfertigen lässt.“⁹⁶

Beispiele für Diskriminierungen durch Vorgesetzte

„Beispiel 1:

Der Direktor des belgischen Garagentorherstellers „Feryn“ hatte öffentlich gesagt, dass er Monteure einstellen wolle, aber von einer bestimmten ethnischen Herkunft nicht, weil seine Kunden Bedenken hätten, sie während des Einbaus in ihre Wohnungen rein zu lassen. Der Europäische Gerichtshof urteilte, so eine öffentliche Äußerung begründet eine offensichtliche Diskriminierung bei der Einstellung.

Beispiel 2:

Der Personalmanager einer [...] Kosmetikartikel-Firma wurde entlassen, weil er sich der Anweisung des Geschäftsführers ‚Bitte stellen Sie keine Türcinnen mehr ein‘ widersetzte. Der Personalmanager klagte gegen diese Kündigung und bekam in zweiter Instanz Recht und eine Abfindung.“⁹⁷

Rassistische Diskriminierungen können im Betrieb oder der Dienststelle durch Vorgesetzte und durch Arbeitskolleginnen und -kollegen erfolgen.⁹⁸ Benachteiligungen durch Vorgesetzte stehen oft im Zusammenhang mit Arbeitsaufteilungen, Urlaubsgenehmigungen oder sogar Kündigungen. Rassistische Diskriminierungen werden von Vorgesetzten nicht selten verharmlost oder sogar ignoriert. Bei rassistischen Diskriminierungen unter den Beschäftigten handelt es sich zumeist um Belästigungen, also um Herabwürdigungen, Beleidigungen oder Kränkungen, über einen längeren Zeitraum hinweg.

⁹⁶ Strategien gegen rassistisches Mobbing und Diskriminierung im Betrieb. Handreichung für Betriebsräte und Gewerkschaften, 2. Aufl., Berlin: Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2015, S. 10 f. Im Internet: http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Handreichung-Betriebsraete/Handreichung-Betriebsraete.pdf?__blob=publicationFile (22.7.2016).

⁹⁷ Diskriminierung im Betrieb. Was kannst Du dagegen tun? Eine Handlungshilfe, hrsgg. v. IG Metall Vorstand, Ressort Jugendarbeit und -politik, Frankfurt a. Main 2008, S. 21. Im Internet: https://www.igmetall.de/docs_0147061_DISKRIMINIERUNG_2_0a3ca8f6373dc8843c96e870eb843376b3bf1614.pdf (1.10.2016).

⁹⁸ Dazu und zum Folgenden: Ebda., S. 12 ff.

Für die effektive Bekämpfung von (rassistischer) Diskriminierung werden drei Strategien genannt:⁹⁹

- „gleiche Behandlung zusichern“,
- „Ungleichheiten ausgleichen“ und
- „Ungleichheiten nicht entstehen lassen“.

Prävention, Intervention und Konfliktbearbeitung erfolgen laut RoBocha in fünf Bereichen. Diese sind:¹⁰⁰

- „das betriebliche Personal- und Sozialwesen, mit der Verhinderung von Diskriminierungen bei Einstellungen und Aufstieg sowie die Notwendigkeit, kulturelle und religiöse Unterschiede bei der Ausgestaltung von Einrichtungen zu berücksichtigen;
- die betriebliche Aus- und Fortbildung,
- das betriebliche Informationswesen,
- die Veränderung der Arbeitsorganisation und
- nicht zuletzt das Aktivwerden im betrieblichen Umfeld.“

Daraus lässt sich folgender **Katalog an möglichen Maßnahmen** der Gewerkschaften gegen rassistische Diskriminierung in der Arbeitswelt ableiten:

a) Den Arbeitgeber in die Pflicht nehmen:

(zu Betriebsvereinbarungen siehe Abschnitt 3.7)

- diskriminierungsfreie Unternehmenskultur herstellen, Verhaltensregeln aufstellen;
- paritätische Ausschüsse für Migration, Integration und Gleichstellung sowie Beschwerdestellen einrichten;
- anonymisierte Bewerbungsverfahren durchführen;¹⁰¹
- ausländische Qualifikationen und Bildungsabschlüsse anerkennen;
- in die Berufsausbildung Lernziele wie Vielfalt, Respekt, Gleichbehandlung etc. integrieren.

⁹⁹ Lena Hipp: Ungleichheiten und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 66. Jg. (2016), Nr. 9, S. 45 ff.

¹⁰⁰ RoBocha (Anm. 95).

¹⁰¹ Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Hrsg.): Pilotprojekt „Anonymisierte Bewerbungsverfahren“ – Abschlussbericht, Berlin 2012. Im Internet: http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/AnonymBewerbung/Abschlussbericht-anonymisierte-bewerbungsverfahren-20120417.pdf?__blob=publicationFile (15.7.2016).

b) Förderung der Integration von Beschäftigten mit Migrationshintergrund bzw. aus ethnischen Minderheiten:

- Information, Beratung und Unterstützung von Betroffenen in Diskriminierungsfällen;
- Bearbeitung bzw. Schlichtung von Konflikten;
- Entfernen von rassistischen Beschmierungen (etwa auf der Toilette);
- bei Wahlen zu Arbeitnehmervertretungen Kandidatenaufstellung nach Reißverschlussprinzip;
- Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen auf diskriminierende Regelungen durchsehen;
- Stellenausschreibungen auf diskriminierende Formulierungen überprüfen.

c) Förderung des gegenseitigen Verständnisses von einheimischen und ausländischen Arbeitnehmern:

- Erarbeitung von innerbetrieblichen Gleichstellungsberichten;
- Berichterstattung über Diskriminierungen, Problemlösungen und beispielhafte Praxis auf Betriebsversammlungen;
- Schulungen, Fortbildungen und spezielle Argumentationstrainings für Gewerkschaftsmitglieder und insbesondere Multiplikatoren anbieten;
- antirassistische und interkulturelle Bildungsarbeit für alle Beschäftigten durchführen; Argumentationsmuster gegen völkisch-nationalistische Ideologien, Programme und Forderungen entwickeln und entsprechende Handreichungen zur Verfügung stellen;
- durch geeignete Formen der Öffentlichkeitsarbeit über Werte und Ziele der Gewerkschaften aufklären und für einen verständnisvollen Umgang mit Flüchtlingen und Asylsuchenden werben;
- Vernetzung von Betrieben/Unternehmen, Berufsbildungseinrichtungen, staatlichen und kommunalen Verwaltungen, Arbeitsämtern, Kammern, zivilgesellschaftlichen Akteuren usw.

Bei der Durchführung von Maßnahmen gegen rassistische Diskriminierungen in der Arbeitswelt können sich die Gewerkschaften auch auf die Vereinbarungen der europäischen Sozialpartner in der „Florenzer Erklärung“ berufen, die im Folgenden dargestellt wird.

3.6 DIE „FLORENZER ERKLÄRUNG“

Für den Bereich der EU haben sich die Sozialpartner in der „Florenzer Erklärung“ verständigt, **gemeinsam an der Verhinderung bzw. Beseitigung von Benachteiligungen aufgrund der ethnischen Herkunft einer Person mitzuwirken**. Im Oktober 1995 unterzeichneten der EGB, der Europäische Industrieverband (UNIC) und das Europäische Zentrum von Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung (CEEP) in Florenz die „Gemeinsame Erklärung über die Verhütung von Rassendiskriminierung und Fremdenfeindlichkeit sowie Förderung von Gleichbehandlung am Arbeitsplatz“¹⁰². Unter anderem wurden folgende Prinzipien vereinbart:

- *„Bei Beschäftigung und Ausbildung darf niemand wegen seiner tatsächlichen oder vermeintlichen Rasse, Religion, ethnischen oder nationalen Zugehörigkeit oder Hautfarbe schlechter behandelt werden.“*

„HANDLUNGSFELD BETRIEB

Im Betrieb geht es vor allem darum, Strategien zu entwickeln, die Rechtspopulismus und Rechtsextremismus entgegenwirken.

Lösungsansätze und Beispiele:

- **Basisstrukturen vor Ort stärken:** Es braucht stabile Strukturen für engagierte Personen und AktivistInnen im Betrieb.
- **Klare Sprache sprechen:** Gegenerzählungen zu rechtspopulistischen Äußerungen müssen in einer klaren Sprache in die Betriebe gebracht werden.
- **Trauen und Vertrauen stärken:** Häufig herrscht Unsicherheit, welcher Meinung das Gegenüber ist. Daher ist es wichtig, Vertrauen zu stärken und sich zu trauen, seine Meinung zu äußern. [...]
- **Aufgaben und Ziele der Gewerkschaften** diskutieren.
- **Bewusstsein für Geschichte** stärken.
- **Beschäftigte ‚abholen‘:** Welche Themen bewegen die Beschäftigten? Wo stehen sie? Dort müssen sie abgeholt werden.
- **Neues ausprobieren:** Z. B. wurde in einem Betrieb die Patenschaft für Flüchtlinge übernommen und ein gemeinsames Weihnachtspunschtrinken im Betrieb veranstaltet. Über die Nähe ergeben sich neue Diskussionsmöglichkeiten und Erfahrungen.

¹⁰² http://www.migration-online.de/data/modul_8_florenzer_erklärung.pdf (29.9.2016).

- **Neue Räume für vertiefende Diskussionen erschließen:** Diskussionen über Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Betrieben sind mit Ängsten verbunden. Es braucht Räume, die offene und vertiefende Diskussionen ermöglichen.
- **„Kulturelle“ Konflikte verständlich machen:** In Betrieben mit hohem Anteil an MigrantInnen kommt es manchmal zu interkulturellen Konflikten. Häufig sind diese für deutsche Kollegen und Kolleginnen nicht nachvollziehbar. Das erzeugt Unsicherheit und schürt populistische Ansichten. Es braucht Strategien, um komplexe Themen abseits des Populismus verständlich zu machen.“¹⁰³

- *Niemand darf durch ungerechte Praktiken benachteiligt werden, auch nicht durch versteckte Diskriminierung, die, auch wenn sie alle Personen in einer Organisation betrifft, Angehörige einer bestimmten ethnischen Gruppe unverhältnismäßig stark benachteiligt.*
- *Jeder muss über die Verfahren zur Bekämpfung der Diskriminierung Bescheid wissen und niemandem dürfen Nachteile daraus erwachsen, dass er sich über Rassendiskriminierung beschwert.*
- *Angehörige rassischer, ethnischer oder nationaler Minderheiten, die Rassendiskriminierung oder Benachteiligung ausgesetzt waren, müssen, wenn dies möglich ist, eine Ausbildung oder eine entsprechende Förderung erhalten, um sich unter gleichen Voraussetzungen wie andere für einen Arbeitsplatz oder eine Beförderung bewerben zu können.“*

Dabei könne es sich als besonders nützlich erweisen, eine Person innerhalb des Unternehmens bzw. der Behörde mit der Überwachung der vereinbarten Maßnahmen zu beauftragen. Außerdem sei es nützlich, Vertreter der Arbeitnehmer, der ethnischen Minderheiten und des Betriebsrats in die Ausarbeitung und Anwendung der Maßnahmen einzubeziehen und einen detaillierten Aktionsplan auszuarbeiten, der auch Angaben darüber enthalte, wie die Ergebnisse der Maßnahmen zu beurteilen seien.

¹⁰³ Rechte Politik in Europa (Anm. 91), S. 25.

Im Einzelnen enthält die „Florenzer Erklärung“ folgende Empfehlungen:

- Um Diskriminierungen bei Einstellungsverfahren vorzubeugen, sollte in Stellenanzeigen ausdrücklich erwähnt werden, dass sich das Unternehmen oder die Behörde zur Wahrung der Chancengleichheit verpflichtet hat.
- Im Ausland erworbene Qualifikationen und Erfahrungen sollten so weit wie möglich anerkannt werden.
- Bei hinreichendem Bedarf könnte es sinnvoll sein, berufsvorbereitende Ausbildungslehrgänge, Praktika oder Sprachkurse für ethnische oder nationale Minderheiten zu organisieren, um sie auf Auswahltests und Einstellungsgespräche vorzubereiten.
- Erforderlichenfalls sollten Betriebsleiter und Entscheidungsträger, darunter für Einstellungen, Arbeitszuweisungen oder Disziplinarverfahren zuständige Führungskräfte, durch eine entsprechende Ausbildung dafür sensibilisiert werden, Chancengleichheit und Gleichbehandlung zu praktizieren.

Definition rassistische Diskriminierung laut der „Florenzer Erklärung“:

„Zu verstehen ist darunter jede Andersbehandlung, Ausgrenzung, Benachteiligung oder Bevorzugung wegen der tatsächlichen oder vermeintlichen Rasse, Religion, ethnischen oder nationalen Zugehörigkeit oder Hautfarbe eines Menschen mit der Folge, dass die Gleichbehandlung bei der Einstellung oder bei der Arbeit zunichte gemacht oder beeinträchtigt wird. Dazu gehört die unmittelbare Diskriminierung, d. h. die Benachteiligung eines Menschen wegen seiner tatsächlichen oder vermeintlichen Rasse, Religion, ethnischen oder nationalen Herkunft oder Hautfarbe. Dazu gehört aber auch die mittelbare Diskriminierung, das sind unberechtigte Praktiken, die zwar für alle gelten, sich aber auf diese Personen besonders negativ auswirken.“

Zum Umgang mit Diskriminierung wurde Folgendes beschlossen:

- *„Für eine wirksame Bekämpfung der Rassendiskriminierung kann es sich als erforderlich erweisen, formelle Verfahren einzuführen, um Beschwerdeführende und diejenigen, gegen die Beschwerden vorgebracht werden, zu schützen. Die Unternehmen und Organisationen sollten sicherstellen, dass diese Verfahren von Führungskräften und Beschäftigten auf allen Ebenen gekannt und verstanden werden. Erforderlichenfalls sind bestimmte Verhaltensweisen in der Disziplinarordnung ausdrücklich zu verbieten.“*

- *Diskriminierende Handlungen, Rassendiskriminierung hervorrufende Druckausübung oder Verhaltensweisen, Beschimpfungen und Belästigungen sowie Schikanie von diskriminierten Personen müssen als schwere Verletzung der Disziplinarordnung angesehen werden.*
- *Die Betriebsleiter müssen sich der verschiedenen Arten von Diskriminierung und der Kränkung bewusst sein, die bestimmte Handlungen bedeuten können.*
- *Betriebsleiter müssen, wenn sie Disziplinarmaßnahmen gegen einen Arbeitnehmer ins Auge fassen, zunächst prüfen, ob rassistisch begründete Provokationen, Kommunikationsschwierigkeiten oder kulturelle Unterschiede dessen Verhalten beeinflusst haben könnten.“*

3.7 BETRIEBSVEREINBARUNGEN

Die rechtliche Gleichstellung aller Beschäftigten unabhängig von ihrer nationalen bzw. ethnischen Herkunft und ihrer Religion ist zwar weitgehend gesetzlich vorgegeben. Hinsichtlich der Gleichbehandlung in der Arbeitswelt bestehen aber noch erhebliche Defizite. Die „Florenzer Erklärung“ sieht partnerschaftliche Vereinbarungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zum Umgang mit rassistischer Diskriminierung vor. Bei Betriebsvereinbarungen¹⁰⁴ handelt es sich um freiwillig geschlossene Verträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die für alle Beschäftigten des Betriebs bzw. der Dienststelle verbindlich sind.¹⁰⁵

„Vereinbarungen gegen Diskriminierung stärken die Position ausländischer Arbeitnehmender. Sie bieten einen erweiterten Rahmen, sich für Chancengleichheit einzusetzen. Sie eröffnen darüber hinaus Unternehmen die Chance – auch vor dem Hintergrund einer zunehmend globalisierten Welt – sich öffentlich zu engagieren und das aus der Vielfalt der Beschäftigten erwachsende Potenzial zu nutzen.“

¹⁰⁴ Im öffentlichen Dienst: Dienstvereinbarungen.

¹⁰⁵ Semiha Akin/Michaela Dälken/Leo Monz: Integration von Beschäftigten ausländischer Herkunft. Analyse und Handlungsempfehlungen. Reihe: Betriebs- und Dienstvereinbarungen, Frankfurt a. Main: Bund-Verlag 2004, S. 10.

In den Mitgliedsstaaten der EU gibt es bisher kaum Erfahrungen mit der praktischen Umsetzung von Betriebsvereinbarungen. In Deutschland unterhält die Hans-Böckler-Stiftung, die gemeinnützige Stiftung des DGB, das „**Archiv Betriebliche Vereinbarungen**“¹⁰⁶. Es enthält mehr als 16.000 Betriebs- und Dienstvereinbarungen zu allen Themen. Ziel dieses Internetangebots ist es, die „betriebliche Regelungspraxis abzubilden, Trends aufzuzeigen, Gestaltungshinweise zu geben und damit konkrete Handlungsunterstützung für betriebliche Interessenvertretungen anzubieten“. Das Internetangebot enthält vorbildliche Suchfunktionen und bietet interessante Fallstudien, Trendberichte und Forschungsergebnisse. Obwohl es sich bei den dokumentierten Vereinbarungen um Vereinbarungen von Betrieben handelt, die in Deutschland angesiedelt sind, enthält die Datenbank eine Fülle von Informationen, die als Hilfen und Anregungen für entsprechende Abkommen in anderen Ländern dienen könnten.

Betriebsvereinbarungen sollten sich generell auf folgende **Regelungsbereiche** beziehen:¹⁰⁷

- Grundsätze/Ziele
- Geltungsbereich/Begriffsbestimmungen
- Verfahren bei Verstoß gegen die Inhalte der Vereinbarung
- Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit
- Maßnahmen zur Förderung von antidiskriminierendem Verhalten in der Berufsausbildung
- Umsetzung
- Schlussbestimmungen

Ein ausführliches Gestaltungsraster findet sich am Ende dieses Abschnitts. Zuvor sei noch darauf hingewiesen, dass mit der Unterschrift unter eine Betriebsvereinbarung nur der erste Schritt gemacht ist:

¹⁰⁶ http://www.boeckler.de/index_betriebsvereinbarung.htm.

¹⁰⁷ DGB Bildungswerk – Bereich Migration & Qualifizierung: Module für Chancengleichheit und gegen Diskriminierung, Modul 14: Betriebsvereinbarungen für Chancengleichheit. Im Internet: http://www.migration-online.de/beitrag_aWQ9NjczNQ_.html (1.10.2016).

„Allerdings stellt der Abschluss nur eine erste Maßnahme dar: zentral ist die Umsetzung der Vereinbarung. Dabei ist die Entstehung einer offenen Gesprächskultur von großer Bedeutung. Chancengleichheit und Antidiskriminierung müssen immer wieder als Thema eingebracht werden und Teil der Alltagskultur werden.“¹⁰⁸

Detlef Ullenboom:

Gestaltungsraster für Betriebs- und Dienstvereinbarungen

Thema Toleranz, Respekt und Kollegialität¹⁰⁹

„Dieser Stichpunktekatalog bietet umfangreiche Hinweise für die Gestaltung von Betriebs- und Dienstvereinbarungen zum Thema. Die Liste enthält die unterschiedlichen Gesichtspunkte, die bei der Regelung und Organisation zu berücksichtigen sind. Es handelt sich dabei nicht um ein geschlossenes Muster zur unmittelbaren Anwendung, sondern um einen Gesamtkatalog von Vorschlägen. So können weiterführende eigene Überlegungen angestellt und die individuellen betrieblichen Belange berücksichtigt werden.

Einführung/Präambel/Gegenstand und Ziele

- Beschreibung der Ziele: Gleichbehandlung, Partnerschaft, angemessener sozialer Umgang, positives Arbeitsklima, kollegiales Verhalten, Unternehmenskultur, Vielfalt, Gesundheitsschutz, Kundenbindung bzw. -gewinnung, Patientenschutz, Schutz vor Schadensersatzklagen, Nutzung aller betrieblichen Ressourcen, Atmosphäre gegenseitiger Anerkennung, Respekt, Achtung anderer kultureller Gepflogenheiten etc.
- Definition der sehr unterschiedlichen Aspekte, z. B. partnerschaftliches Verhalten, Diskriminierung, sexuelle Belästigung, Mobbing, Gleichstellung, Konflikt, Chancengleichheit, Compliance
- Hintergrund/Begründung der geplanten Maßnahme(n)

Geltungsbereich

- personell: alle Beschäftigten, leitende Angestellte, Auszubildende, Leiharbeitskräfte, Praktikanten, Beschäftigte von im Unternehmen tätigen Fremdfirmen, Kunden
- räumlich: bestimmte Betriebe oder Betriebsteile bzw. Standorte, gesamter Konzern/ Unternehmen
- besondere Personengruppen: nichtdeutsche Auszubildende, Schwerbehinderte, Personen mit Migrationshintergrund
- Begründung der jeweiligen Festlegung

¹⁰⁸ Akin/Dälken/Monz (Anm. 105), S. 59.

¹⁰⁹ Ullenboom (Anm. 94), S. 127 ff.

Regelungsthemen

- Mobbing, Diskriminierung und sexuelle Belästigung vermeiden, d. h. kollegiale, vertrauensvolle Unternehmenskultur stärken
- Organisationsentwicklung (Unternehmenskultur, Leitbild), Personalentwicklung (Erhöhung des Anteils bestimmter Beschäftigtengruppen) und Kompetenzerwerb (Konfliktbearbeitung, Mediation) fördern
- fair streiten, Konflikte produktiv nutzen (für Innovationen), unmittelbare Arbeitsbedingungen verbessern, z. B. durch Verringerung von stressbelasteten Situationen
- Gleichstellung, Integration, Chancengleichheit fördern, z. B. Stellen in verschiedenen Sprachen ausschreiben, Abschlüsse anerkennen (z. B. von Migranten), Frauenförderpläne entwickeln
- Ausbildung/Ausbildungsaktivität ausweiten: z. B. Bewerberinnen und Bewerber ansprechen, Auszubildende sensibilisieren; das Thema Partnerschaftliches Verhalten in der Ausbildung behandeln/verankern
- Fort- und Weiterbildung intensivieren und ausweiten (Zugang, Methoden)
- Belegschaft informieren und aufklären, z. B. in Betriebsversammlungen und Seminaren; Rolle von Vorgesetzten, Auszubildenden, Kollegen in Konflikten klären; Rechte und Pflichten erläutern
- Mediation, Supervision anbieten für Mobbing-/Konfliktbeauftragte, Betriebsräte
- Belegschaft und Betriebsräte sensibilisieren für Formen von Ungleichheit, etwa durch Seminare, Informationsveranstaltungen
- auf Beschwerderecht hinweisen und erläutern; Stufen der Beschwerdeführung, Hinweis auf Gesetze und weitere Vereinbarungen
- Anlaufstellen einrichten und stärken bzw. bekannt machen: gemeinsame Kommissionen, Mediatoren, Ansprechpersonen, Konfliktbeauftragte/-lotsen, Frauenbeauftragte, Personalabteilung etc.
- (abgestufte) Sanktionen definieren: Belehrung, Verweis, Versetzung, Abmahnung, Kündigung, Geldstrafe
- Monitoring: Berichtswesen, Evaluation, Erfolgskontrolle; Zeitpunkte festlegen, Fortschritte prüfen und ggf. neue Ziele setzen, Fehlentwicklungen erkennen
- Laufzeit der Vereinbarung festlegen, Anpassung/Weiterentwicklung nach Testphase
- an die erforderliche Akzeptanz aller Belegschaftsmitglieder erinnern

Rahmenbedingungen

- hinweisen auf andere Vereinbarungen, die im Zusammenhang mit der aktuellen Regelung stehen
- hinweisen auf rechtliche/tarifliche Bedingungen
- Formales: Vereinbarung bekannt machen, ggf. in die im Unternehmen gebräuchlichen Sprachen übersetzen, Inkrafttreten, Befristung, Kündigung, Nachwirkung, saluatorische Klausel

Beteiligung

- Mitwirkungsrechte (Informations-, Anhörungs-, Beratungs-, Einsichts-, Teilnahme-, Initiativ-, Zustimmungsrechte) der Interessenvertretung benennen: Wie erhält der Betriebsrat Informationen? Wann hat er ein Recht auf Akteneinsicht? Wann muss die Geschäftsführung das Einverständnis der Interessenvertretung einholen?
- gemeinsame Kommissionen (mit Personalabteilung) einrichten, die möglichst auch präventiv arbeiten, Austausch mit der Personalabteilung
- Initiativen der JAV [Jugend- und Auszubildendenvertretung] einfordern und aufnehmen
- Berichte der verschiedenen Beauftragten, Schlichtungsstellen und ähnlicher Gremien auswerten
- Beteiligung und Beratung betroffener Personengruppen (Ablauf Beschwerdeverfahren)“

3.8 GEWERKSCHAFTLICHE BILDUNGSARBEIT GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Die bisher genannten Anregungen für die gewerkschaftliche Praxis gegen völkischen Nationalismus in der Arbeitswelt sollten in eine möglichst kontinuierliche und umfassende Bildungsarbeit eingebettet sein, welche die notwendigen Kenntnisse für den Umgang mit dem Rechtsextremismus vermittelt. Aus den vorstehenden Kapiteln 1 (Ursachen) und 2 (Ziele) ergeben sich – unabhängig von Lernformen und Lernmethoden – zwei grundlegende Lernziele für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit:

- Das Wesen des Rechtsextremismus verstehen!
- Die Ursachen für die Erfolge des Rechtsextremismus erkennen!

Gewerkschaftliche Bildung sollte aber nicht nur Wissen und Problembewusstsein vermitteln, sie sollte auch **Verhaltensänderungen** bewirken, insbesondere die Ertüchtigung für demokratische Partizipation:

„Gewerkschaftliche Bildung ist immer politische Bildung. Sie schafft die Basis für aktives Auftreten gegen menschenverachtende Ideologien und Weltanschauungen. Es ist unsere Aufgabe, den TeilnehmerInnen unserer Seminare demokratische Werte zu vermitteln und sie dabei zu unterstützen,

selbstbewusste und mündige GewerkschafterInnen zu werden, die ihre Interessen gemeinsam mit anderen zu vertreten bereit sind.“¹¹⁰

Unter Werten versteht man ganz allgemein Vorstellungen von einer wünschenswerten Gesellschaft. Dass diese Vorstellungen den gängigen demokratischen und menschenrechtlichen Standards entsprechen und mithin auch kulturelle und ethnische Vielfalt einschließen, ist aus gewerkschaftlicher Sicht unabdingbar, aber noch keineswegs in allen Mitgliedsstaaten der EU in vollem Umfang gegeben.

Nicht-rassistische Bildungsarbeit¹¹¹

„Warum? Unsere Ziele

Für Gerechtigkeit und Gleichstellung – Analyse der Verhältnisse, um sie zu verändern.

Wir analysieren die Gesellschaft, um sie zu verändern. Gerechtigkeit und Gleichstellung sind dabei unsere Leitgedanken.

Rassismus und Antisemitismus sind nicht das Ergebnis von individuellen Vorurteilen, sondern vor allem von einer Realität der Ungleichheit, die unsere Gesellschaft schon lange wie selbstverständlich durchzieht. Wir wollen Rassismus nicht individualisieren oder psychologisieren, sondern Einstellungen und Erfahrungen in ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang analysieren. Dafür nehmen wir die Strukturen der Gesellschaft, des Staates und der Ökonomie in den Blick.

Eine andere Welt ist möglich!

Wir beharren darauf, dass nichts bleiben muss, wie es ist. Wir sehen das Interesse an Seminaren als Interesse, mehr von der Welt zu verstehen und darin handlungsfähiger zu werden. Wir bauen auf die Entfaltung sozialer und politischer Kreativität der/des Einzelnen, um das Mögliche zu entwickeln. Wir wollen die Phantasie und das utopische Denken anregen und die Hartnäckigkeit fördern, Wünsche und Ideen in die Praxis zu überführen.

Rassismus durchzieht alle gesellschaftlichen Bereiche, und so lassen sich Interventionsmöglichkeiten in allen Wirkungsfeldern entwickeln – auch ohne Spezialistin zu sein. Überall, wo es Rassismus gibt, kann auch dagegen gehandelt werden. Bildung spielt eine wichtige Rolle dafür, wie Menschen die Welt und ihren Platz darin interpretieren und in welche Richtung sie diese verändern wollen.“

¹¹⁰ Ulrike Obermayr in: Rechte Politik in Europa (Anm. 112), S. 8.

¹¹¹ DGB-Bildungswerk Thüringen: Baustein zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit, A. Einführung: Idee, Hintergrund, Konzeption – Unser Konzept. Im Internet: <http://www.baustein.dgb-bwt.de/A/UnserKonzept.html> (10.10.2016).

Die Wertvorstellungen der Gewerkschaften reichen aber noch darüber hinaus, indem sie sich auch auf wirtschaftliche, soziale und ökologische Themen beziehen. Die gesellschaftsgestaltenden Zielvorstellungen der Gewerkschaften richten sich also nicht nur gegen den Rechtsextremismus, sondern auch gegen den Rechtskonservatismus.

Lernziel: Das Wesen des Rechtsextremismus verstehen!

Die Aufgabe der gewerkschaftlichen Bildung darf sich nicht darin erschöpfen, über die verschiedenen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus zu informieren, seine Programme und Ziele zu kritisieren und den Umgang mit rechtsextremen Äußerungen zu trainieren. Gerade auch in der alltäglichen Auseinandersetzung muss immer wieder herausgearbeitet werden, dass es sich beim Rechtsextremismus um eine essentielle Bedrohung der Demokratie handelt. Der völkische Nationalismus stellt nämlich einen massiven Angriff auf den Humanismus dar. Es geht um einen Konflikt zwischen zwei konträren Wertesystemen: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gegen Nationalismus, Ethnozentrismus und Autoritarismus. In der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus verteidigen die Gewerkschaften also ihr eigenes Wertesystem und damit auch ihre Existenzgrundlage.

Lernziel: Die Ursachen für die Erfolge des Rechtsextremismus erkennen!

Der Rechtsextremismus profitiert von Krisen- bzw. Umbruchsituationen ökonomischer und/oder politischer Art. In derartigen Situationen nehmen Unzufriedenheit und Unsicherheit in der Bevölkerung verständlicherweise zu und es entwickeln sich kollektive Ängste. Der Rechtsextremismus instrumentalisiert diese Ängste für seine Zwecke, indem er die bestehenden Probleme dramatisiert und die Ängste auf diese Weise verstärkt. Er verbreitet durch krude Wirklichkeitsverzerrung Endzeitstimmungen („Untergang des Abendlandes“), präsentiert Verantwortliche für die angeblich katastrophalen Verhältnisse und ernennt sich dann selbst zum Retter des Volkes aus allerhöchster Not.

Aus einem Bericht über eine internationale Tagung der IG Metall zu Rechtsextremismus in Europa:

„In der Diskussion wurde aber auch darauf verwiesen, dass eine rein ökonomische Betrachtungsweise nicht reiche, um den europäischen Zusammenhalt zu fördern. Ein nachhaltiger Zusammenhalt bedürfe geteilter Ideen wie Freiheit, Frieden, Antirassismus und Menschenrechte. Diese Ideen müssten v.a. über Bildungsarbeit vermittelt werden. Insgesamt fehle Europa aber eine Grundidee. Insbesondere junge Menschen in den mittelost-europäischen Staaten hätten den Glauben an eine europäische Wertegemeinschaft verloren und sehen sie in erster Linie als Interessengemeinschaft bzw. als Wertegemeinschaft des Westens. Vor dem Hintergrund dessen, dass die europäische Linke insgesamt liberaler geworden sei, bietet dies den rechten Parteien die Möglichkeit, die Wertelücke für sich zu nutzen.“¹¹²

Die Erfolge des Rechtsextremismus beruhen auch darauf, dass er sich auf die Sorgen und Nöte der Bevölkerung bezieht. Daher muss eine wichtige Aufgabe der gewerkschaftlichen Bildung darin bestehen, die tatsächlichen Absichten des Rechtsextremismus aufzudecken. Insbesondere müssen folgende vier Merkmale seiner Agitation beachtet werden:

- Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus wird dadurch erschwert, dass die **Krisen- bzw. Umbruchsituationen tatsächlich existieren und dass der Rechtsextremismus die Ängste nicht erfindet, sondern sie vorfindet und sich ihrer bedient**. Derartige Ängste müssen unbedingt ernstgenommen werden, sei es in gewerkschaftlichen Seminaren, in Gesprächen am Arbeitsplatz oder in Betriebsversammlungen. Denn Angst ist eine prinzipiell vernünftige Reaktion auf aktuelle oder potenzielle Gefahren. Personen, die sich – zu Recht oder zu Unrecht – durch Arbeitslosigkeit, sozialen Abstieg, Kriminalität, Zuwanderung etc. bedroht fühlen, müssen diese Gefühle auch in einem repressionsfreien Klima artikulieren können. Entscheidend ist, dass die Gewerkschaften Problemlösungen entlang ihrer eigenen Wertvorstellungen anbieten und die völkisch-nationalistischen Angebote des Rechtsextremismus konsequent ablehnen.

¹¹² Rechte Politik in Europa. Tagungsdokumentation 06. bis 08.08.2014 in Essen, hrsgg. v. IG Metall Vorstand und dem Fachbereich Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Frankfurt a. Main 2014, S. 18 f.

- **Die Angebote des Rechtsextremismus verfügen wegen ihrer Schlichkeit bei Teilen der Bevölkerung und auch unter Gewerkschaftsmitgliedern über eine gewisse Attraktivität.** Rechtsextremisten verführen ihr Publikum mit einfachen Lösungen für komplizierte Probleme. So malen sie mit ihrer Propaganda für eine ethnisch homogene Volksgemeinschaft das Bild einer organisch gewachsenen Vereinigung von Menschen, in der alle schicksalhaft miteinander verbunden sind und harmonisch an einem Strang ziehen. Daraus leitet sich das Freund-Feind-Denken ab, das wiederum die Grundlage für Diskriminierung, Ausgrenzung und Abwertung ist. Mit diesem Weltbild sollen die Bürger davon überzeugt werden, dass nur der völkische Nationalismus imstande ist, in Krisen- und Umbruchzeiten Sicherheit, Ordnung und Orientierung zu gewährleisten. Gewerkschaftliche Bildungsarbeit muss dieses wirklichkeitsfremde Zerrbild als antidemokratisch entlarven. Denn der Rechtsextremismus bestreitet, dass es sich bei modernen Gesellschaften um komplexe Systeme mit differenzierten Sozialstrukturen, Interessengegensätzen und Konfliktlinien handelt. Daher richtet er sich mit seiner Gemeinschaftsideologie auch gegen den Pluralismus von Parteien, Verbänden, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Initiativen. Einmal mehr wird deutlich, dass das Engagement der Gewerkschaften gegen den Rechtsextremismus letztlich auch der Sicherung der eigenen Existenz dient.
- **Die Kritik des Rechtsextremismus an den bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen ist nicht immer völlig abwegig.** Dass der Rechtsextremismus seinen völkischen Nationalismus mit Kapitalismus- und Globalisierungskritik verbindet und dabei auch Fragen der sozialen Gerechtigkeit und Sicherheit thematisiert, wurde bereits mehrfach erwähnt. Dass sich diese Kritik vor allem auf das „raffende Kapital“, also auf das angeblich in jüdischer Hand befindliche und die Existenz der Nationalstaaten bedrohende Finanzkapital bezieht, muss in der gewerkschaftlichen Bildung herausgearbeitet werden. Zugleich ist zu verdeutlichen, wie die globalen Kapitalbewegungen nach Auffassung der internationalen Gewerkschaftsbewegung so kanalisiert und kontrolliert werden könnten, dass die staatlichen bzw. politischen Institutionen wieder an Vertrauen gewinnen.
- Dies leitet zu der Tatsache über, **dass die Kritik am politischen Establishment besonders populär ist und weit über den Wirkungsbereich des Rechtsextremismus (und auch des Rechtskonservatismus) hinaus**

reicht. Der Rechtsextremismus präsentiert sich nachgerade als Sachwalter demokratischer Verhältnisse, indem er die Abgehobenheit, die Machtversessenheit und den Egoismus der politischen Klasse sowie die Allmacht der Parteien anprangert und sich für direkte Demokratie in allen politischen Bereichen ausspricht. Es ist Aufgabe der gewerkschaftlichen Bildung, dieses Täuschungsmanöver zu entlarven. Denn in Wirklichkeit huldigt der Rechtsextremismus dem antiquierten Modell eines autoritären politischen Systems, das nur Volk und Staat kennt, wobei das Volk allenfalls durch Abstimmungen unmittelbar auf die staatliche Politik Einfluss nehmen kann. Entwickelte Demokratien sind dagegen durch ein intermediäres System gekennzeichnet, welches aus Verbänden, Interessengruppen, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Initiativen besteht, und welches die Konfliktstrukturen und Interessengegensätze moderner Gesellschaften abbildet und die unterschiedlichen Positionen und Anliegen in einem letztlich auf Parlament und Regierung ausgerichteten Willensbildungsprozess aggregiert. Nach Auffassung des Rechtsextremismus behindern die intermediären Institutionen jedoch die Stabilität und Kontinuität staatlichen Handelns und widersprechen damit seiner Vision von einem nach innen und außen starken Staat. In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen, dass die Forderung nach mehr direkter Demokratie nicht etwa auf die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft zielt, sondern allein der Verbesserung der eigenen Machtchancen dient: Indem der Rechtsextremismus die etablierten Parteien anklagt und ihre angebliche Allmacht durch Volksabstimmungen einzudämmen droht, will er vor allem seine Konkurrenten im Parteienwettbewerb schwächen.

„Die großen Gewerkschaften in Europa bekennen sich zur europäischen Union. Alle sind sich bewusst, dass ein Scheitern der EU die vorhandenen wirtschaftlichen Probleme maximieren und negative Auswirkungen auf Arbeitsplätze und Beschäftigungsbedingungen haben würde. Das würde am Ende auch zu einer Schwächung der Gewerkschaften führen.“¹¹³

Zum Standardrepertoire des Rechtsextremismus gehört die Kritik an der EU, insbesondere an der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Auch für diese Kritik gibt es viel Zustimmung in der Bevölkerung. Gewerkschaftliche Bildungsar-

¹¹³ Ulrike Obermayr in: Rechte Politik in Europa (Anm. 112), S. 8.

beit muss sich dieser nicht immer unberechtigten Kritik stellen und zugleich verdeutlichen, dass das Zeitalter der souveränen Nationalstaaten mit fortschreitender Globalisierung zu Ende geht. Die Gewerkschaften richten sich gegen ein rechtsextrem oder rechtskonservativ gedachtes „Europa der Vaterländer“. Sie setzen sich für ein soziales und demokratisches Europa ein, wobei Europa für die Idee einer offenen, toleranten und solidarischen Werte- und Wirtschaftsgemeinschaft steht.

Verhaltensänderungen bewirken!

Die im ersten Kapitel erwähnte Studie der Freien Universität Berlin gelangt zu dem Ergebnis, dass die Anfälligkeit für Rechtsextremismus dann besonders gering ist, wenn sich demokratische Überzeugungen mit demokratischer Beteiligung verbinden. Das Grundanliegen gewerkschaftlicher Bildungspolitik muss folglich darin bestehen, die Teilnehmenden für konkretes Engagement gegen Nationalismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu qualifizieren und zu motivieren. Es reicht nicht aus, dagegen zu sein, man muss auch entsprechend handeln!

„Um rechten Tendenzen deutlich eine demokratische Alternative gegenüberzustellen, müssen gewerkschaftliche Strukturen und Werte wie Solidarität, Respekt und Anerkennung gestärkt werden [...]. Die gewerkschaftliche Interessenvertretung soll jungen Menschen wieder stärker als demokratischer Wert vermittelt werden. Die TeilnehmerInnen plädierten auch für eine möglichst breite Beteiligung junger Beschäftigter und Auszubildender in den gewerkschaftlichen Organisationen.“¹¹⁴

Die Bereitschaft zu politischem Verhalten hängt nicht zuletzt auch davon ab, dass die Notwendigkeit dazu erkannt wird und dass Maßnahmen zur Verfügung stehen, die aufgrund bisheriger Erfahrungen als wirksam beurteilt werden. Wenn politisches Verhalten als unsicher oder gar riskant erscheint, sollte es am besten gemeinsam mit Kollegen oder Gleichgesinnten erfolgen. Gewerkschaftliche Bildungsarbeit sollte daher durch aktivierende Methoden auch die Persönlichkeit und das Selbstbewusstsein der Teilnehmenden fördern, damit diese bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und gegebenenfalls auch Beteiligungsmöglichkeiten einzufordern.

¹¹⁴ Rechte Politik in Europa (Anm. 91), S. 21.

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abb. 1	Rechtsextreme Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach objektiver Schichtzuordnung 2003 (in Prozent)	S. 40
Abb. 2	Die Fraktionen im Europaparlament auf der Links-Rechts-Achse	S. 50
Abb. 3	Mandate rechtsextremer Parteien bei Europawahlen 1979 bis 2014 (jeweils zu Beginn der Legislaturperiode)	S. 55
Tabelle 1	Nationale Stimmenanteile und Mandate von rechtsgerichteten EU-skeptischen bis EU-feindlichen Parteien bei den Europawahlen am 25. Mai 2014	S. 46
Tabelle 2	Typologie der Parteien am rechten Rand bei den Europawahlen 2014 (in Klammern Mandate zu Beginn der Wahlperiode)	S. 48
Tabelle 3	Mandate der Parteien am rechten Rand bei den Europawahlen 2014 und 2009 (in runden Klammern Mandate 2014, in eckigen Klammern Mandate 2009, jeweils zu Beginn der Legislaturperiode)	S. 49
Tabelle 4	Mandate der EU-feindlichen Parteien im Europaparlament 2014 und 2009 (jeweils zu Beginn der Legislaturperiode)	S. 51
Tabelle 5	Mandate von rechtsgerichteten EU-skeptischen bis EU-feindlichen Parteien bei den Europawahlen am 25. Mai 2014 und ihre Zuordnung zu den Fraktionen im Europaparlament (Stand 2.6.2016)	S. 52
Tabelle 6	Fraktionen im Europaparlament zum Ende der 7. Wahlperiode (6.5.2014) und in der 8. Wahlperiode (2.6.2016) (absolute Anzahl der Mandate sowie Differenz 2016 zu 2014)	S. 57

Abkürzungsverzeichnis für nationale und europäische Parteien und für Fraktionen im Europaparlament

(offizielle Abkürzungen, deutsche Bezeichnungen und Herkunftsland bzw. Europapartei oder Europaparlament)

ADDE	Allianz für Direkte Demokratie in Europa	Europapartei
AEKR	Allianz der Europäischen Konservativen und Reformer	Europapartei
AENM	Allianz der Europäischen Nationalen Bewegungen	Europapartei
AfD	Alternative für Deutschland	Deutschland
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa	Europaparlament
ALFA	Allianz für Fortschritt und Aufbruch	Deutschland
AN	Nationale Allianz	Italien
ANEL	Unabhängige Griechen	Griechenland
AS	Soziale Alternative	Italien
Ataka	Attacke	Bulgarien
BBT u.a.	Bulgarien ohne Zensur u.a.	Bulgarien
BNP	Britische Nationalpartei	Vereinigtes Königreich
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands	Deutschland
CP	Konservative Partei	Vereinigtes Königreich
DF	Dänische Volkspartei	Dänemark
DUP	Demokratische Unionistische Partei	Nordirland
EAF	Europäische Allianz für Freiheit	Europapartei
EF(D)D	Fraktion Europa der Freiheit und der Demokratie, seit 1.7.2014: Fraktion Europa der Freiheit und der Direkten Demokratie	Europaparlament
EKR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer	Europaparlament
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit	Europaparlament
EPEN	Nationale Politische Union	Griechenland
EVP	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	Europaparlament
FI	Vorwärts Italien	Italien
Fidesz/MPSZ	Bund Junger Demokraten/Ungarischer Bürgerbund	Ungarn
FN	Nationale Front	Frankreich
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs	Österreich
FrP	Fortschrittspartei	Norwegen
Grüne/EFA	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz	Europaparlament

GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke	Europaparlament
ITS	Fraktion Identität, Tradition, Souveränität	Europaparlament
Jobbik	Bewegung für ein besseres Ungarn	Ungarn
KNP	Kongress der Neuen Rechten	Polen
LAOS	Orthodoxe Volksbewegung	Griechenland
LN	Liga Nord	Italien
LPR	Liga der Polnischen Familien	Polen
M5S	Fünf-Sterne-Bewegung	Italien
MENL	Bewegung für ein Europa der Nationen und der Freiheit	Europapartei
MSFT	Sozialbewegung der dreifarbigten Flamme	Italien
MSI	Italienische Sozialbewegung	Italien
NA	Koalition Nationale Allianz	Lettland
NI	Nicht Eingeschriebene (Fraktionslose)	Europaparlament
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands	Deutschland
ODS	Demokratische Bürgerpartei	Tschechien
PC	Konservative Partei	Rumänien
PdL	Volk der Freiheit	Italien
PiS	Recht und Gerechtigkeit	Polen
PRM	Großrumänienpartei	Rumänien
PS	Wahre Finnen bzw. Basisfinnen	Finnland
PVV	Partei für die Freiheit	Niederlande
REP	Die Republikaner	Deutschland
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten	Europaparlament
SD	Schwedendemokraten	Schweden
SPR-RSC	Koalition für die Republik – Republikanische Partei der Tschechischen Republik	Tschechien
SNS	Slowakische Nationalpartei	Slowakei
SSO	Partei der freien Bürger	Tschechien
SVP	Schweizerische Volkspartei	Schweiz
TT	Partei der Ordnung und Gerechtigkeit	Litauen
UKIP	Unabhängigkeitspartei des Vereinigten Königreichs	Vereinigtes Königreich
VB	Flämischer Block; seit 2004 Flämische Interessen	Belgien
XA	Goldene Morgenröte	Griechenland
ZZS	Bündnis aus Bauernverband und Grünen	Lettland

Der Autor

Prof. Dr. Richard Stöss ist Politikwissenschaftler und lehrte bis zu seiner Emeritierung 2009 an der FU-Berlin. Bei der Friedrich-Ebert-Stiftung erschien u. a. „Rechtsextremismus im Wandel“ (3., aktualisierte Auflage, Berlin 2010). Das Thema Rechtsextremismus und Gewerkschaften gehört seit langem zu seinen Arbeitsschwerpunkten.

ISBN: 978-3-95861-827-5

**FRIEDRICH
EBERT**
STIFTUNG
Forum Berlin

FES Projekt
GEGEN
RECHTS
EXTREMISMUS